

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 12. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Infiltrations-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Anmelde-
stelle oder deren Raum 50 Pfg., für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Verbands-Anzeigen 30 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schluß-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis für den Abonnenten:
Wochenblatt 3.50 RM, monatlich 1.10 RM,
wöchentlich 28 Pfg. bei ins Haus.
Eingetragene Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
liste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Dolland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe am Montag.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 10 000.— (darunter:
Aufgelöste Budike, Möbelfabrik Himmel, 4 Treppen 35.25, Kranz-
überschub vom 238. Bezirk, Jidenrott 1.25, Kranzüberschub vom
749. Bezirk 5.90, Bierprocente d. Koll. v. d. Pirm. Argus 28.—,
Kranzüberschub des 617. Bezirks 11.40, Monatsbeitrag d. Masche
10.—, A. V. Mitter 1.—, Bleistegs Bierkaffe 6.60, vom Genossen
Weyer, Jüdenstraße 24 4.—, vom Genossen Weinger 2.50, vom
Genossen Blaha 3.—, Werkstatt Grassow, Niddorf, Richard-
platz 10 8.—, Bau Hotel Adlon 4.50, Alt 15.—, Tisch-
lerei von Bernig 10.—, von den Flaschen-Kellerarbeitern
des Böhm. Brauhauses 9.70, von den Mitgliedern der
U.-Dr. 6.80, Bierprocente der Brauereiverenigung St. Stein 24.55, Bier-
procente der Tischlerei Höfsterling, Schinestraße 7.—, Siegmund 2.—,
Buchdruckerei Hülfsarbeiter, Rotationsmaschinenfabrik „Vorwärts“,
3. Quartal 5.—, organisierte Konfektionshelfer von Vär Sohn
10.—, Berlin, diverse Beiträge: Nachetes 5.—, Ueberich v. d.
Jubiläumfeier der Bauanschläger d. Fa. E. Franke 15.—, Arbeiter
d. Fa. Aug. Krauß, Bau Adlon 2.85, von G.—lla. 1.65, Fidele
Geburtsfeier durch E. Seimlich 1.70, Aus der Sechierkaffe der
Tischler v. Campbell u. Pullich 5.—, L. 2, Eisenbahner 8.—,
von den Disziplinarbeamten der Filiale Berlin II der
Allg. Kranken- u. Sterbef. d. Metallarb. (G. S. 29) Hamburg 75.—,
Dr. L. A. 100.—, „Bombe“ — 50, Bürgerkolonne Chemnitz,
darunter 2 Wettende 16.75, Die Kontobucharbeiter vom Wedding
5.—, Die Arbeiter der Schuhfabr. v. Müller u. Schützweg, Künge-
straße 18 5.—, P. S. 50.—, A. S. 50.—, Gutenberg 45.80,
Ueberich v. d. Kranzsp. d. Koll. Kaspar, Auto, Ober-Schönebeide
9.05, Jule, Ritterstr. 85, 3. Quart. 20.90, S. Weihenberg,
Berlin O. 3.—, E. D. Gubrun 3.—, Handlicher-Verleihgeschäft
P. Voetich, Bismarckstraße 4.80, Mitglieder des Verbandes deutscher
Buchdrucker im „Vorwärts“ 150.—, Bromberg, Arbeiterkretariat
3.—, Borna, 14. Jährl. Reichstagswahlkr. 200.—, Verburg,
Beitrag für 2. Quart. 07 98.58, Briege-Ramskau, 2. Quart. 07
85.40, Bern 50.—, Chemnitz, Brutus 1.—, Dresden, aus Un-
terstand und Wohlfahrt, 2. Quart. 2.—, Dessau, Wahlkreis Anhalt I,
3. Quart. 07 100.—, Falkenberg (Oberhain) 2.—, Friedebau,
A. S. 5.—, Hamburg, Ueberich aus „Hamburger Echo“-Beitrag
25 000.—, Hamburg, eingegangen in der Expedition des „Hamburger
Echo“ 52.30, Alin a. Hb., Reg. B. 20.—, Slegny-Goldberg,
Sohnau, 1. Halbjahr 07 86.74, Ludenwalde, Rufus 5.—, Sim-
bach i. S., Beitrag des sozialdemokr. Kreisvereins f. d. 15. Jährl.
Reichstagswahlkreis 400.—, Simbach i. S., von A. L. 20.— u. 30.—,
Sa. 50.—, Meinungen, 2. Quart. 07 durch S. in P. 200.—, Nürnberg,
Gau Nordbayeren: Wahlkr. Regensburg 18.68; Wahlkr. Amberg 4.17;
Wahlkr. Neumarkt 1.28; Wahlkr. Nordheim-Rulmbach 65.79; Wahlkr.
Aronach-Schwabach 62.46; Wahlkr. Bamberg 48.90; Wahlkr. Ansbach-
Schwabach 101.05; Wahlkr. Eichstätt 14.64; Wahlkr. Dinkels-
bühl 18.98; Wahlkr. Nittingen 13.89; Wahlkreis Schweinfurt 53.79;
Wahlkreis Würzburg 60.12, Ottensen-Binnenberg, Zentralverein für
den 6. Jährl.-Wahlkr. 1541.—, Oberstein a. N., Parteibeitrag
f. d. Quartal 07 21.64, Stuttgart, G. II 10.—, Schwab.-Hall,
Beitrag d. II. württemb. Wahlkr. 64.48, Strahburg i. Elb., Beitrag
f. d. Geschäftsjahr 1906/07 257.40, Saarbrücken, Beitrag d. sozial-
demokr. Vereins f. d. Saargebiet 25.—, Werten, Kreiswahlverein
Pottsdam-Spandau-Dißdowelland v. 4. Quart. 06 bis inkl. 3. Quart.
07 627.98, Wittenberg-Schweinitz, Beitrag des Wahlkr. f. 1906/07
50.—

Berlin, den 8. Oktober 1907.

Für den Parteivorstand: A. Geisig, Lindenstr. 68.

Der letzte Papsterlaß.

I.

Die Schell-Commer-Affäre, die seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregte, hat sich, wie erinnertlich, immer weiter ausgewachsen. Erst war sie der wenig erquickliche Streit um einen Toten, den die einen als frommen und rechtgläubigen Priester auf den Schild erhoben, während die anderen ihn als überwiesenen und verurteilten Reher brandmarkten. Der Kurie freilich, das zeigte sich vom ersten Augenblick, handelte es sich weniger um diesen einen, als um die Richtung, deren typischer Vertreter er war. Gegen die Richtung holte sie zu immer wichtigeren Schlägen aus. Die Meinung, sie werde es bei ihrer letzten Kundgebung, dem auch von uns und gewürdigten neuen Syllabus, bewenden lassen, erweist sich denn auch als irrig. Die Kurie will gründliche Arbeit machen und hat sich unlängst zu einer Enzyklika verhalten, in der sie die gesamte neuere Richtung im Merkantilismus unter dem Namen des „Modernismus“ nicht nur in Wusch und Vogen verdammt, sondern ihr auch für die Zukunft allen Grund und Boden zu entziehen sucht. Wir haben es seinerzeit sofort ausgesprochen, daß die Kurie mit ihren Kundgebungen jene Schichten der Intelligenz treffen wolle, die im deutschen Zentrum die politische Führung besitzen, und über diese hinaus die hinter ihnen stehenden deutschen Merkantile und die sog. „apologetische“ Methode, ihr Lieblingen mit den Resultaten der modernen Wissenschaft, zu dem sie der Kampf der Sozialdemokratie gezwungen hatte. Unsere Auffassung wird durch die neueste Enzyklika in höherem Maße bestätigt, als wir je zu erhoffen wagten. Denn wenn sich der Papsterlaß der Form nach auch an den gesamten Merkaus richtet, so kehrt er seine Spitze doch in erster Linie gegen Deutschland und diejenigen Länder, die im deutschen Merkantilismus ihr geistiges Vorbild sehen.

Man muß sich vor Augen halten, um was für Leute es sich bei den „Modernisten“ handelt. Es sind einflussreiche Schichten des Merkaus, die man bislang öffentlich hofierte, Leute, die sich in hohen geistlichen Stellungen befinden, selbst Bischofsstige

befehlt halten, Ratgeber und persönliche Freunde von Bischöfen, namhafte Professoren, Verwalter wichtiger Ämter in den Diözesanbehörden. Es sind Personen, die, aufs engste verbunden mit maßgebenden Politikern des Zentrums, bedeutenden Einfluß besitzen, die in der Presse oder in wissenschaftlichen Zeitschriften und Werken sich die Verteidigung des Merkantilismus stets angelegen sein ließen. Um so bemerkenswerter ist die Art, wie sie von „Er. Heiligkeit“ in jenem Sauherdentou, der sich offiziell Kurialstil nennt, traktiert werden. Da heißen sie „vom Feinde des Menschengeschlechts angeregte Menschen mit einer falschen Zunge“, „Feinde, die um so gefährlicher, je weniger offen sie sind“, die „jeder ernstlichen Philosophie und Theologie entbehren und im Gegenteil bis aufs Mark der Knochen von einem Gift des Irrtums erfüllt sind, das geschöpft ist bei den Gegnern des katholischen Glaubens“. Und während sie auf tausend Wegen ihren rachsüchtigen Plan verfolgen, befolgen sie eine Taktik, wie sie hinterlistiger und treulosser nicht gedacht werden kann. Indem sie sich auf ein falsches Gewissen stützen, tun sie alles, damit man nur dem reinen Eifer für die Wahrheit zuschreibe, was ausschließlich als ein Werk der Halsstarrigkeit und des Hochmuts anzusehen ist. Der „Modernismus“ ist eine „Sammlung aller Häresien“, die „den Saft und das Blut aller Irrtümer gegen den Glauben, sovieler derer bestanden haben, in eins vereinigen“. Kirchenfürsten und ihre Ratgeber — Pius X. nennt sie Unwissende, Hochmütige, Ruhlose und Heuchler! Auch auf dieses Muster christlicher Gesittung wird man, wie auf so manches andere verweisen dürfen, wenn man sich im Zentrumslager wieder einmal über den „Ton“ der Sozialdemokratie entlassen sollte.

Wir können an dieser Stelle selbstverständlich nicht dem theologischen Gegenatz zwischen dem Papst und den „Modernisten“ im einzelnen folgen. Einmal weil es an und für sich nicht die Aufgabe der Tagespresse ist, in religiösen Kontroversen ein Richteramt auszuüben, und zweitens weil gewöhnlich beide Teile von ihrem einseitigen Standpunkt und, soweit sie sich kritisieren, gegen einander recht behalten. So ist es auch hier. Es ist durchaus richtig, wenn die „Modernisten“ sagen, auf die Dauer könne die alte scholastische Schablone gegen den modernen Geist selbst bei Hinterwählern nicht mehr aufkommen, es sei notwendig zu reformieren und sich der Zeitströmung tunlichst anzupassen, dem Fortgang der Wissenschaft Rechnung zu tragen und nicht an ihren Resultaten, in erster Linie der Gesichtsforschung, der Bibelkritik und der Dogmengeschichte, vorbeizugehen. Sie sind im Recht, wenn sie betonen, daß sich diese Resultate nicht nur aus theologischen und religiösen, sondern auch aus politischen und sozialen Gründen rechtfertigen, daß auch die Kirche vor der Wahl steht, sich dem demokratisierenden Zuge der Zeit zu unterwerfen oder von ihm im Lebensnerv getroffen zu werden. Mit dem gleichen Recht freilich behauptet der Papst, wer dem Teufel den Finger reiche, verschreibe sich ihm ganz; es gebe kein Halten mehr, sobald man den ersten Schritt auf den „Modernismus“ hin tue und ihn damit grundsätzlich anerkenne, der „Modernismus“ werde daher auf die Dauer Dogma und Kirche nicht fördern, sondern erst recht zerstören. Verächtlich ist es ferner, wenn der Papst ihn eine Halbheit nennt, die auf der Grenze zwischen Vernunft und Wunderglauben stehe.

Was Pius X. den „Modernismus“ nennt, ist freilich kein Zufallsprodukt, es ruht auf materiellen Bedingungen. Es ist ein Ausdruck der Lage, in der sich die herrschenden Klassen befinden, und trägt alle die widersprechenden Züge dieser Situation. Immer mehr empfinden jene Klassen das Bedürfnis, sich gegenüber dem wachsenden Ansturm des Proletariats zusammenzuschließen, und sie ringen nach einer entsprechenden gemeinsamen ideologischen Formel, die über den Lag hinausdauern könnte, die für römische, lutherische, reformierte und sonstige Christen, einschließlich Juden und Liberale, das kapitalistische Eigentum und die heutige Gesellschaft in einer alle befriedigenden Weise auf göttliche Anordnung zurückführt. Ein solcher Versuch liegt im „Modernismus“ vor. Seine Apologetik zeigt weniger das Bestreben, bestehende Systeme zu verteidigen, als den Rechtgläubigen zu einer Auffassung zu befehlen, die mit den Formen des Merkantilismus einen neuen Sinn zu verbinden sucht. Der Agnostizismus befördert Gott aus dem Kreise der natürlichen Erscheinungen hinaus, läßt ihn als geschichtliche Persönlichkeit nicht gelten und betont, daß er nur durch das innere Gefühl erkennbar sei. Da seinerseits Gott im Menschen selber lebt und in ihm das religiöse Bedürfnis auslöst, so ist jede Glaubensschattierung wahre Religion, sowohl die, welcher den Autoritätsbegriff der Kontrolle der Vernunft und die Gottesidee dem Ermeßen des Subjekts unterstellt, wie jene, die die tollsten Wunder für bare Münze nimmt. Um die kapitalistische Ausbeutung unangestastet zu lassen, muß der „Modernismus“ der Freiheit den nötigen Spielraum gewähren. Daher läßt er die Religion teils natürlich, teils übernatürlich sein, teils wandelbar und teils nicht; inwieweit sie konservativ oder fortschrittlich sein soll, das regelt sich nach den inneren Bedürfnissen, die Gott in den Gläubigen hervorruft. Vor allem aber ist die Religion dem Volke zu erhalten, die daher ein Janusgesicht tragen muß, eines für die Plebs' und eines für die Besitzenden. Daher kommt den Dogmen ein doppelter Charakter zu als

Abbilder der Wahrheit, als Symbole und als bloße Befehle der Wahrheit. Die religiöse Formel soll dem Gläubigen, was auch sonst sein geistiges Niveau sein mag, ebenso wie seinem Glauben angepaßt sein. Und wenn nun das „geistige Niveau“ und die „religiöse Formel“ sich nicht vereinigen lassen? Hat Christus z. B. wirkliche Wunder und Prophezeiungen aufzuweisen, und ist er wirklich gen Himmel gefahren? Hier antwortet der Agnostizismus mit nein, der Glaube mit ja, und zwar ohne Widerspruch. Im ersten Fall spricht nämlich der Philosoph zum Philosophen, der Christus nur nach der geschichtlichen Erscheinung auffaßt; die Verjahung aber geht vom Gläubigen aus, der sich an andere Gläubige wendet und das Leben Christi als Tatsache betrachtet, die er im Glauben wiedererlebt. — Es ist dies wahrlich keine schöne Theologie, deren Grundlinien Pius X. da zeichnet. Aber was dem hausbackenen Verstande an ihr widerföhrig erscheint, folgt „logisch“ aus den Klasseninteressen, zu deren Hütern ihre Vertreter bestellt sind. Mag sein, daß dieses System in allen seinen Konsequenzen verhältnismäßig wenig bewußte Anhänger zählt. Um so mehr aber wird es praktisch geübt, vor allem in der öffentlichen Agitation, wo Weltanschauung und Weltuntergang, Himmel, Hölle und Zegefeuer vielfach in einem Gewande erscheinen, das in nichts mehr an die Theologie der Kirchenväter und der Scholastik erinnert.

Da unsere Leser nicht alle mit den theologischen Fachausdrücken vertraut sind, wollen wir einige Erläuterungen hinzufügen. Syllabus: Verzeichnis aller vom Papst verdamnten Lehren. Enzyklika: Päpstlicher Erlaß. Apologetik: Kritiklos verherrlichend. Häresie: Ketzerei. Nationalismus: Vernunftglaube. Mystizismus: Wunderglaube. Agnostizismus: Nichterlernen, philosophische Richtung, die erklärt, über die Existenz oder Nichtexistenz Gottes nichts ansagen zu können. Vehikel: Hilfsmittel, Mittel, etwas weiter zu verbreiten. Index: Verzeichnis der vom Papst verbotenen Schriften. Indizieren: Auf den Index setzen. Scholastik: Mittelalterliche Philosophie, die nur innerhalb der vom Kirchenglauben gezogenen Schranken die philosophischen Fragen behandeln durfte.

Wie man das Wahlrecht erobert.

Das war wieder einmal eine jener gewaltigen Demonstrationen, die die Kraft und Macht des Proletariats auch der böswilligen Stumpfheit und der hochmütigen Einbildung anschaulich gemacht haben. Am 10. Oktober hat das ungarische Proletariat die Fabriken und Werkstätten verlassen und gezeigt, daß kein Proletariat der Welt seine politische Entrechung länger ertragen kann. Der 10. Oktober war eine Lehre und eine Warnung. Eine Lehre, daß kein Staatwesen der Welt heute die Demokratie in Befehdung und Vertwulung mehr entbehren kann, ohne schweren inneren Krisen zugute zu gehen. Eine Warnung, weil die Stillsetzung der Produktion und des Verkehrs durch den Willen des Proletariats wieder den Herrschenden zeigt, welche Macht dem Massenstreik innewohnt; weil gezeigt wurde, welche schweren Verwickelungen die Entwidlung des Staates durch den egoistischen Starrsinn und das freche Festhalten an usurpierten Privilegien ausgeföhrt wird. Die Demokratie und ihre wichtigste Vorbedingung, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, ist die Garantie verfassungsmäßiger Entwidlung. Die, die das gleiche Recht verweigern, sind die eigentlichen Hochverräter an der Nation, weil sie es sind, die gewalttätig gegen die große, entrechtete Masse werden müssen, um ihre staatsverderbenden Privilegien auf die Dauer — und schließlich doch vergeblich — zu schützen.

Der 10. Oktober enthält aber ebenso wie die Geschichte des österreichischen Wahlkampfes eine wichtige und beherzigenswerte Lehre für jene Schichten des deutschen Bürgertums, die sich noch eine Spur demokratischer Empfindung bewahrt haben. Die Demonstration des ungarischen Proletariats war begleitet von der Sympathie eines großen Teils des ungarischen Bürgertums, das begriffen hat, daß ohne die tatkräftige Mitwirkung des Proletariats kein moderner Staat bestehen kann, ohne die schwersten Schädigungen durch eine oligarchische Herrschaft zu erfahren. Es hat die Demonstration unterstützt, indem es die Beteiligung der Arbeiter ruhig gewähren ließ, ohne sie durch verrückte Scharmacheter zu fördern, ja, indem es in seinen unteren Schichten durch Sperren der Geschäftsläden, durch Besetzung und Illumination aktiv an der Demonstration teilnahm und ihr Gelingen förderte. Die Demonstration selbst verlief, wie das bei proletarischen Straßendemonstrationen heute schon selbstverständlich ist, in musterhafter Ordnung, und es ist zu hoffen, daß sie ihr Ziel bald erreichen wird. Jedenfalls steht fest, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Ungarn nicht mehr aufzuhalten ist.

Was sagen dazu unsere Freisinnigen? Wollen sie nicht endlich einsehen, daß auch Preußen nicht außerhalb der Welt liegt, daß auch hier das Wahlrecht nicht kommen wird aus der Einsicht und dem Gerechtigkeitsgefühl der Privilegierten, der Ruhnieher der Volkentrechtung, sondern nur ertungen werden kann durch eine feste, unermüdbliche, von Schritt zu Schritt vorwärtsgelende Wahlbewegung? Wollen die Freisinnigen auch nach dieser neuesten Lehre, wie man Bürger gleichen Rechts wird, den Wahlrechtskampf nach der elenden Parole der Fischeckel und Konforten führen? Wollen sie noch länger über das kämpfende Proletariat mit Schmähdungen und Verleumdungen herfallen, die nichts sind, als elende Ausföhrlia

für Freiheit oder gar Verfall? Oder wollen sie, wie die ungarischen Bürger, die wirklich ebenso feind dem Sozialismus und den proletarischen Forderungen sind, wie sie selbst, die aber eingesehen haben, daß die Gleichberechtigung des Proletariats eine Existenzbedingung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer ruhigen Weiterentwicklung ist, nicht doch endlich sagen: „Wir sind als Angehörige der bestehenden Klassen Eure Feinde und werden Euch in Euren ökonomischen Zielen immer bekämpfen. Aber wir wollen dafür sorgen, daß Sonne und Wind in diesem Kampf gleichmäßig verteilt sind. Die friedliche, verfassungsmäßige Entwicklung ist auch unser, ist bürgerliches Interesse. Ohne gleiches Recht seid nicht nur Ihr, sondern sind auch wir mit Händen und Füßen dem Gewaltregiment der Junker, dem Regierungsabsolutismus ausgeliefert. Das gleiche Recht bedeutet ja zunächst unsere eigene Herrschaft. Mit Gewalt können und wollen wir diese nicht behaupten. Wir stellen uns mit Euch der Entscheidung der Nation. Deshalb wollen wir mit Euch für unsere alte Forderung: die Demokratie im Reich wie im Lande, kämpfen.“

Gibt es in Deutschland noch freisinnige, die aus dem 10. Oktober lernen können?!

Eine ungläubliche Justizaktion.

Die Demunziation eines freisinnigen Blattes, der edlen „Königsberger Hartung'schen Zeitung“, hat die Einleitung eines schäblichen unmöglichen Justizverfahrens gegen unser Parteiblatt in Ostpreußen, die „Königsberger Volkszeitung“ erzielt. Wir haben von der freisinnigen Hege gegen den historisch-kritischen Artikel, den die „Volkszeitung“ zur Enthüllung des Nationaldenkmals zu Remel gebracht hatte, Mitteilung gemacht und ebenso von der unverständlichen Hausfuchung in der Redaktion der „Volkszeitung“, die ungeheurerweise ohne Angabe der dieser Justizaktion zugrunde liegenden Strafgesetzbuch-Paragrafen erfolgte.

Das Rätsel dieser Hausfuchung wird jetzt durch ein neues Rätsel abgelöst — die strafbare Handlung, die die Anklagebehörde der „Volkszeitung“ unterstellt und die der Anklage der Hausfuchung gewesen sein soll, wird jetzt von der Staatsanwaltschaft als — Majestätsbeleidigung angegeben. Die Königsberger „Volkszeitung“ teilt mit:

„Jetzt endlich haben wir erfahren, weshalb die Staatsanwaltschaft bei uns in voriger Woche eine Hausfuchung hat vornehmen lassen. Es schwebt ein Ermittlungsverfahren gegen den Genossen Marchionini, den verantwortlichen Redakteur der fraglichen Nummer, und gegen den Verfasser des bekannten Artikels über das Remeler Denkmal wegen — — Majestätsbeleidigung!“

Die Schwierigkeit war nur, einen Paragraphen zu finden, dessen Anwendung möglich war. Man erinnert sich notwendig an das Richtergespräch aus dem „Simplicissimus“: „Herr Kollege! Wir haben heute hochinteressanten Majestätsbeleidigungsprozess. Der Dolus (Absicht zur Verübung einer strafbaren Handlung) ist schon da, jetzt muß nur noch der Tatbestand konstruiert werden!“

Ein Meisterstück wird es werden, wenn die Staatsanwaltschaft versuchen sollte, den Tatbestand zu konstruieren, denn nicht mit einer Zeile, nicht mit einem Wort, nicht mit einer Andeutung, nicht mit einem Buchstaben war in dem Artikel vom Kaiser die Rede. Trotzdem scheint man Anklage erheben zu wollen: „Wir glauben es, weil es unmöglich ist!“

Wird die „freisinnige“ Presse auch dieses Stückchen aus der staatsanwaltlichen Werkstatt stillschweigend oder ausdrücklich billigen? „Wir glauben es, weil es unmöglich ist.“

Die Kera der Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse wird durch das neue, von der freisinnigen und nur von der freisinnigen Presse (die konervative machte erst nachträglich mit!) herbeigeführte Verfahren gegen uns stimmungsvoll eingeleitet. Erst hat man sich eine Zeilung „entleert“, hat seitens der Presse eine fast wahrwichtige Hege gegen uns betrieben! Und schließlich fand der Staatsanwalt einen Paragraphen, obwohl selbst die Demunziation-pressen, ja selbst die im direkten Dienst der Regierung stehende „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ in ihrem Schimpfartikel über uns den Vorwurf nicht erhob, der Kaiser sei in dem Artikel beleidigt. Warum sucht sich die Staatsanwaltschaft gerade den Majestätsbeleidigungs-paragraphen aus? Es gibt doch Paragraphen im Strafgesetzbuch, welche noch härtere Mindest- und Höchststrafen festsetzen als selbst der § 85.

So unser Königsberger Bruderblatt. Es hat die Aktion der Königsberger Staatsanwaltschaft von vornherein richtig kritisiert. Der inkriminierte Artikel der „Königsberger Volkszeitung“ enthält in der Tat auch nicht das kleinste Säbchen, das auch nur mit der gewaltsamsten Deutung und unter Zuhilfenahme des berücksichtigten dolus eventualis als eine Beleidigung des deutschen Kaisers gedeutet werden könnte. Und wir haben ja in Deutschland nicht das österreichische Strafgesetz, das die Kritik verstorbener Angehöriger des Herrscherhauses als Majestätsbeleidigung bestraft. Aber anscheinend möchte die Königsberger Staatsanwaltschaft diese Bestimmung des verrotten österreichischen Rechts auf einem Umwege in Deutschland einführen. Vor mehr als 10 Jahren hat einmal ein Brandenburger Staatsanwalt etwas Wehrliches versucht. Eine historische Darstellung der nicht gerade schönen Rolle, die einige brandenburgische Kurfürsten in der Zeit der Reformation gespielt haben, sollte eine indirekte Beleidigung des jetzigen Kaisers sein. Aber das Gericht hat den damaligen Verantwortlichen der „Brandenburger Zeitung“, den Genossen Ewald, freisprechen müssen, die Aktion der Staatsanwaltschaft mißlang. Ob die deutsche Justiz heute reif ist, das zu schließen, was sie damals ablehnte? Nichts ist unmöglich. . . . Wir leben ja in der Wok-Kera, in der Zeit der „liberalen Jugendsünde“, da die freisinnige Partei und Presse zu allen Taten der Polizei und Gerichte gegen die Sozialdemokratie, gegen die Arbeiterbewegung staatsmännisch schweigen. Weshalb sollte da zu der Hochverratsanklage gegen Liebknecht nicht eine Majestätsbeleidigungsanklage gegen Marchionini (den Verantwortlichen der „Königsberger Volkszeitung“) kommen! Kann sich doch die Königsberger Staatsanwaltschaft darauf berufen, daß sie damit eine liberale Tat tut, sündental die ehrenwerte „Hartung'sche Zeitung“ und nach ihr andere freisinnige Blätter die „Königsberger Volkszeitung“ demunziert haben!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Oktober 1907.

Ein Eingriff in die Freizügigkeit.

Die Agrarier haben mit ihrem Kampfe gegen die Freizügigkeit und für die Scholampflichkeit ihrer „Reute“ einen Erfolg erzielt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Breitenbach, scheint, da sein vernünftiger Mensch seine eigenartige Eisenbahnpolitik begreift,

sich wenigstens bei der Gefolgschaft der „Deutschen Tagesztg.“ eine gewisse Anerkennung erwerben zu wollen.

Um der Abwanderung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen Betrieben während der Bauzeit des Großschifffahrtsweges Berlin—Stettin nach Möglichkeit vorzubeugen, hat er, wie gemeldet wird, angeordnet, daß hierbei Arbeiter nicht angenommen werden dürfen, welche in den letzten 12 Monaten mindestens drei Monate in den Kreisen Teltow, Juchow, Belgitz, Niederbarnim, Osthavelland, Oberbarnim, Ruppiner, Templin, Angermünde, Königsberg Nm., Lebus in einem landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt waren, dessen Sitz nicht mindestens 25 Kilometer von der Piniensföhrung der neuen Wasserstraße entfernt liegt. Nicht betroffen von dieser Beschränkung sind diejenigen Arbeiter, welche in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg, Potsdam und Spandau beschäftigt gewesen sind. Ueber weitere während des Baues sich als erforderlich herausstellende Beschränkungen bei der Auswahl des Arbeiterpersonals entscheidet das königliche Hauptbauamt in Potsdam.

Um den Herren Agrariern gefällig zu sein und ihnen ihre blühenden Arbeitskräfte zu erhalten, gestattet der Herr Minister sich also, für einen Teil der Landarbeiter das Freizügigkeitsrecht indirekt aufzuheben und ihnen zu verweigern, dort ihre Arbeitskraft zu verwerten, wo sie am besten bezahlt wird. Durch einen bloßen Federstrich des Herrn Ministers werden sie aufs ärgste in ihrer Erwerbsfähigkeit getroffen. Wirklich die Wokpolitik treibt gar prächtige Blüten. Von dem Anbruch der verflühten liberalen Kera ist bisher nicht das geringste zu spüren; im Gegenteil die preussische Bureaokratie gestattet sich noch weit reaktionärere Weltverbesserungen als bisher, da sie mit Sicherheit darauf rechnet, daß die freisinnige Presse in ihrer Devotion vor dem Wok-Jdol jede energische Kritik unterläßt. —

Was Du nicht willst, das man Dir tu . . .

Ueber die Arbeiterqualität einiger christlichsozialer Führer läßt sich der Pfarrer Leichert in Schwedenhöhe bei Bromberg, der selbst Vorsitzender des Pofenschen Provinzialverbandes evangelischer Arbeitervereine ist, in seiner „Nordostdeutschen Arbeiterzeitung“ u. a. so aus:

„Der erste Vorsitzende des Kongresses (nationaler Arbeitervereine), Herr Reichstagsabgeordneter Behrens, der gelernter Gärtner ist, wohl aber schon seit einem Jahrzehnt seinen Gärtnerberuf nicht mehr ausgeübt hat, vielmehr seit einigen Jahren Generalsekretär des christlichen Vergarbeiterverbandes mit etwa 3000 M. Gehalt ist, dürfte doch ebenfalls mehr Arbeiter sein wie z. B. Herr Hartwig, der die Schneiderlehre mit der Redaktionslehre im „Reich“ vertauscht hat.“

Das „Reich“ bemerkt zu diesen Auslassungen, daß „nur eine sehr tiefschneidende Polemik“ anderen Leuten ihr Gehalt vorhalten kann; und weiter: „aber selbst Sozialdemokraten halten es durchweg für geschmacklos, dem Pfarrer sein Gehalt vorzurechnen“. Die letztere Ausführung stimmt mit der Wahrheit überein. Dagegen ist es ständige Gepflogenheit derer um Stöcker wie der gesamten Arbeiterfeinde überhaupt, in der niederträchtigsten Weise von den „vergeudeten Arbeitergroschen“ und dem „Schlemmerleben der sozialdemokratischen Arbeiterführer“ zu reden. Hier, wo das „Reich“ einmal in ähnlicher Weise von eigenen Gesinnungsgenossen angegriffen wird, heißt es den moralisch Entrüsteten heraus und verurteilt in schärfer Weise dieselben Praktiken, die es sonst stündig im Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung anwendet. Wenn das fromme Blatt über kurz oder lang in seinen alten Fehler zurückfällt und wieder sozialdemokratische Arbeiterführer in bekannter Weise anpöbelt, werden wir ihm sein heutiges Urteil über solche Kampfesweise recht kräftig unter die Nase reiben! —

„Post“-Finken.

Aus Anlaß des Erpressungsprozesses gegen den den Hinterleuten der „Post“ so nahestehenden „Korbmacher Ernst Fischer“ brachten wir die Abwesenheit des Vönners des Korbmachers, des früheren Redakteurs der „Post“ und Sekretärs der freiconservativen Partei, Fint, in Erinnerung. Nach Bestätigung von Wechsel- und Scheckfälschungen, die Fint begangen hatte, wurde ihm der deutsche Boden zu heiß, er flüchtete nach Ostpreußen. Die „Post“ hütete sich, diese Erinnerung oder auch nur den Prozeß gegen ihren Gesinnungsgenossen Korbmacher Fischer ihren Lesern gegenüber zu erwähnen.

Die Wut über die von uns gebrachte Erinnerung, und noch mehr die Wut darüber, daß der so schmählich angelegte Hochverratsprozeß gegen Liebknecht elend zusammengebrochen ist, treibt die „Post“ in ihrer gestrigen Nummer zu verzweifeln den Ruf nach dem Staatsanwalt. „Wird die Staatsanwaltschaft diesen Beschimpfungen und Verhörungen gegenüber ihres Amtes walten?“, das Staatsinteresse verbietet, ruhig zuzusehen, wie die Achtung vor der Justiz immer mehr untergraben wird“, schreiben die „Post“-Finken in dem ihnen eigenen Sauerbrönten aus Anlaß der in unserer gestrigen Nummer ausgesprochenen Erwartung, daß das Reichsgericht trotz aller von uns angeführten Umstände, die der Beförderung der Befangenheit der Richter in dem Hochverratsprozeß Rechnung geben, der Gerechtigkeit und dem Recht durch einen Freispruch Liebknechts zum Siege verhelfen werde. Die Wut des Scharfmacherorgans bestärkt uns in dieser Zuversicht, daß am Sonnabend die Freisprechung ausgesprochen werden wird. Die blöde Demunziation der „Post“ ist nicht die erste und nicht die letzte, die das edle Organ gegen uns erhoben hat. Des Schusterleses Handwerk steht ihr gut. Es entspricht der innersten Natur der „Post“-Finken. —

Arbeitslöhne und Unternehmerprofite.

Die Verteilung der „Deutschen Tagesztg.“ beschäftigt sich wieder mal damit, ihren Lesern allerlei Märchen über die Steigerung der Arbeitslöhne in Deutschland aufzutischen:

„Sie (die Lohnsteigerung)“ schreibt das Blatt, „ist ganz besonders scharf in der Montanindustrie hervorgetreten. Der Reichsanzeiger“ brachte hierüber jüngst die folgende amtliche Statistik über die im Bergbau während der letzten 20 Jahre (1886—1906) gezahlten Löhne. Hiernach betrug der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der Gesamtleistung pro Kopf:

	1886	1906
im Oberbergamtsbezirk Dortmund	772 M.	1402 M.
in Oberschlesien	490	924
in Niederschlesien	588	924
im Kachener Revier (seit 1890)	878	1354

Wohlverstanden: das sind Durchschnittsdaten der Gesamtleistung, also alle nicht speziell berufstetchnisch geschulten Arbeiter mit einbegriffen. Für die eigentlichen (unter Tage arbeitenden) Bergleute ist die Lohnsteigerung zum Teil noch stärker. Denn für sie betragen die verdienten Jahresnettolöhne:

	1886	1906
im Bezirk Dortmund	884 Mark	1604 Mark
in Oberschlesien	636	1037
in Niederschlesien	615	993
im Kachener Revier	991	1484
im Saarbezirk	836	1288

Das ehrsame Blatt hat sich selbstverständlich, wie das nun mal in seiner Eigenart liegt, wieder statistische Märchen geleistet.

Das Jahr 1886 ist das des niedrigsten Lohnstandes im Bergbau. Vor diesem Jahre standen die Löhne ständig höher, und nach ihm stiegen sie wieder, bis sie Mitte der 90er Jahre ungefähr die gleiche Höhe erreichten, die sie schon 20 Jahre vorher hatten.

Koch viel stärker als die Löhne sind aber die Gewinne der Unternehmer gestiegen. Es betrug nämlich nach amtlichen Angaben der Wert der in Preußen geförderten Steinkohlen pro Tonne

	1886	1906
	4,92 Mark	8,92

Die Steigerung beträgt demnach rund 82 Proz. Tatsächlich bedecken sich jedoch die Wertangaben nicht mit den wirklichen Erlösen. Nach den Angaben der Kartellendentschrift stellt sich der Preis der vom rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikat abgesetzten Kohlen pro Tonne auf

	5,80 Mark im Jahre 1886/88	und auf 11,10 „ für das Jahr 1907/08.
--	----------------------------	---------------------------------------

Das ist eine Steigerung von über 91 Proz.

Und noch weit über diesen Satz hinaus sind die Gewinne der Unternehmer gestiegen. Zu der Mehrsteigerung hat beigetragen einmal die Leistungszunahme und ferner die besonders in den letzten Jahren geförderte Erzeugung von Nebenprodukten. Nach den Angaben in der Kartellendentschrift ergeben sich folgende Gewinnziffern:

	Ueberschuß pro Tonnenerzeugung Arbeiter
1894	1,75 M. 482 M.
1905	4,30 „ 1110 „

Demnach beträgt die Gewinnsteigerung in den letzten zehn Jahren pro pro Tonne Förderung rund 145 Prozent und pro Arbeiter 130 Prozent.

Bei ihrer belannten Ehrlichkeit wird sicherlich die „Deutsche Tageszeitung“ nicht unterlassen, auch diese Ziffern ihren Lesern mitzutheilen.

Christliche Zentrums- und unchristliche Wokpolitik.

Der Abgeordnete Giesberts hat sich jüngst auf dem Parteitag des Zentrums für den Regierungsbezirk Koblenz auf das Gebiet der hohen Politik begeben; seine Ausführungen erschienen der „Kölnischen Volkszeitung“ so wichtig, daß sie sie nachträglich noch ausführlich wiedergibt. Herr Giesberts findet den Unterschied der Dinge vor und nach dem 18. Dezember 1906 darin, daß die gegenwärtige Lage zur „Preisgabe der christlichen Kulturideale“ führe; ohne eine solche könne Wilow den Wünschen der Linksliberalen, deren Geistesrichtung „dem positiv-christlichen Gedanken entgegengesetzt“ sei, nicht gerecht werden. „Das aber,“ so verkündete Herr Giesberts, „steht in selbtsamem Widerspruch mit den Intentionen der höchsten Instanz. Unser Kaiser vertritt bei keiner Gelegenheit, nicht bloß selbst ein offenes Bekenntnis positiv-christlicher Gedanken abzulegen, sondern er will auch das deutsche Volk christlich erhalten wissen, getreu dem Wahlpruch, den sein erlauchter Großvater, Wilhelm I., einmal in so kritischem Augenblick aufstellte: „Ich will, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe.“

Diese ergebene Sprache ist gewiß recht angemessen für einen Mann, der vor kurzem verkündete, daß „unser Herrgott der größte Demokrat“ sei, und der als guter Christ deshalb doch auch Demokrat sein will. Im übrigen aber mag man Wilow's Wokpartei noch geringer einschätzen als sie verdienen, vor einem darf man sie in Schutz nehmen: daß ihre Politik unchristlicher sei, als die Politik zu jener Zeit war, wo das Zentrum herrschende Partei im Reichstage war. Wir würden wirklich nicht, wie die Linksliberalen noch mehr in der „Preisgabe christlicher Kulturideale“ leisten könnten, als es die Partei des Herrn Giesberts getan hat durch Erzwingung des Zollwuchertarifs und die unausgesetzten Bewilligungen für den Moloch Militarismus.

Zum Schluß versicherte Herr Giesberts unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Religion: „Diese Bestrebungen finden ihren besten Resonanzboden in der christlichen Arbeiterschaft evangelischer und katholischer Konfession, die sich entschlossen und entschieden von der materialistischen und freigeistigen Denkweise emanzipiert und ihre Bestrebungen entschieden auf christlichen Boden stellt. . . . Unsere Sorge geht dahin, an der Erhaltung der christlichen Grundsätze im deutschen Volke zu arbeiten, und in diesem Bestreben steht die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit uns in einer Kampfesreihe.“

Was die „Erhaltung der christlichen Grundsätze“ im Sinne des Zentrums bedeutet, das hat uns die Politik dieser Partei während der letzten zehn Jahre zur Genüge bewiesen, und wenn die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ in dieser Richtung ihren Verus erblüht, dann verdient sie in der Tat nichts weiter, als die Schutztruppe des Zentrums zu sein.

Es lebe die Sklaverei!

Gleich dem Wok-Blatt stimmt auch die „Rhein-Westf. Ztg.“ dem Lindequist'schen Erlaß begeistert zu, durch den alle Herero, Hottentotten- und Vastardstämme mit einziger Ausnahme der Vastards von Rehoboth zu Arbeitsklaven gemacht werden!

Mit zynischer Offenheit gibt die „Rhein-Westf. Ztg.“ der Hoffnung Ausdruck, daß die Erlasse Lindequist's so gehandhabt würden, daß kein Eingeborener sich der Arbeitsklaverei entziehen könne. Die Bestimmung, wonach Eingeborenen vom Gouverneur ausnahmsweise gestattet werden könne, Land zu pachten, werde hoffentlich derart gehandhabt, daß sie „nur auf die Gewährung eines vorübergehenden Nutzungsrechtes“ hinausläuft. Die Eingeborenen hätten es als ihren Lebensweg zu betrachten, für die Räuber ihres Landes ihr ganzes Leben lang zu fronden. Sie könnten ja ihren Dienst wechseln, wenn ein anderer Arbeitgeber ihnen mehr biete. Als ob es den Farmern je einfallen würde, sich gegenseitig zu überbieten! Und als ob die besthloß gemachten Eingeborenen nicht schon durch die Hungerpeitsche gezwungen wurden, sich auf Gnade und Ungnade den Arbeitsbedingungen ihrer Ausbeuter zu unterwerfen. Ja, wenn sie wenigstens noch auswandern könnten! Aber auch da ist den Arbeitsklaven durch den Pachtzwang und die Kontrolle, die jedem Weißen zustehen soll, ein Niegel vorgegeben!

Aber die „Rhein-Westf. Ztg.“ begnügt sich nicht mit der Verklavung der Hereros und Hottentotten. Auch den Dvambos wird das gleiche Los zugebracht. Schreibt doch das Blatt:

„Auf die Vastards von Rehoboth findet die neue Eingeborenenordnung keine Anwendung, soweit sie in ihrem Distrikt wohnen bleiben. . . . Und natürlich hat sie auch keine Anwendung auf das für Weisse überhaupt geschlossene Ovamboland; hier muß man die Frucht langsam reifen lassen. Nimmt die weiße Bevölkerung des Südsüdrandes in der Weise zu, wie die erfreuliche Entwicklung der jüngsten Zeit erhoffen läßt, dann ist der Zeitpunkt gewiß nicht fern, wo dessen weiße

Veränderung des Schulgebietes und eigener Kraft die Beschäftigung dieses Gebietes vornimmt, sobald sich dafür ein wirtschaftliches Bedürfnis ergibt.

Also auch die Dambos sollen ihres Landes beraubt und verflucht werden! Kolonialpolitik!

Blockpolitik im Rheinland.

Von einem neuen Blockmandat gegen das Zentrum weiß die „Köln. Volkszeitung“ zu berichten. Es handelt sich, wie sie schreibt, um den Versuch, sogenannte „nationale Vereine“ für den Nationalliberalismus einzufangen und zugleich die „Nationalkatholiken“ gegen das Zentrum mobil zu machen:

„Schon bald nachdem der „nationalkatholische“ Vorstoß in der Rheinprovinz gelegentlich der Reichstagswahlen im wesentlichen gescheitert war,“ berichtet das Zentrumblatt, „haben wir bemerkt, daß bezügliche Versuche zur Lähmung der Zentrumspartei demnächst wieder aufgenommen werden würden. Solche Versuche sind jetzt bereits im vollen Gange. Sie werden aber diesmal nicht unter „nationalkatholischer“ Flagge unternommen, nachdem man damit bei den Reichstagswahlen so läche Erfahrungen gemacht hat. Diesmal wird vielmehr der Vorstoß unter wirtschaftspolitischen Flagge unternommen werden. Es handelt sich um die Gründung eines volkswirtschaftlichen Vereins, welcher alle christlich und konservativ gerichteten Elemente der rechtsstehenden Parteien gegenüber Radikalismus und Sozialdemokratie zusammenfassen soll.“

Ein Peters-Prozess.

München, 9. Oktober. (Sig. Ber.)

Vor dem Schöffengericht München I kam heute nachmittags die Verleumdungssache des Reichskommissar A. D. Dr. Peters gegen den Major a. D. Feodor Maria v. Donat zum Aufbruch. Donat wurde in dem bekannten Peters-Prozess gegen die „Münchener Post“ als Zeuge vernommen und deponierte damals, daß Dr. Peters im Jahre 1906 gelegentlich eines Soupers in Kassel sich der größten Schmeicheleien gerahmt habe, und deshalb nach seiner Meinung durchaus nicht in der Lage sei, eine ehrenrührige Satisfaktion zu geben, denn er könne ihn nach diesen Tatsachen nicht mehr für einen Ehrenmann halten. Am 1. Juli, am 5. Tage des Prozesses, meldete sich Major v. Donat abermals als Zeuge und erklärte, er trage seit jenem Abend das Gefühl in sich herum und werde es bis an sein Lebensende mit sich herumtragen, daß nächst einem Buchhändler Dr. Peters der schwerste Verbrecher sei, den er in seinem Leben gesehen habe, Peters sei nach seiner Überzeugung ein mehrfacher Mörder.

Diese Behauptungen bildeten den Gegenstand der heutigen Verleumdungssache. Dr. Peters war persönlich nicht erschienen und wurde von Dr. Rosenthal-München vertreten; Major v. Donat erschien ohne Rechtsbeistand. Major v. Donat erklärte, daß er sich als jammervoller Feigling vorgekommen wäre, wenn er indifferent gubdelte hätte, daß in München gewissermaßen unter seinen Augen Dr. Peters, dessen feiboles Gesändnis er mit eigenen Ohren gehört habe, sich reinzuwaschen suchte. Und ein solcher Mann wolle überhaupt noch beleidigt werden können. Der Dr. Peters sei für ihn und jeden anständigen Menschen tot. Er, Major v. Donat, habe um keine Silbe mehr gesagt, als zur objektiven Charakteristik von Mann und Tat unbedingt notwendig war. Nach meinen Begriffen — fuhr Major v. Donat fort — ist die absichtliche und unehrliche Tötung eines wehrlosen Menschen — Mord, der Täter ein Mörder. Nun hat Dr. Peters sich mindestens mit zwei — nach meiner Erinnerung waren es mehr — vorzüglich ungerichteten Tötungen wehrloser Menschen belastet. Der Mord aber ist das schwerste Verbrechen. Und ich habe wissenschaftlich erst einen einzigen anderen Mörder gesehen, folglich ist Dr. Peters der zweifelschwere Verbrecher, der mir unter die Augen gekommen ist. Ein Mörder aber kann kein Ehrenmann, nicht satisfaktionsfähig sein, vollends wenn er auch andere zucht-hauswürdige Verbrechen wie Folterung begangen und falsche dienstliche Berichte an seine Vorgesetzten abgegeben hat. An dieser Logik ist nichts zu deuteln. Den Dr. Peters werden Verbrechen, seine Satisfaktionsfähigkeit feststellen zu lassen, bereits ausreichend befehrt haben. Daß die Tötung überlegt war, beweist die „feierliche Gerichtsbesprechung“, deren Teilnehmer vom Disziplinarhof als Strohmannen qualifiziert worden sind — und die Verzögerung um mehrere Tage, damit unbehagliche Zuschauer entfernt werden konnten. Daß sich die Opfer hätten wehren können, ist ausgeschlossen.

Man sagt: Die beiden jungen Reges sind ja gerichtlich zum Tode verurteilt worden! Gerade diese Worte von Gerichtsbesprechung, gerade der Umstand, daß Dr. Peters hinter den dreiten Waden anderer Richter — alias Strohmannen — Deckung suchte, sind der klarste Beweis von seinem Bewußtsein, ein Verbrechen zu begehen. Und wenn Sie mich auf einen Scheiterhaufen sehen und ich bereits zu priheln beginne, so werde ich Ihnen aus den züngelnden Flammen heraus bis zum letzten Atemzug immer wieder meine beschworene Zeugenaussage wiederholen und zurufen: Ja, Dr. Peters ist ein mehrfacher Mörder und schwerer Verbrecher. Nach einer kurzen Erwiderung des Rechtsanwalts Rosenihal, der erklärte, daß es ihm nicht einfallt, dem Major v. Donat zu erwidern, wurde Major v. Donat nach kurzer Beratung zu einer Geldstrafe von 50 M. und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Donat erklärte, daß er gegen das Urteil Berufung ergreifen werde.

Dronart v. Schellendorf, der Zeuge im Peters-Prozess, erklärt eine Erklärung, worin er gegen die von der Petersclique gegen ihn erhobenen schweren moralischen Beschuldigungen protestiert. Das einzige, was man ihm vorwerfen könne, sei leichtsinniges Schuldgeben. Wäre er tatsächlich der Beschäftigte usw., als den ihn die Petersclique hingestellt habe, so sei es ausgeschlossen, daß er seine Offizierspension noch beziehe, wie das der Fall sei.

Aus dem Staate des gleichen Rechts für alle!

Die Vorbereitungen für den nächstjährigen Katholikentag, der in Düsseldorf stattfinden soll, sind bereits in vollem Gange. Schon ist der Platz für die Festhalle bestimmt, und wie die ultramontane Presse zu berichten weiß, hat sich die Düsseldorfer Stadtverwaltung bereit erklärt, dem Lokalkomitee alles entgegenkommen zu erweisen. Wir können ganz gewiß dem Katholikentag das Entgegenkommen der Stadtverwaltung, möchten aber doch darauf hinweisen, wie so ganz verschieden die preußischen Stadtverwaltungen, die über den Parteien stehen sollen, ihre Gaben verteilen. Dem Zentrum wird für eine politische Demonstration bereits ein Jahr vorher „alles Entgegenkommen“ zugesagt; wenn die Sozialdemokratie für eine politische Veranstaltung an dieses Entgegenkommen Anspruch macht, wird sie schände abgewiesen.

Ein anderes Beispiel: Während des Schützenfestes in Düsseldorf-Bill war der Schützenkönig in später Nachtstunde unter Musikbegleitung nach Hause geleitet worden. Die Polizeibehörde hatte die Veranstalter des Zuges mit einer Ordnungsstrafe belegt, das Gericht dagegen erklärte den nächsten Umzug für statthaft, da es sich um einen historischen Brauch handele.

In Düsseldorf darf demnach ein Almbimberein nächste Umzüge veranstalten und die Ruhe der Einwohner stören. Die Sozialdemokratie aber erkläre sich nicht zu dem Verlangen, am ersten Mai oder sonst einem Tage, wo es niemand in seiner Ruhe stört, einen Umzug unter Musikbegleitung machen zu dürfen. Das wäre nicht „historischer Brauch“, sondern Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung!

Aus Sachsen-Meiningen.

Die Regierung hat den Abgeordneten soeben 21 Gesetzentwürfe zugehen lassen, die den von unsrigen Genossen im Landtage bisher vertretenen Anträgen weit entgegenkommen. Es ist dies erstens ein Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Derselbe sieht den Fortfall der Steuerstufen bis zu 900 M. vor und bringt eine Erhöhung in der Besteuerung der Einkommen über 900 M. Das bisherige Gesetz macht in der Steigerung des Steuerfußes bei 33 000 M. mit 4 Proz. Halt, während jetzt die Steigerung bis 5 Proz. geht und zwar bei 63 000 M. Einkommen. Von der Steuerbefreiung werden etwa 10 000 Personen betroffen (1907 waren in den Stufen von 700 bis 900 M. eingeschätzt genau 18 137 Personen). Schon 1890 hatte die Regierung denselben Antrag eingebracht; damals brachten ihn aber die Agrarier zu Falle und es kam dann nur die Stufe von 600 bis 700 M. in Wegfall. Heute dürfte der Regierungsentwurf Gesetz werden, da die Majorität eine Ablehnung nicht wagen wird angesichts der Tatsache, daß sie im Jahre 1906 die Beamtegehälter um fast eine halbe Million Mark erhöhte. — Teilweisen Erfolg für den Ausfall will die Regierung durch Einführung einer Vermögenssteuer schaffen. Diese soll erhoben werden von allen beweglichen und unbeweglichen Vermögen über 6000 M. Nach vor zwei Jahren bezeichnete die Regierung den Vermögenssteuerantrag unserer Abgeordneten im Landtage als absolut unannehmbar, da derselbe geeignet sei, „die reichen Leute über die Grenze zu treiben.“

Gurra, das herrliche Kriegsheer!

Freiliche Kunde kommt aus Neu-Byzanz. Für den schwarzen Paulenschläger Arara, der sechs Jahre beim Leib-Gardehusaren-Regiment in Potsdam diente und später an einem Lungenleiden in seiner Heimat Logo starb, ist jetzt wieder ebendortiger Frey gefunden. Der aus Kamerun stammende Pionier Ho Samba, der zurzeit bei dem Eisenbahnregiment Nr. 1 in Schöneberg dient, wird in Potsdam zum Paulenschläger ausgebildet und darauf als Unteroffizier in das Leib-Gardehusaren-Regiment aufgenommen. Zweifellos wird durch diese Akquisition die Schlagfertigkeit des preußischen Kriegsheeres wieder um ein beträchtliches erhöht und die militärbegabtesten Paradedummler sind wieder zufriedengestellt.

Gemahregelte Kriegervereine.

147 zehn Kriegervereine des Saargebietes, welche infolge der Reichstagswahlbewegung aus dem Landeskriegerverbande ausgestiegen waren, wurde durch ministeriellen Erlaß die Anerkennung als Kriegerverein abgebrochen und die Führung einer Fahne untersagt.

Hochverratsprozeß Liebnicht. Aus technischen Rücksichten mußte der letzte Teil des gestrigen Prozeßberichtes sehr kurz gehalten werden, so daß die Reden der Verteidiger nur einen Teil ihrer Ausführungen enthalten. Wir werden morgen einen ausführlichen Bericht folgen lassen.

Frankreich.

„Radikaler“ Radikaler.

Rancy, 11. Oktober. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Kongresses der Radikalen und Radikalsozialisten wurde ein Antrag Hubbard: Die Partei möge in Zukunft den Titel „Radikale, radikalsozialistische und sozialistische Partei“ führen, ausgepfiffen. — Nach Schluß der Kongressitzung trat das Propagandakomitee zur Beratung der Frage über die Beziehungen der Partei zu den Sozialisten zusammen. Sämtliche Redner stimmten darin überein, daß die Politik der Sozialisten, wie sie auf dem Kongreß in Rancy gekennzeichnet worden, als verbrecherisch zu bezeichnen sei. Mehrere Redner befürworteten sogar den Druck mit den Sozialisten, andere, darunter Pelletan, weisen auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Bloks der linken Parteien hin.

Spanien.

Madrid, 10. Oktober. Das Parlament ist heute wieder eröffnet worden. Der Minister des Innern hat mit Rücksicht auf die durch die Ueberflutungen verursachten Schäden eine Vorlage betreffend die Gewährung eines außerordentlichen Kredits eingebracht.

Dänemark.

Lohnerhöhungen und Schacherpolitik.

Am Mittwoch hat die Regierung dem Folkething Vorschläge zu einer neuen Regelung der Löhne der Angestellten und Beamten der Staatsbahnen, des Post-, Telegraphen- und Postwesens sowie der Lehrer und Lehrerinnen der Volksschulen und der Aktoren und Lehrer höherer Staatslehranstalten vorgelegt. Es handelt sich um nicht unbedeutende Lohnerhöhungen für ungefähr 20 000 Personen. Der Staat wird dafür rund 5 1/2 Millionen Kronen mehr ausgeben müssen pro Jahr. Außerdem werden die Stadt- und Landgemeinden für die Befoldung der Lehrer und Lehrerinnen jährlich 1 250 000 Kronen mehr aufzubringen haben, während der Staatszuschuß sich um 1 650 000 Kronen erhöht, nämlich von 8 220 000 auf 7 370 000 Kronen.

Die Gemütung, die diese Lohnerhöhungsvorschläge, zu einem guten Teil ein Erfolg der Organisationen der Angestellten und Beamten, bei allen sozial empfindenden Leuten erwecken, wurde beinträchtigt dadurch, daß die Regierung gleichzeitig Erhöhung der Aufschlagsbills für Sammelzüge, Erhöhung der Einschreibgebühr für Reisegepäck, der Expeditiongebühr für Güter und der Frachten für Viechbeförderung in Vorschlag brachte (wodurch die jährlichen Ueberflüsse der Staatsbahnen um 975 000 Kronen steigen sollen) und außerdem Erhöhungen des Portos für eingeschriebene Briefe und für Eipakete, wodurch man 420 000 Kronen zu gewinnen hofft.

Wie es scheint, will die Regierung die Lohnerhöhungsvorschläge zu einer Art Schachergeschäft ausnützen. Als der Finanzminister Lassen am selben Tage dem Landsting die im vorigen Jahre vom Folkething angenommene Landreform vorlegte, äußerte er, daß man bei dem Endergebnis auf die im Folkething eingebrachten Lohnerhöhungsvorschläge Rücksicht nehmen müsse. Es ist das also eine Warnung an das Landsting, die Landreform so zu verpacken, daß die Einnahmen des Staates so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Ein Regierungsbillett — „Landes Rentebud“ — verweist sich sogar dazu, allen die Interesse an den Lohngelegen haben, zu empfehlen, dafür zu sorgen, daß die kommunale Wahlrechtsreform durch friedliche Verhandlungen zustande kommt, das heißt: so, wie sie das Landsting haben will, um den Reichen die Uebermacht zu erhalten.

Parteitag der Sozialdemokratie Westpreußens.

Der westpreussische Provinzial-Parteitag tagte am Sonntag in Marienwerder. Von den 18 Wahlkreisen der Provinz waren 11 durch 10 Delegierte vertreten, nur Schlochau-Platow und Berent-Dr. Stargardt fehlten. Ferner waren anwesend der Parteisekretär Crispian, Berner der Agitationskommission in Danzig und der Redaktor der Königsberger „Volks-Zeitung“, der Gewerkschaftssekretär Trilke und 7 gewerkschaftliche Gauleiter. Das einleitende Referat über „Die deutsche Reichspolitik“ hielt Genosse Hugo Haase-Königsberg. Der Parteisekretär gab die Ergänzung zu seinem bereits als Beilage zur „Volks-Zeitung“ gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht. Er konstatierte vor allem die kräftig vorrückende Ent-

wicklung der Parteiorganisation in Danzig auf Grund des neu eingeführten Bezirkssystems. Wesentliche Fortschritte seien auch in anderen Provinzorten festzustellen, so daß die im Druckbericht gegebenen Zahlen fast durchweg erheblich überholt seien. Besonders erfreulich sei die zähe Arbeit der Genossen in Königsberg, die ohne eine einzige Versammlungsgelegenheit und trotz der brutalsten Bekämpfung durch die Gegnerschaft eine erstlich entwickelte Organisation geschaffen haben. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Genossen müsse noch wesentlich gesteigert werden mit dem Ziel, so viel wie möglich aus eigener Kraft zu schaffen. Es sei kein idealer Zustand, zu stark auf den Berliner Schatz zu relieren.

Ein Antrag Elbing forderte, daß die Organisation der Landarbeiter auf die Tagesordnung des nächsten Provinztages gesetzt werden sollte. Crispian hält diesen Vorschlag aus praktischen Gründen nicht für besonders notwendig. Die Landarbeiterorganisation sei viel weniger ein theoretisches oder Diskussionsproblem, als ein Stück recht schwieriger praktischer Arbeit. Sie bedürfe nicht so sehr des Studiums und der Erörterung, wie der Ausführung. Um diese aber mit dauernden Erfolge berichten zu können, sei die Schaffung kräftiger organisatorischer Stützpunkte in den entwickelteren Parteilorten unumgänglich notwendig. Ohne diese fundamentale Arbeit seien nachhaltige Fortschritte auch unter den Landarbeitern nicht zu erreichen. Wo die Verhältnisse es irgend gestatteten, müsse diese Arbeit aber auch jetzt schon mit der gebotenen Energie angeführt werden. Hier, wie auf anderen Gebieten der Parteiarbeit, bedürften wir viel weniger neuer Wege als gründlicher Arbeit nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte.

Trilke war mit dem finanziellen Standpunkt des Berichtserstatters nicht einverstanden. Die Agitationskommission hätte mehr von Berlin fordern müssen, da Ostpreußen doch 44 000 M. erhalten habe. Fortschritte seien im Osten ohne den kräftigsten metallischen Nachdruck der Gesamtpartei nicht möglich. Er und Redakteur Marzwald wendeten sich auch gegen die Ansicht Crispians in der Landarbeiterfrage, deren Diskutierung sie für durchaus erforderlich hielten.

Ramens der Agitationskommission wurde gegen Trilke festgestellt, daß diese weder auf Veranlassung des Parteivorstandes, noch auf eigenem Antriebe ihre Parteifunktion durch ungewöhnliche Sparsamkeit behindert habe. Mit besonderem Nachdruck wendete sich der Gauleiter der Mauer, Schwarz, gegen die von Trilke verlangte Zuschußpolitik im groß. Diese schade oft viel mehr, als sie nütze. Die Opferwilligkeit der Genossen müsse nach der Art, die die Partei groß und stark gemacht habe, unausgesetzt angespornt, nicht aber ihre Hoffnungen in der gegebenen Weise auf den Berliner Geldschatz gelenkt werden.

Beschlossen wurde, die Wünsche auf Beschaffung von Agitationsbibliotheken und politischen Agitationsmaterialien dem Provinzvorstande zur Veranschlagung zu überweisen. Ferner wurde beschlossen, eine besondere Agitation zum Kampfe gegen die indirekte und direkte Steuerpolitik der Regierung zu führen.

Zur Preßfrage wurden die ungenügenden Preßverhältnisse, die aus dem Mangel eines eigenen westpreussischen Parteiorgans resultieren, erörtert und die Schaffung eines solchen dringend gewünscht. Zur Verringerung der gegenwärtigen Sachlage wurden durch einen Antrag von der Königsberger „Volks-Zeitung“ Sonderabdrücke besonders geeigneter Artikel zur Verbreitung als Flugblätter, Zulassung eines westpreussischen Genossen in die Preßkommission und Verbesserung der provinziellen Verichterstattung verlangt.

Der Antrag, der die Erörterung der Landarbeiterfrage auf dem nächsten Provinztage forderte, wurde auf Vorschlag Crispians der Agitationskommission zur Erörterung überwiesen.

Gewerkschaftliches.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Senftenberg, 10. Oktober. (Sig. Ber.)

Das Kapital zeigt den armen Bergproletariern sich jetzt in seiner ganzen brutalen Gestalt. Die „Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“, die „Arbeiterfürsorge“, der „Segen“ der Werkwohnungen erweist sich als die schrecklichste Geißel, als das fürchterlichste Instrument, die Arbeiterkraft zu vollendenen Höfzigen zu zwingen. Wir berichten, daß die ersten Räumungsklagen vor Gericht mit Vertagung um wenige Tage endeten. Offenbar glauben die Werksbesitzer, daß in der Zwischenzeit „ihre“ Leute wieder zu Kreuze kriechen würden. Das trat nicht ein und die nun stattgefundenen Termine endeten durchweg mit „Verurteilung“ der „Angeklagten“ bei sofortiger Vollstreckbarkeit! Wenigstens herrscht darüber Fortwärtung, die Betroffenen sind in fieberhafter Aufregung auf der Suche nach einem Obdach. Bei der überall herrschenden Wohnungsnot ist es nicht möglich, für alle Obdach anderweitig zu beschaffen.

Ein großes Streiflicht auf die Zustände in der Niederlausitz und den allmächtigen Einfluß des Kapitals wirft die Art der „Vertretung“ der mit Ermittlung bedrohten Bergleute vor Gericht. Die Streikleitung hatte durch den Vorsitzenden der Lohnkommission den Rechtsanwalt Dr. jur. Friese mit der Führung der Prozesse beauftragt. Der Herr wollte anfangs nicht recht, später nahm er die Vertretung an und beanspruchte 30 M. Kostenvorschuß, die sofort gezahlt wurden. Indessen mochten dem Herrn Skrupel angekommen sein, er sandte den Kostenvorschuß an die Streikleitung zurück, vertrat immerhin die Beklagten und sandte sofort nach dem Termine jedem einzelnen die Kostenrechnung!

Eine gähnend tiefe Kluft trennt Bürgerthum und Arbeiterschaft. Die Bewohner der eigentlichen Stadt sind wohlhabende Krämer, Gastwirte und Beamte. Die Arbeiter sind draußen auf den Bororten und Dörfern. In den Straßen reißt sich Laden an Laden. Sonntags ist die Stadt äußerst belebt, die Arbeiter kommen in Scharen zu Fuß und Rad, mit Kind und Kegel, um einzukaufen. Schwer bepackt mit allerhand Paketen geht es in bunter Gewandung wieder hinaus nach dem Niederlausitzer Wild-West, den Kasernen und Werkkolonien. Der ganze Verkehr zwischen Arbeiterschaft und Bürgerthum spielt sich in den Läden, den Destillen und Gasthöfen ab. Die Bourgeois nehmen das Geld der Leute, fordern horrenden Preise für minderwertige Waren und behandeln diejenigen, die ihre einzige Einnahmequelle sind, die ihnen zu Wohlstand und Reichthum verhelfen, mit ausgesprochener Verachtung! Vor Jahren sollte eine neue katholische Kirche gebaut werden. Die Bürger Senftenbergs setzten Kopf und Kragen daran, die Kirche dahin zu bekommen, wo die Polen, Galizier usw. durch die ganze Stadt an allen ihren Kaufläden usw. vorbei mußten. Wöfe Kämpfe hat's darum gegeben. Dem Streik stehen sie mit der unglücklichen Vornehmheit des kurz-sichtigen, sich in seinem Profit bedroht sehenden, spiegelhaften Krämerthums gegenüber. Keine Spur von Anteilnahme, keinerlei moralische und materielle Unterstützung, wie sie sonst bei Bergarbeiterstreiks üblich sind: Nur Angst ums Geld, ums Geschäft!

In Dreßlau liegen die Werkwohnungen dicht an der Bahn. Vorgefunden räumten Arbeitsschlichte die Wohnung eines Arbeiters aus. Alles fand auf dem Straßendamm Platz. Der Mann arbeitete seit fünf Jahren auf der Grube „Merkur“ bei Dreßlau. Er hat Frau und sechs Kinder. Ungeachtet dessen ließ ihn die Direktion durch den Gerichtsvollzieher aus der Werkwohnung sehen. Der Mann ging zum Bürgermeister des Ortes, um ein Obdach für seine Familie zu erbitten. Der Bürgermeister suchte ihn aber zum Streikbruch, zum Verrat seiner Arbeitsbrüder zu zwingen. Abends 8 Uhr ging dann die Familie des Aermsten auf behördliche Ein-

ordnung zur Herberge. Die Frau hat die kalte
Oktobernacht mit ihren 6 unversorgten Kindern
im Stalle des Bauwerkes der alldarmhirsigen
Nachtschlaf auf Strohhalm gebracht und der Mann hat seine
armfelige Habe auf der Straße vor Spitzhaken
bewahrt.

Wahrlich, ein herrliches Kulturbild inmitten des preussischen
Klassenstaates am Anfange des Jahrhunderts der Humanität!

Für morgen sind die Termine von 40 Mammungslagen der
Niederlausitzer Kohlenwerke angelegt. Nach den bisherigen Er-
fahrungen ist der Ausgang kaum zweifelhaft. Was daraus wird
— Nord und Loischlag! Denn die Regierung nicht ver-
mittelnd eingreift.

Leider ist ein Ereignis eingetreten, dessen Folgen noch gar nicht
abzusehen sind. Am Montag mifshandelte der ausländische Bergmann
Ruhn aus Görlitz den 19jährigen Arbeitswilligen Franz Rucza in
Senftenberg II. Es waren noch mehrere Ausländer an der Prügelei
beteiligt. Der Arbeitswillige wurde am Kopfe schwer verletzt und
ins Krankenhaus zu Senftenberg eingeliefert. Dort ist er am
Donnerstagvormittag gestorben. Die eigentliche
Todesursache ließ sich bis zur Stunde noch nicht feststellen.

Angenommen auch, das ebenso bedauerliche wie aufs strengste
zu verurteilende Verbrechen ist Streikenden zu verdanken, an-
genommen auch, der Tod des Verletzten ist auf die Mißhandlungen
Streikender zurückzuführen, so ist die letzte Ursache der Tat doch in
dem aufreizenden Verhalten der Unternehmer zu suchen. Zunächst
sind durch überlange Arbeitszeit, das Fehlen aller Ein-
richtungen, die Sittlichkeit und menschliches Verhalten zu fördern
geeignet sind, durch übermäßige Ausbeutung bei einem raffiniert
ausgeklügelten Affordsystem, durch elende höhlenartige Aufenthalts-
räume und miserable Werkwohnungen alle guten Triebe der aus-
sassen Himmelsrichtungen herangelassen Arbeiter systematisch erstickt
worden. Unzulängliche „Wohne“ schaffen wirtschaftliches Elend, welches
die Vermittler oft im Schnaps zu erlösen suchten.

Als dann die Forderungen eingereicht wurden, behandelte man
die Leute mit gesuchter Rücksicht. Alle Künste unternehmerischer
Paschawitzkeit spielten, die Vergleichen ins Joch zurückzuführen.
Der Bericht der Menschheit wurde in den Lasterhöhlen
der Großstadt zusammengefasst, um als Raubdreier zu dienen,
während von Polizisten und Gendarmen wurden ins Revier gezogen.
Bürger und Arbeiter wurden aufgesteckt durch „schneidiges“
Vorgehen bei an sich harmlosen Anlässen. So war die Aufregung
in alle Schichten der Bevölkerung hineingetragen. — Endlich kam
das höchste: die Werkwohnungen wurden mit Ge-
walt geräumt! Man muß es gesehen haben, wie brave
Familienväter tränenden Auges ihre durcheinandergerorfene Habe
betrachteten, wie verschüttete Kinder sich an den Rod der
weinenden Mütter klammerten. In ohnmächtiger Wut ballten sich
hundert schweleger Arbeiterfäuste. Erreichbar ist einigen von ihnen
in solcher Stimmung der nun Verstorbene gewesen und so mögen
sie ihn — der sie vielleicht noch verhöhnt und verpöbelt hat — böse
zugedacht haben. Gleich ist die feile Unternehmerrasse bei der Hand:
„Nord oder Körperverletzung mit tödlichem Aus-
gang?“ steht am Kopfe der Extrablätter zu lesen, in denen die
Streikleitung für die Tat Einzelner verantwortlich ge-
macht wird.

Gewiß, die Tat ist verwerflich und zu verurteilen, keineswegs
zu entschuldigen. Wer aber die Verhältnisse kennt, das Milieu, in
dem sich das Drama von Senftenberg und Umgebung abge-
spielt hat, wird sie nicht unbegrifflich finden. Es mußte so
kommen!

In einer Erklärung, die als Flugblatt verbreitet und als
Inserat auch in der bürgerlichen Presse aufgenommen ist, wenden
sich Streikleitung und Lokalkommission an die Öffentlichkeit.
Sie lautet:

Die unterzeichnete Streikleitung drückt hierdurch ihren Abscheu
über die schwere Tat an dem Arbeiter Franz Rucza aus. Sie
legt besonderen Wert darauf, zu betonen, daß stets und überall
in allen Versammlungen und Zusammenkünften allen Streikenden
zur strengsten Pflicht gemacht worden ist,

alle Ausschreitungen zu vermeiden!

Wie aber selbst Behörden und Aufsichtsorgane nicht für jeden
ihrer Angehörigen verantwortlich gemacht werden können, so
auch hier.

Die Streikleitung lehnt jede Gemeinschaft mit den Tätern von
Senftenberg II ab!!!

Die Streikleitung. J. A.: Fern. Garbe.

Infolge weiterer Ermittlungen sind alle Vergleiche aufs äußerste
aufgebracht. Versammlungen sollen beruhigend wirken.

Berlin und Umgegend.

Die Hiesigen und Hülfarbeiter versammelten sich am
Donnerstagabend im „Neuen Klubhause“, um den Bericht über den
Stand der Tarifbewegung entgegen zu nehmen. Pütting be-
richtete, daß am 28. September eine Sitzung mit den Vertretern der
Unternehmer stattfand. Diese waren bereit, den Achtstundentag
zu bewilligen, wenn in dem neuen Tarif der Satz auf-
genommen wird: „Affordarbeit ist gestattet“. Ferner wollen die
Unternehmer 3 Pf. Zulage im Stundenlohn bewilligen, so daß die
Hiesigen 88 (bisher 85) Pf. und die Hülfarbeiter 60—61 (bisher
57½) Pf. erhalten würden. Verlangt wird von den Arbeitern 90
resp. 65 Pf. Stundenlohn. Der Tarif soll auf zwei Jahre Geltung
haben und die Unternehmer wollen vom 1. Januar 1900 ab zwei
weitere Pfennige, im ganzen also 5 Pf. Zulage bewilligen. In
bezug auf die Affordfrage legten Lokalkommission wie Unternehmer
bei den Verhandlungen gegenseitig Tarife vor, die natürlich große
Unterschiede zeigten. Die Tariffälle der Unternehmer begegneten bei
der Verlesung in der Versammlung großer Verwunderung. — In
der Diskussion wurde viel Opposition gegen Einführung der
Affordarbeit laut. Zum mindesten sollte den Affordarbeitern der
Stundenlohn der Tagelöhner durch höhere Tariffälle garantiert
sein. Dieser Stundenlohn soll 90 Pf. bei einer achtstündigen Arbeits-
zeit für die Hiesigen betragen und 65 Pf. für die Hülfarbeiter.
Die Kommission wurde beauftragt, in diesem Sinne weitere Ver-
handlungen zu pflegen.

Der Anschluß verlag.

Die Dachdecker hatten am Dienstagabend eine Beratung
über die Frage, ob sich ihr Zentralverband dem Bauverband an-
schließen solle. Der Referent Mehrlein trat für den Anschluß
ein, aber in der Versammlung wurde viel Opposition laut und die
von Mehrlein vorgelegene Resolution fand nicht die Zustimmung
der Anwesenden. Dagegen wurde eine andere Resolution an-
genommen, nach welcher die Angelegenheit verlag werden soll, weil
man die gegenwärtige Lage als nicht günstig für den Anschluß an-
sehen könne. — Ueber die Frage selbst findet eine Abstimmung
unter den Mitgliedern des Zentralverbandes für Deutschland statt.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Holzarbeiterverband im Jahre 1906.

Das Jahrbuch, das der Verband zum erstenmal herausgibt,
erzählt von einem Jahre voll lebhafter und im wesentlichen auch
erfolgreicher Kämpfe: eine Lehre für alle, die unseren deutschen
Gewerkschaften den Charakter als Kampforganisationen abspitzen
und sie als bloße Klassenveranstaltungen bespötteln oder ihre Kämpfe
für ergebnislos halten. Von rund 146 400 Mitgliedern im Jahres-

durchschnitt waren etwa 60 000 = 1 Proz. an Lohnbewegungen
beteiligt (dazu weitere 16 000 aus anderen Organisationen oder Un-
organisierte). Für 40 900 der Beteiligten in 609 Fällen wurden die
Differenzen ohne Kampf erledigt; an 374 Angriffstreiks waren
19 200 (davon 800 weibliche), an 187 Abwehrstreiks 3800 (170), an
78 Ausperrungen 11 900 (115) Arbeiter beteiligt; insgesamt 34 000,
wobon 30 800 dem Verbands angehörten. Die Ausgaben betrugen
1 658 800 M., davon 1 258 000 aus der Verbands-, 376 400 aus den
Lokalstellen. Die Einnahmen von anderen Gewerkschaften, Sammel-
listen u. dergl. spielen daneben eine verschwindend kleine Rolle: ein
Zeichen der inneren Kräftigung der Organisation. Am besten be-
leuchtet es die Nebenarten von dem Erschaffen der Kampffähigkeit,
daß die Ausgaben für Kampfzwecke 1906 um über 452 000 M.
gleich 41 Proz. höher waren als im Vorjahre und mehr als zwei
Drittel der gesamten Ausgaben dieser Art in den elf Jahren von
1893—1903 betragen.

Von den stattgefundenen Kämpfen endeten für die Arbeiter:

Kämpfe	Erfolgreich		Teilw. erfolgreich		Erfolgslos	
	Kämpfe	Teilw. Pers.	Kämpfe	Teilw. Pers.	Kämpfe	Teilw. Pers.
Angriffstreiks	70 (i. V. 68)	69 (52)	15 (19)	18 (22)	15 (13)	13 (20)
Abwehrstreiks	63 („ 58)	58 (56)	9 (10)	10 (11)	28 (32)	32 (33)
Ausperrungen	22 („ 47)	16 (61)	10 (21)	12 (18)	68 (32)	32 (21)
Zusammen	63	49	13	15	24	36

Insgesamt erzielten 36 570 (i. V. 25 458) Arbeiter eine Ver-
längerung der Arbeitszeit um durchschnittlich 2,7 (2,4) Stunden
pro Woche und 46 942 (32 708) eine Lohn-erhöhung von durch-
schnittlich 1,07 (1,62) M. pro Woche oder 87 (84) M. pro Jahr. Der
entgangene Arbeitsverdienst betrug 2 440 000 M., wo-
von durch die Streikunterstützung 1 616 000 M. gedeckt wurden. Es
blieb mithin eine Einbuße von 824 000 M., der ein Mehr-
verdienst von jährlich 4 065 000 M. und eine Arbeitszeitverlängerung
von 5 120 000 Stunden im Jahre gegenübersteht. Also eine reichlich
sich lohrende Opferwilligkeit.

In 274 Fällen wurde ein Tarif abgeschlossen. Wenn uns
auch die Vorgänge im Anfang des Jahres 1907 warnen, den Wert
solcher „Friedensdokumente“ zu überschätzen, so bringen sie doch die
gegenseitigen Kraftverhältnisse zum Ausdruck. Die Zurückhaltung
dieser Verträge seitens der Unternehmer wird wesentlich davon ab-
hängen, ob unsere Mitglieder durch Stärkung ihrer Organisation
sich in die Lage versetzen, ihre Kraft nötigenfalls jederzeit zu be-
tätigen“, sagt zutreffend der Bericht. Die relativ größte Zahl der
Verträge (9), darunter einige der ausführlichsten, entfiel auf München.
Selbst bis Vorkriegszeit ist die Macht der Organisation gedungen und
hat dort die zehnstündige Arbeitszeit und die Abschaffung des Kost-
und Logisverdens durchgesetzt.

Der Verband zählte Ende 1906 767 (im Vorjahre 714) Zahl-
stellen in 15 Gauen mit 151 700 (130 100) Mitgliedern. Die Zahl
der Reueingewonnenen betrug 63 100, die wirkliche Zunahme in-
dessen nur 21 600; es gibt mithin noch immer eine sehr erhebliche
Zahl von Jungbögeln.

Im ganzen ergibt sich folgende Entwicklung:

Jahr	Zahlstellen	Mitglieder	davon weibliche
1893	.. .	356	23 800
1896	.. .	476	37 800
1900	.. .	568	70 600
1903	.. .	629	83 700
1905	.. .	714	130 100
1906	.. .	767	151 700

Berlin zählte rund 27 800, mit den Vororten rund 32 000 Mit-
glieder, das sind 21 Proz. der Gesamtzahl. Zum erstenmal sind
42 jugendliche Mitglieder (unter 17 Jahren) nachgewiesen. Im
Oktober 1906 traten der Verband der Bergarbeiter mit 1588 und der
Berliner Maschinenarbeiterverband mit 1740 Mitgliedern dem
Verbands bei.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme von rund 2 083 400 M.,
auf den Kopf des Mitgliedes durchschnittlich 20,87 M. auf. Aus
Beiträgen kommen davon 2 380 000 M. An Kapitalzinsen gingen
32 600 M. ein, 50 650 M. betrug das Vermögen der übertretenden
Verbände. Von den Ausgaben der Verbandskasse (2 889 000 M.)
entfielen auf:

M.	M.
Streik-Unterstützung	1 267 300
Gemahregeltes Unter- stützung	41 000
Umzugs-Unterstützung	35 700
Arbeitslos-Unterstützung	325 700
Reise-Unterstützung	110 100
Rosfall-Unterstützung	6 600
Sterbegeld	84 000
Nachschuß	20 000
Presse	89 500
Agitation	147 400
Gesällter und Ent- schädigungen	20 648

Der Bericht, der noch eine Reihe weiterer wertvoller Mitteilungen
enthält, bietet namentlich durch die Berichte der Gauleiter und
der Arbeitslosenstatistik interessante Einblick in das Leben
eines großen Verbandes und die wirtschaftlichen Verhältnisse einer
breiten Arbeiterschaft. Zusammen mit den zahlreichen Berichten über
die Lage einzelner Gruppen, die der Verband schon früher heraus-
gegeben hat, ist es ein kleines Arsenal gewerkschaftlicher Aufklärungs-
mittel, von dem hoffentlich die Mitglieder des Verbandes, der zu den
bestorganisierten unter den deutschen Gewerkschaften gehört, eifrigen
Gebrauch machen werden.

Husland.

Die „passive Resistenz“ dauert fort.

Wien, 11. Oktober. Die Eisenbahner der Staatseisenbahn-
gesellschaft lehnten die neuen Vorschläge der Direktion ab, wes-
halb die passive Resistenz ungechwächt fort dauert.

Ein Sieg.

3000 ausländische Pariser Kohlenträger haben heute die Arbeit
wieder aufgenommen, nachdem ihnen seitens der Arbeitgeber eine
Lohnaufbesserung zugestanden worden ist.

Zur Bewegung der englischen Eisenbahner.

Das Komitee der Vereinigung der Eisenbahngesellschaften, in
dem die meisten großen Gesellschaften vertreten sind, hat beschlossen,
die Entscheidung über das Schreiben des Herrn Bell, betreffs einer
Versammlung zur Feststellung, was unter „Anerkennung“ zu ver-
stehen ist, den einzelnen Gesellschaften zu überlassen. Dieser Be-
schluß wird als endgültig betrachtet, und es ist keine Absicht vor-
handen, mit den Vertretern der Gewerkschaft zusammenzukommen.
Das Datum der Vierteljahrsversammlung ist geheimgehalten; diese
wird aber vorläufig noch nicht stattfinden. Es ist somit keine Aus-
sicht auf eine friedliche Lösung des Konflikts vorhanden.

Die „Amalgamated Society of Railway Servants“ hält gegen-
wärtig ihren Kongress in Middlebrough ab, der am Montag er-
öffnet wurde. Bemerkenswert sind folgende Worte des General-
sekretärs: „Ich denke, Sie werden mit mir darin übereinstimmen,
daß diese Bewegung einige mächtige Argumente zugunsten der Ver-
staatlichung der Eisenbahnen liefert, ebenso, daß es undenkbar ist,
daß man bei Verstaatlichung und eine Verhandlung über unsere
Vorschläge betreffs höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit ver-
weigern würde.“ Herr Bell wurde ohne Widerspruch wiederge-
wählt als Generalsekretär. Am Dienstag kam es bei der Dis-
kussion über die lange Arbeitszeit zu erregten Debatten. Herr Bell
wurde von verschiedenen Seiten energig angegriffen. Man warf
ihm Untätigkeit vor. Die konservative „Daily Express“ nennt das
eine „sozialistische Angriff“. Herr Bell erklärte sich dann dafür,
daß die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit an die Spitze der
Forderungen gestellt werde, weil es eine Frage wäre, die die Auf-
merksamkeit des ganzen Landes auf sich gelenkt habe. Der Kongress
nahm dann einstimmig eine Resolution an, in der er dem Vor-
sitzenden des Pankelmanns seine Anerkennung ausspricht für dessen
Bemühungen, die Arbeitszeit der Lokomotivführer und Schaffner
der verschiedenen Eisenbahnen zu verlängern. In derselben Resolu-
tion wird ausgesprochen, daß der Kongress der Meinung ist,

daß es nötig ist, die Arbeitszeit durch die Gesetzgebung zu ver-
längern. — Die Doharbeitergewerkschaft hat den Eisenbahner
ihre volle Unterstützung versprochen; ebenso die Bergarbeiter-Union
mit ihren 450 000 Mitgliedern und ihrem großen Vermögen, die
gegenwärtig ihren Kongress in Southport abhält und von dort ein
Begrüßungstelegramm geschickt hat, in welchem unter anderem
gefaßt wird: „Sie können sich auf unseren Verband verlassen, daß
er Sie in jeder Hinsicht unterstützen wird.“ Vorigen Sonntag
sah in Manchester eine Konferenz der dem Eisenbahnerverbände
(A. S. R. S.) verwandten Berufsverbände statt, auf der der Zu-
sammenschluß dieser Verbände im Prinzip beschlossen wurde, aber
nicht definitiv geregelt werden konnte, weil das Komitee der Amal-
gamated Society of Railway Servants nicht die Zeit hatte finden
können, um seinem Vertreter vollständiges Mandat durch eine
Generalversammlung zu verschaffen und dieses erst auf dem Kon-
gress erledigen konnte. Charakteristisch ist, daß sofort beim Er-
scheinen dieser Meldung die Bourgeoisipresse nach der nun-
mehrigen Stärke der Vereinigung an Mitgliedern und Vermögen
fragte. „The Daily Chronicle“ schätzt die Gesamtzahl der Mit-
glieder dieser vier Verbände auf mindestens 150 000. Alles das
zeugt, daß trotz des Scheins und trotz der öffentlichen Meinung,
die Bourgeoisie die Frage im Grunde nur als eine Machtfrage be-
trachtet. Die A. S. R. S. hat in der letzten Zeit in einer Woche
um 1500 Mitglieder zugenommen.

Die Wirkung des Telegraphistenstreiks.

Die Canadian Pacific Company hat für die Telegraphisten
und Depeschboten eine Lohnerhöhung von 14 Proz. vom 1. Oktober
d. J. ab, Ueberstundenlohn für Sonntagsarbeit und Bezahlung
an den Feiertagen bewilligt. Die durch diese Erhöhungen ent-
stehenden Mehrausgaben stellen sich für die Gesellschaft auf jährlich
175 000 Dollars.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Erfolgreiche Revision.

Leipzig, 11. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen
Offiziersbeleidigung hatte das Landgericht Hirschberg den Ge-
nenossen Albert von der Breslauer „Vollmacht“ zu sechs Wochen
Gefängnis verurteilt. Die beim Reichsgericht eingelegte Revision
wurde in der heutigen Sitzung für begründet erklärt und das
Urteil des Landgerichts aufgehoben.

Unterschlagung beim Knappschaftsverein.

Essen a. Rh., 11. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)
Der bei dem Zweigbureau Dortmund des Allgemeinen Knappschafts-
vereins angestellte Kassenbeamte Priebe wurde heute
wegen Unterschlagung von 5000 Mark verhaftet. Die Unter-
schlagung wurde begangen durch Fälschung von Vorkaufscheinen.
Bei der Verhaftung Priebe wurden noch 2000 Mark in seinem
Besitz gefunden.

Die Klute schießt...

Rom, 11. Oktober. (Privatdepesche des „Vor-
wärts“.) Nach der siegreichen Beendigung des Streiks der
Gasarbeiter in Mailand kam es bei der Abfahrt der
entlassenen Streikbrecher zu einer lebhaften Demonstration.
Karabinieri gaben über 100 Schüsse auf die Demonstranten
ab, von denen sechs verwundet und einer totgeschossen wurde.
Die Entrüstung über diese „Feldentat“ ist allgemein. Die
Organisationen der Arbeiter planen, die Erschießung der
Arbeiter mit der Proklamierung des Generalstreiks zu be-
antworten.

Das offizielle Bureau meldet über die Schießaffäre folgendes:

Mailand, 11. Oktober. Als heute nachmittag einige Ausfüh-
ler der Gas-Gesellschaft nach dem Bahnhof gebracht wurden,
um in ihre Heimat zurückzukehren, da der Gasarbeiterausstand
beendet ist, wurden sie von den Arbeitern einer benachbarten
Maschinenfabrik mit Steinwürfen angegriffen. Hierbei wurde ein
Arbeiter verwundet und verschiedene Fensterscheiben zertrümmert.
Karabinieri versuchten, der Ruhestörer Herr zu werden, wurden
aber von ihnen mit Steinwürfen empfangen. Die Karabinieri
sahen sich in Gefahr und gaben Feuer. Vier Arbeiter wurden ver-
letzt, einer von ihnen schwer, die drei anderen leichter. Die
Arbeiter zogen sich zurück. Mehrere Geschäfte, darunter auch die
Gas-Gesellschaft, hörten auf zu arbeiten. Auch die Straßenbahnen
stellten den Betrieb ein.

„Aus besseren Kreisen“.

Dresden, 11. Oktober. (V. G.) Die kgl. Staatsanwaltschaft
beschäftigt sich zurzeit mit einer Untersuchung gegen mehrere, den
besseren Ständen angehörige Herren. Es handelt sich um Vergehen
gegen § 175 des Str.-G.-B.

Wardanfall.

Leobshüh, 11. Oktober. (V. G.) Der Gärtnerbesitzer Rowal
aus Dirschel wurde von einem Unbekannten angegriffen, welcher mit
einem Revolver drei Schüsse auf den Ueberfallenen abgab, durch
welche dieser am Unterleib schwer verletzt wurde. Rowal verstarb
nach einigen Stunden. Der Täter entkam unerkannt.

Geräufelung — 1 Arbeiter tot.

Coburg, 11. Oktober. (B. Z. B.) An einem Neubau der hiesigen
Gasanstalt brach heute nachmittag ein Gerüst zusammen. Drei Arbeiter
wurden in die Tiefe gerissen. Einer erlitt einen Schädelbruch und
war sofort tot; die beiden anderen trugen erhebliche Verletzungen
davon.

Landfriedensbruch.

Kaiserslautern, 11. Oktober. (B. Z. B.) In dem Land-
friedensbruchprozess, in dem 18 Arbeiter angeklagt waren, am
Himmelfahrtstage aus Anlaß von Streikverboten die Zimmer-
mannsche Leimfabrik in Ludwigshafen zerstört zu haben, ist heute,
wie die „Pfälzische Presse“ meldet, von dem Schwurgericht Zwei-
brücken nach vierstündiger Verhandlung das Urteil gesprochen worden.
17 Angeklagte wurden verurteilt, ein jugendlicher Arbeiter wurde
freigesprochen. Die Hauptverursacher erhielten ein Jahr bis ein
Jahr sechs Monate Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten wurden
zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahr drei
Monaten verurteilt.

Ein wandernder Berg.

Aubenat (Departement Ardèche), 11. Oktober. (B. Z. B.)
Ein auf vulkanischem Grunde lagernder Berg ist ins Gleiten ge-
raten und reißt auf seinem Wege alles mit sich fort. 200 Meter
einer Gasse und zwei Brücken sind bereits zerstört. Ungefähr
eine Million Kubikmeter Erdbmassen sind in Bewegung. Innerhalb
eines Zeitraumes von 26 Stunden legten sie eine Strecke von
900 Metern zurück. Ein Stillstand ist noch nicht eingetreten. Das
Ereignis ist auf das Eindringen von Quellwasser zurückzuführen.
Ingenieure sind an der Arbeit, um der Verwüstung Einhalt
zu tun.

Schweres Unwetter in Italien.

Turin, 11. Oktober. (B. Z. B.) Infolge von wolkentrü-
bartigen Regen sind sehr schwere Schäden entstanden. Gewaltige
Ueberflutungen werden aus dem großen Tale von Langs ge-
meldet. Mehrere Personen sind umgekommen. Behörden und
Truppen sind zur Hilfe geeilt.

Die Petersburger Arbeiter und die Wahlen.

In letzter Zeit macht sich unter den Petersburger Arbeitern eine gewisse Belegung, ein verstärktes Interesse für die Wahlen bemerkbar. Die unlängst abgehaltene Versammlung der Arbeiterbevollmächtigten des Gouvernements Petersburg konstatierte, daß die relativ geringe Wahlbeteiligung der Arbeiter nicht durch bolschewistische Strömungen hervorgerufen wurde, sondern zum größten Teil dadurch, daß die Arbeiter einen außerordentlichen Indifferentismus für die Wahlen an den Tag legten.

In letzter Zeit macht sich auch unter den bisherigen Wohlstandhängern eine Strömung bemerkbar, an den Wahlen teilzunehmen. In einigen Fabriken wieder erheben die Arbeiter mit zahlreichen Unterschriften verschiedene Proteste gegen den Wahlrechtsraub in der Arbeiterkurie und die Schwierigkeiten, die den Arbeitern bei der Ausübung des Wahlrechts als Wohnungsmieter von der Administration gemacht werden.

Am 8. Oktober fand wiederum eine Versammlung der Arbeiterbevollmächtigten des Gouvernements Petersburg statt, um die Liste der Wahlmännerkandidaten aufzustellen. Anwesend waren 46 Sozialdemokraten. Es wurde u. a. das Projekt der Wählerinstruktion für den Arbeiterabgeordneten erörtert. Die von beiden sozialdemokratischen Fraktionen eingebrachten Projekte wurden dem Petersburger Parteivorstand zur Druckslegung und Verbreitung übergeben. Die endgültige Fassung der Instruktion soll jedoch erst in der nächsten Versammlung ausgearbeitet werden.

Die Parteipresse zur Demonstration der Genossen Kolb und Frank.

„Leipziger Volkszeitung“:

„Großherzoglich-sozialdemokratische Leichenbitter... Die herrlich weit haben wir es doch gebracht! Nicht man den heftigsten Fall in Rechnung, wo dem neugeborenen Erbgroßherzog sozialdemokratische Glückwünsche in die Wiege gelegt wurden, so können wir das erbauliche Schauspiel vergegenwärtigen, daß deutschen Potentaten von der Wiege bis zur Bahre ein ehrwürdiges sozialdemokratisches Geleit zuteil wird!

Wir hoffen zuversichtlich, daß die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags, die von dem Schritt der Kolb und Frank kein Sterbenswörtchen wachte, sich mit diesen beiden „trauernd hinterbliebenen“ etwas weiter beschäftigen wird.“

„Sächsische Arbeiterzeitung“ (Dresden):

„Unangebrachte Ehreung... Wir müssen gestehen, daß uns die Beteiligung der beiden Genossen an dem Begräbnis durchaus befremdlich erscheint. Die politische Haltung dieses Fürsten, der wiederholt aggressive Reden gegen unsere Partei gehalten hat, ließ jede Objektivität, jede Toleranz Andersdenkenden gegenüber vermischen.

Die Genossen Frank und Kolb werden deshalb wohl selbst das Wort nehmen müssen, um ein Verhalten zu erklären, das uns in den Verhältnissen absolut nicht begründet zu sein scheint.“

„Volksstimme“ (Chemnitz):

„... Bekanntlich hatte Genosse Adolf Wed, der Vizepräsident des Landtages, sich geweigert, daß in byzantinischen Formen gehaltene Kondolenztelegramme des Präsidiums mit zu unterzeichnen. Um so mehr muß die Teilnahme der genannten beiden Genossen an der Beisetzungszeremonie auffallen. Die Landtagsfraktion hat mit dieser Sache gar nichts zu tun, die Verantwortung für ihre sachlich durch gar nichts begründete Handlungsweise haben die Genossen Frank und Kolb also allein zu tragen.“

„Norddeutsches Volksblatt“ (Want-Bilhelmshafen):

„... Da Kolb und Frank unseres Wissens mit dem verstorbenen Großherzog weder verwandt noch persönlich befreundet waren und eine Fürstenehrung den sozialdemokratischen Grundsätzen schroff widersprechen würde, haben die beiden Genossen in dem Großherzog wohl nur den Vertreter des monarchischen Prinzips erblickt und geglaubt, daß es guten Demokraten wohl anstehe, das monarchische Prinzip zu Grabe tragen zu helfen. Damit hätten sie immer noch logischer gehandelt als die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Hessen, die bei der Geburt eines neuen Vertreters des monarchischen Prinzips gratulieren ging.“

„Schwäbische Tagwacht“ (Stuttgart):

druckt die Auslassungen der „Mannheimer Volksstimme“ und die Karlsruhe Korrespondenz des „Vorwärts“ ab und bemerkt dazu:

„Die Redaktion des „Vorwärts“ schließt sich dieser Auffassung durchaus an. Wir möchten mit unserer Ansicht zurückhalten, bis wir die Gründe der beiden Genossen erfahren haben.“

„Volksblatt für Anhalt“ (Dessau)

druckt die beiden Berichte des „Karlsruher Volksfreunds“ und der „Mannheimer Volksstimme“ über die Beisetzungsfeier des Großherzogs sowie den Versuch der Rechtfertigung der beiden sozialdemokratischen Leichenbitter durch die „Mannheimer Volksstimme“ ab und bemerkt dazu:

„Wir möchten heute hinzufügen, daß beim Umbruch der Zeitung diesmal wirklich kein Verstoß vorgekommen ist. Es sind nicht Stimmen der bürgerlichen Presse, die oben zum Abdruck gelangt sind, es sind Darlegungen zweier Parteiblätter. Man muß es aber schwarz auf weiß gesehen haben, sonst könnte man's kaum glauben.

Wir haben schon gestern auf die Tatsache hingewiesen, daß für das Tun der Genossen Frank und Kolb wahrscheinlich mit ins Gewicht gefallen ist: das Verhalten der Gegner, insbesondere des Mannheimer Bürgermeisters, anlässlich der Beerdigung Dreesebachs. Aber wir meinen, die Selbstachtung gebiete, nur da solche Ehrenweisung zu gewähren, wo auf ein gleiches Verhalten auf der anderen Seite gerechnet werden kann. Dem Mannheimer Oberbürgermeister solche Ehre zu erweisen, würden auch wir nicht nur für zulässig, sondern für geboten erachten. Unsere anhaltischen Landtagsabgeordneten haben bisher bei Beerdigungen von Landtagskollegen auf eine Beteiligung ihrerseits ausdrücklich deshalb verzichtet, weil sie gewiß sind, daß eine ähnliche Ehreung unsererseits von der anderen Seite her nicht eintreten würde. Die Voraussetzung für die Berechtigung solches Tuns wie das unserer beiden badischen Genossen ist die grundsätzliche Anerkennung der Gleichberechtigung der Sozialdemokratie. So hat seinerzeit ein Rösche gesagt. Drum ging er mit Lieblecht. Und drum gingen mit Rösche eine ganze Anzahl Sozialdemokraten. Doch aber der Großherzog von Baden der Sozialdemokratie so objektiv, so ihre Be-

rechtigung anerkennend gegenüberstanden hätte, ist und nicht bekannt geworden. Als Demokrat ehre ich nur den, der auch mich ehrt. — Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt zu der Sache: „... Auch die beiden sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Frank und Kolb befanden sich im Leichenzuge und wohnten als Privatpersonen den Feierlichkeiten bei. Die Teilnahme der beiden Genossen wurde in bürgerlichen Blättern lebhaft kommentiert.“

Die Wendung von den Privatpersonen ist natürlich Unsinn. Großherzog Friedrich und Kolb und Frank haben als Privatpersonen gar nichts miteinander zu tun gehabt. Ober sollten die drei schon miteinander Schachkopf gespielt haben? Sie sind als Landtagsabgeordnete mitgegangen, als nichts anderes.“

„Hamburger Echo“

schreibt unter der Spitzmarke: „Sozialdemokraten im Leichenzuge eines Monarchen“:

Am Leichenzug des verstorbenen Großherzogs von Baden nahmen Wilhelm II. und diverse andere Fürsten, Reichstagsmitglieder und andere hohe Beamte, aber auch die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kolb und Dr. Frank (letzterer auch Reichstagsabgeordneter) teil.

Begreiflicherweise stößt diese — merkwürdige Demonstration der beiden Abgeordneten in sozialdemokratischen Kreisen auf Entsetzen und Widerspruch. Die ganze Volkspresse ist eifrig dabei, den Genossen Wed, den „roten Rize“ der badischen Kammer, anzuspöbeln, weil er eine byzantinische Kondolenzadresse nicht unterschrieb; da finden es zwei seiner Fraktionsgenossen angezeigt, im Leichenzug des Fürsten, der in Arbeitervereinen usw. eifrig gegen den „inneren Feind“ gewettert hat, mitzumarschieren.

Zur Pränumerationsüberprüfung der beiden Abgeordneten schrieb die Mannheimer „Volksstimme“, sie hätten ihre Teilnahme an der Trauerfeier „ohne Zweifel“ aufgeführt als die Erfüllung einer Pflicht allgemein menschlichen Takt und Anstandes, der wir, unbeschadet der Schärfe des politischen und sozialen Gegensatzes, den Repräsentanten einer von uns bekämpften Staatsform gegenüber ebenso gut nachkommen könnten, wie Vertreter bürgerlicher Parteien unserer Toten am Grabe die ihnen gebührende Achtung und Ehrung zu bezeugen pflegen.

Die Verurteilung darauf, daß verstorbenen Sozialdemokraten auch Vertreter bürgerlicher Parteien am Grabe Achtung und Ehrung bezeugen, ist einfach Unsinn. Denn in solchen Fällen (auch umgekehrt) haben oft Sozialdemokraten dem toten Gegner ihre Achtung (bezeugt) waren rein persönliche Beziehungen und die Würdigung außer allgemein menschlicher Eigenschaften der Beleggründe. Persönliche Beziehungen zu ihrem „Landesvater“ haben aber wohl weder Frank noch Kolb gehabt, und die Eigenschaften Friedrichs des Fähringers dürften, wenn sie bei einem anderen Menschen, der außerhalb ihres Umgangskreises stand, hervorgetreten wären, die beiden Abgeordneten wohl kaum zur Beteiligung am Trauerzuge veranlaßt haben. Die Demonstration konnte nur dem Fürsten gelten, wie die ganze Veranstaltung mit ihrem Pomp und dem Sog von Kolb, „Volksfreund“ mißbilligter Aufgebot der Schullinder dem Fürsten galt. Nun redet die „Volksstimme“ auch vom „allgemein menschlichen Takt“. Wie steht es aber mit dem Takt den Genossen gegenüber? Hat nicht schließlich auch die sozialdemokratische, grundsätzlich antimonarchische Partei Anspruch, daß ihre eigenen erwählten Vertreter den Takt besitzen, sich nicht an einem monarchischen Akt zu beteiligen?

Wir konstatieren übrigens, daß außer den beiden badischen Blättern sich bisher kein sozialdemokratisches Blatt gefunden hat, das die merkwürdige Demonstration der beiden Volksvertreter gebilligt oder nur entschuldigt hätte.“

„Offenbacher Abendblatt“:

„Seltsam! Genosse Wed hat die Unterzeichnung der Beileidsadresse aus Anlaß des Todes des badischen Großherzogs abgelehnt, weil das Kammerpräsidium gar nicht mehr in Amte, eine von ihm ausgeübte Amtshandlung also verfassungswidrig sei. Wie die badische Parteipresse anmerkte, hätte aber auch Inhalt und Form der Adresse einem Sozialdemokraten die Zustimmung unmöglich gemacht. Noch bevor das Grab sich über der Leiche des verstorbenen Großherzogs schloß, hatte die badische bürgerliche Presse, zumal die nationalliberale, sich der Sache bemächtigt und hatte über die Taktlosigkeit Weds und einiges mehr gelaßt. Es sah so aus, als solle die Sache zur Einleitung einer Sezenhebe ausgenutzt werden. In solcher Situation hatte jeder Genosse peinlich darauf zu achten, daß sein Verhalten den Gegnern nicht Vorwurf auf die Wähler liefern und daß nicht ein Genosse gegen den anderen ausgespielt werden konnte. Die Genossen Frank und Kolb, die beide dem Landtag angehören, haben leider diese Achtsamkeit nicht befolgt. Sie sind, wie wir erst jetzt aus der Presse erfahren, auf eigene Faust im Trauerzuge bei der Beerdigung mitgegangen. Davon, daß der Verstorbenen etwa sich auch verpflichtet gehalten hätte, beim Tode eines sozialdemokratischen Abgeordneten zu kondolieren, kann natürlich keine Rede sein, erst recht nicht würde er etwa drei Hände Erde auf dessen Sarg geworfen haben. Aber davon wollen wir gar nicht erst reden. Nur anmerken wollen wir, daß der beiden Genossen Verhalten geeignet ist, Zwiespalt in die Partei zu tragen.“

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. S. B. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika, von Hermann Schläter. XII und 216 Seiten Großoktav. Preis broschiert 3 M., gebunden 4 M.

Der Verfasser, seit langen Jahren Redakteur der „New Yorker Volkszeitung“, beginnt mit dem vorliegenden Bande eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten an der Hand eines großen Quellenmaterials, das er sich durch eifrige Sammelarbeit zugänglich gemacht hat.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Wilhelm Weitling und seine Agitation in Amerika. — Regierflaverei und Arbeiterbewegung. — Der sozialistische Turnerbund.

Ganz besonders ist der Teil des Buches, der Weitling und seine Agitation behandelt, von großem Interesse. Ihm ist ein Stück Auto-Biographie Weitlings beigegeben, die nirgends bekannt geworden ist und ein vollständig abgeschlossenes Bild seiner Tätigkeit gibt.

Im Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Schneider in Strahburg ist diesem jetzt der aussehende Beschluß der Strafkammer des Strahburger Landgerichts übermittelt worden. In den Gründen heißt es:

„Nach § 99 Absatz 2 der Str.-Pr.-O. kann zur Ergreifung des Zeugnisses auch die Haft angeordnet werden. Es ist also dem richterlichen Ermessen überlassen, ob von dieser Maßregel Gebrauch zu machen ist oder nicht. Welche Gesichtspunkte zur Verhängung der Haft durch das Schöffengericht maßgebend gewesen sind, ergibt sich nicht aus den Akten. Das Schöffengericht ist der Ansicht, daß mit Rücksicht darauf, daß eine nicht schwere Verleumdung in Frage steht, es nicht erforderlich war, außer der Verurteilung des Zeugen zu einer Geldstrafe auch noch die sofortige Verhaftung desselben zur Ergreifung des Zeugnisses auszusprechen.“

Aus dieser Begründung geht zur Genüge hervor, daß wohl noch niemals ein Beschluß in einem Zeugniszwangsverfahren so voreilig

gefaßt und ausgeführt worden ist wie im Falle Schneider. — Nicht einmal Gesichtspunkte zur Verhängung der Haft hat das Schöffengericht in den Akten finden können. Ganz natürlich! Das Schöffengericht wird von irgendwelchen Gesichtspunkten überhaupt nicht ausgegangen sein; es ist einer plötzlichen Laune gefolgt.

Der Fall Schneider bietet in seinem ganzen Umfange für die bevorstehende Strafprozessreform treffliches Material im Kampfe für die Beseitigung des modernen Folterparagrafen.

Gemeindevahltag. In Ried bei Frankfurt a. M. fand am 8. Oktober die Erziehungswahl für den dritten Klasse gewählten Sozialdemokraten, dessen Befähigung verweigert wurde, statt. Die Erziehungswahl ergab die Wahl des Sozialdemokraten Ch. Langel mit 80 gegen 85 Stimmen.

Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Auf Beschluß der Landesversammlung der Parteigenossen Hamburgs soll eine Geschichte der Partei des früheren Verlagerungsgebietes herausgegeben werden. Mit der Abfassung der Schrift wurde der Genosse Dr. Laufenberg beauftragt, der in nächster Zeit mit der Arbeit beginnen wird. — Genosse Dr. Laufenberg verleiht zu diesem Zweck seine Stellung als leitender Redakteur des Düsseldorf-Parteiblattes.

Ein politischer Redakteur wird von der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund zur Vertretung für den erkrankten Genossen St. Hänisch gesucht. Der Antritt soll möglichst sofort erfolgen. Bewerbungen sind an H. Kahl, Dortmund, Leopoldstr. 48 zu richten.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Lübeck hielt am Dienstag seine Generalversammlung ab, in welcher auch der Bericht für das verstlossene Vereinsjahr vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907 gegeben wurde. Aus ihm geht hervor, daß die Mitgliedszahl, die zu Beginn des Jahres 2277 betrug, auf 3203 gewachsen ist. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 18 382,32 M., die Ausgaben erreichten die Höhe von 14 394,86 M. Die Agitation wurde in zahlreichen Versammlungen entfaltet, die sowohl in der Stadt als auch in den zum Staat gehörigen Ortschaften abgehalten wurden; ferner wurde für die „Mandarbiter“ eine monatlich erscheinende Zeitung herausgegeben und ein Volkskalender verteilt.

Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich veröffentlicht im Hinblick auf den am 17. November in Derliffen stattfindenden Parteitag ihren Tätigkeitsbericht über die Zeit von Dezember 1906 bis Mitte September 1907, in der die Partei in jeder Beziehung erfreuliche Fortschritte machte. In 17 Landgemeinden wurden 16 sozialdemokratische Arbeitervereine und eine Sektion des Kreisvereins gegründet, so daß die Gesamtzahl der Parteimitglieder über 20 000 beträgt. Bei den verschiedenen Wahlen erfuhr die sozialdemokratische Stimmenzahl durchweg erhebliche Vermehrung. Die Zahl der Sozialdemokraten im Kantonsrat ist auf 40 gestiegen und in den städtischen Behörden von Zürich und Winterthur sowie in den Behörden zahlreicher kleinerer Gemeinden ist die Vertretung der Arbeiterschaft verstärkt worden. Von den 9000 Unterschriften für das Militärreferendum wurden allein 20 724 im Kanton Zürich aufgebracht. Seit dem Sonntagsgesetz, dessen radikale Bestimmungen ein Erfolg der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion sind, wurde ein schöner sozialpolitischer Fortschritt erzielt. In Zürich und Winterthur wurde von unseren Vertretern die kommunale Wohnungspolitik tatkräftig und erfolgreich betrieben. In der reaktionären Streikinitiative bemerkt die Geschäftsleitung: „Wir leben der Zukunft, daß unsere Partei durch derartige einseitige und reaktionäre Anbelagerungsversuche nicht zurückgedrängt, sondern unaufhaltsam vorwärts und aufwärts gelangen werde.“ Den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion erstattet ihr Präsident Genosse Seidel, in dem er zeigt, wie eifrig und wirksam sie die Arbeiterinteressen wahrgenommen hat.

Aus Industrie und Handel.

Der Stahlverband.

In der am 10. Oktober stattgefundenen Generalversammlung des Stahlverbandes wurde die Lage des Eisenmarktes als immer noch günstig geschildert. W. L. berichtet:

Die Beschäftigung bei den Werken des Stahlwerksverbandes ist nach wie vor zufriedenstellend. Der bei Formeisen im Handel zu beobachtenden Zurückhaltung steht der Auftragbestand in Oberbaumaterial ausgleichend gegenüber. In Halbzeug hat sich die inländische Nachfrage für das vierte Quartal größtenteils voll eingebüßt. Teilweise sind die Mengen allerdings etwas knapp bemessen, da die Werke erst abwarten wollten, wie die Spezifikationen einlaufen, in der Annahme, daß sie immer noch Zusatzen kaufen können. Der Verband hielt sich im vergangenen Monat auf normaler Höhe, was sich auch von dem derzeitigen Absatz sagen läßt. Der Exportverband zeigte vorübergehend eine geringe Abschwächung, veranlaßt durch den Streik der Hosenarbeiter in Antwerpen. Die Verkäufe nach dem Auslande werden nach wie vor mit Rücksicht auf den inländischen Bedarf nur in mäßigem Umfang getätigt. Die Nachrichten über angeblich starkes Angebot von deutschem Material auf dem englischen Markt sind durchaus unbegründet.

Die ungünstige Lage der reinen Werke wird aber nicht geleugnet, im Gegenteil, in dem Bericht heißt es darüber:

Unter Berücksichtigung der wenig günstig gewordenen Lage der reinen Werke wurde von der Hauptversammlung beschlossen, gewisse Preisabzessionen zu gewähren.

Durch diese wider Willen gemachte Konzession erhält die leichte Darstellung über die Lage der Verbandswerke doch einen stark dunklen Ton. Einen merkwürdigen Esoter befindet der Verband, die Preise für Staatsaufträge zu rechtfertigen. Natürlich müssen die hohen Löhne wieder herhalten. Der Verband geruht, der Öffentlichkeit folgendes mitzuteilen:

Mit den preussischen Staatsbahnen und den Reichseisenbahnen ist ein dreijähriger Vertrag über den Gesamtbedarf an Schienen, Schwellen und Kleinzeugen zustande gekommen. Die Preise halten sich für Schienen auf 120 M., für Schwellen auf 111 M. Es ist also gegen 1904 um eine Preissteigerung von 8 M. bei Schienen und von 6 M. bei Schwellen dem Stahlwerksverband zugestimmt worden. Diese Preissteigerung steht in keinem Verhältnis zu der in den letzten Jahren eingetretenen Erhöhung der Löhne und der Preise der Rohmaterialien. Wenn eine Einigung auf der vorgenannten Preisbasis zustande gekommen ist, so geschah dies in der Voraussetzung, daß auch von der Staatsbahnenverwaltung die Wünsche nach entsprechender Festsetzung der Frachttarife mehr als bisher berücksichtigt werden.

Wenn die Verbände die Preise hinaufsetzen, dann finden sie weise: Die Nachfrage bestimmt die Preise! Natürlich zwingt niemand die Verbände, die Preissteigerung anzusehen, wenn die Nachfrage wächst; weil die Gelegenheit es erlaubt, geschieht es. Aber da der Stahlverband ein Monopol besitzt, dreht er den Abnehmern eine Nase, wenn sie auf Grund abgeschwächten Bedarfs Preisnachlässe beanspruchen. Hat der Verband, der nun sich auf gestiegene Löhne beruft, — die auch nur in der Phantastie existieren — sich etwa verpflichtet, die hohen Löhne dauernd zu zahlen? Daß hohe Preise mit Verurteilung auf gestiegene Löhne festgelegt wurden, erleben wir schon öfter. Wenn in den Werken des Stahlverbandes in der nächsten Zeit Lohnreduktionen vorgenommen werden, dann erleben wir etwas, was auch schon öfter passiert ist. Das Kohlenindikat hat auch Erfahrung auf diesem Gebiete. Auch darüber, daß das Verhalten des Verbandes gegen die Händler in der Presse abfällig beurteilt worden ist, war man indigniert. Der Bericht bemerkt:

Gegenüber den in letzter Zeit erhobenen Vorwürfen über das Verhalten des Verbandes, daß die Händlerrufen über ihre Weiterverläufe in Formellen genaue Angaben machen, ist zu bemerken, daß diese Maßnahme zur ordnungsmäßigen Durchführung des Verkaufes und zur Verhinderung von spekulativen Käufen erforderlich ist. Diese Kontrolle liegt in erster Linie im Interesse des Gesamtverbandes selber, und die betreffenden Angaben werden bereits seit drei Jahren von den Abnehmern regelmäßig gemacht. Es ist bedauerlich, daß in mißverständlicher Auffassung eine Maßregel, die das Zusammenarbeiten des Großhandels mit dem Stahlwerkverband fördern soll, als gegen das Interesse des Großhandels gerichtet dargestellt wird.

Diese Bedröhung erinnert an die schönen Lehren, die die reinen Werte vor Gründung des Verbandes zu hören bekommen. Der Stahlverband sollte ihnen Rettung bringen aus aller Not; wie das Qualende gedacht ist, weiß man nun: Strangulation.

Aus der „Rheinischen Zeitung“:

10. Oktober. 1. Mai 1907.
Mitte Februar dieses Jahres, als die Bäume der Hochkonjunktur noch weithin ihre Äste breiteten, wies die „Rheinische Zeitung“ eindringlich auf eine Reihe von Veränderungen und Verschiebungen hin, die sich in unserem Wirtschaftskörper vorbereiten hatten und ankündigten, daß der beispiellose Aufschwung, der sich bis dahin vollzogen hatte, seinen Höhepunkt überschritten habe. Die Warnung kam damals vielen unwillkommen, erschien manchen von übergroßer Vorsicht eingegeben. Drei Wochen später indes erlebte die Börse den 18. März und damit einen scharfen Preisfall fast aller Werte. Der Ausverkauf, der in ihren Hallen nach jeder Hochkonjunktur gehalten wird, begann. Die Industrie allerdings wollte an einem Wandel der Dinge noch nicht glauben.

... daß man wohl auch der Hoffnung Raum geben, daß das Vertrauen auf die weitere günstige Entwicklung unserer Eisenindustrie sich von neuem kräftig beleben wird. Die Früchte der jetzt abgeschlossenen organisatorischen Arbeit können aber selbst dann nicht ausbleiben, wenn dies wider Erwarten nicht geschehen sollte, denn die Eisenindustrie wird dann an dem erneuerten Verband ein festes Bollwerk auch gegen starke wirtschaftliche Stürme besitzen. Die Hoffnung aber, daß es dem Verband und dessen in Laifkraft und Geschick bewährter Leitung gelingen werde, das neugegründete Schiff neuen Wehen im Lande der Ernte entgegenzusetzen, ist es, die heute vor! die gesamte deutsche Eisenindustrie belebt und sie legt mit Zuversicht in die Zukunft blicken läßt. Quod solus laetanturque sit!

Dividenden. Reichelbräu A.-G. 10 Proz. (10), Aktienbrauerei Wülfing 13 Proz. (13), Rhein-Rufer Bergwerksverein 9 Proz. (9), A.-G. Düsseldorf Eisenbahnbedarf 22 Proz. (19), Bergischer Gruben- und Hüttenverein 6 Proz. (6), Görtlicher Maschinenbau-Anstalt 10 Proz. (8), Rammelmannsche Holzwerke 12 Proz. (6).

Wähnt.

Die Gesellschaft erzielte im letzten Jahre einen Bruttoüberschuß von 26 410 000 M. Für Abschreibungen werden 8 101 583 M. abgesetzt. Aus dem Reingewinn von 19 403 040 M. werden 17 Proz. Dividende verteilt; im Vorjahre 15 Proz. Aufsichtsrat und Vorstand bekommen an Lantienen 1 747 143 M. Insgesamt waren auf den Werken der Gesellschaft 30 944 Personen beschäftigt. Pro Kopf der Arbeiter wurden mithin 927 M. Reingewinn erzielt.

Amerikanische Einfuhr ist im Laufe der letzten Jahre ganz erheblich stärker gewachsen als seine Ausfuhr. Noch in keinem Jahre hat aber die Einfuhr der Vereinigten Staaten von Nordamerika so erheblich zugenommen wie in dem Ende Juni abgeschlossenen Fiskaljahr. Sie stieg nach dem Werte von 1 226 Milliarden Dollar im Jahre 1906/07 auf 1 434 im Jahre 1907/08. Für mehr als die Hälfte dieser Summe wurden Waren aus den europäischen Ländern bezogen, nämlich für 747 Millionen Dollar. Großbritannien lieferte davon für 246, Deutschland für 161 und Frankreich für 127 Millionen Dollar. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten stieg nur von 1 744 Milliarden Dollar auf 1 891. Davon wurden für 1 298 Millionen Dollar Waren nach europäischen Ländern ausgeführt. Großbritannien erhielt Waren im Werte von 608 Millionen, Deutschland im Werte von 256, Frankreich im Werte von 118 Millionen Dollar. Ein Vergleich der amerikanischen Ein- und Ausfuhr in den Fiskaljahren 1899/1900 und 1906/07 ergibt folgende Uebersicht:

	Einfuhr aus		Ausfuhr nach	
	1900	1907	1900	1907
	in Millionen Dollar			
Europa	440,57	747,29	1 040,17	1 208,45
Nordamerika	180,08	268,58	187,59	349,84
Südamerika	98,67	160,16	88,95	82,16
Afrika u. Ozeanien	174,45	242,26	108,80	193,89
Afrika	11,22	21,18	19,47	16,51
Insgesamt	819,94	1 434,42	1 394,48	1 890,85

Seit sechs Jahren hat die Einfuhr um beinahe 585 Millionen Dollar zugenommen, die Ausfuhr dagegen nur um 490 Millionen. Im Verlebe mit Europa ist die Einfuhr um 807, die Ausfuhr nur um 268 Millionen Dollar gewachsen.

Gerichts-Zeitung.

Was alles bei Gericht möglich ist.

Wir haben bereits in Nr. 287 kurz über die Verurteilung des Buchbinders Stewert wegen einer ungebührlichen Rührung gegen den Buchbinder Wibour gemeldet. Der Fall, der charakteristisch für die herrschende Rechtsprechung ist, lohnt einen ausführlicheren Bericht. Stewert war Vertrauensmann des Buchbinderverbandes in der Buchbinderwerkstatt der Buchdruckerei Julius Sittensfeld. Am 19. April trat dort der Buchbinder Wibour ein. Wie Wibour behauptet, fragte der Angeklagte ihn am ersten Tage: „Sind Sie im Verbandsrat?“ Wibour antwortete: „Ja!“ Angeklagter fragte nach dem Verbandsbuch, worauf Wibour erwiderte: „Mein Buch ist beim Verbandsrat.“ Angeklagter sagte darauf nichts. Dies war am Sonntagabend. Am folgenden Montag kam der Angeklagte, nach Behauptung des Wibour, wieder und sagte: „Hören Sie, ich habe gehört, Sie sind gar nicht im Verbandsrat.“ Wibour will nun dem Angeklagten gesagt haben, er sei im Verbandsrat gewesen und habe dort noch eine Schuld von 450 M. zu berichtigen. Er könne das Buch nicht wiederherhalten, ehe er diese bezahlt habe. Darauf habe der Angeklagte zu ihm gesagt: „Wenn Sie morgen früh Ihr Buch bringen, können Sie weiterarbeiten.“ Dies Gespräch sei in Gegenwart des Werkmeisters Adamus geführt worden. Wibour habe noch gesagt, er könne das Buch nur vorlegen, wenn er die 450 M. bezahlt habe; dazu habe er jetzt kein Geld. Vielleicht gebe Adamus ihm Vorschub, Adamus habe aber davon keine Notiz genommen. Nach einer Weile habe der Angeklagte ihm gesagt, Adamus sei bereit, den Vorschub zu geben; Adamus habe aber wiederum nichts davon verlangen lassen. Nachmittags sei Angeklagter wieder an ihn herangekommen und habe ihn gefragt: „Na, wie ist es?“ Wibour habe erwidert, daß Adamus ihm nichts von Vorschub gesagt habe. Angeklagter habe gornig erwidert: „Dann hören wir eben alle auf!“ Bei Schluß der Arbeit sei Wibour durch Adamus entlassen worden. Er sei der Ueberzeugung, daß Adamus ihn auf Veranlassung des Angeklagten entlassen habe.

Der Angeklagte behauptete, er hätte allerdings den Wibour bei seinem Eintritt gefragt, ob er Verbandsmitglied wäre, weil das seine Pflicht wäre. Hierzu äußerte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Wille, daß er durchaus nicht begreifen konnte, wie Angeklagter zu einer solchen Frage an Wibour gekommen wäre, und daß doch darin schon die Absicht, einen Druck auf Wibour auszuüben, hervorzutreten schien. Erst der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, mußte ihm Ausführungen über die Aufgaben des Vertrauensmannes in einer solchen Werkstatt geben.

Der Angeklagte Stewert bestritt, daß er den Wibour in irgendeiner Weise zum Eintritt zum Verbandsrat oder zur Zahlung der 450 M. hätte drängen wollen. Am Sonntagabend, bei Wibours Eintritt, hätte er über Wibour gar nichts gewußt, und ihm nur die übliche Frage nach seiner Mitgliedschaft vorgelegt, hätte auch Wibours Angabe, daß er Verbandsmitglied wäre, garnicht bezweifelt. Wibour hätte von den schuldigen 450 M. zu erzählen angefangen, worauf Angeklagter ihm gesagt hätte, daß dies nicht unter seine Funktionen fielen, und daß Wibour das mit der Verbandskasse auszumachen hätte. In der Zwischenzeit bis zum Montag hätte er erfahren, daß Wibour schon seit langer Zeit aus dem Verbandsrat ausgetreten wäre, daß er noch immer Geld schuldet und daß die Absicht bestände, Wibour unter keinen Umständen wieder in den Verband aufzunehmen; er hätte deshalb gar nicht daran denken können, Wibour zum Eintritt aufzufordern. Allerdings hätte er dem Werkführer gesagt, daß die Kollegen nicht mit Wibour zusammenarbeiten wollten, wobei er aber nicht die Entlassung des Wibour verlangt, sondern nur gewünscht hätte, daß dieser an einen anderen Arbeitsplatz käme, wo er mit den Verbandskollegen nicht zusammen wäre. Ein Druck auf Wibour, in den Verband einzutreten, hätte dies nicht sein sollen, weil er doch nicht wieder aufgenommen worden wäre.

Wibour erklärte, daß er allerdings glaubte, er würde in den Verband gar nicht aufgenommen worden sein, und daß er die Absicht gehabt hätte, der Angeklagte wolle ihn nur aus der Werkstatt herausdrängen.

Der Verteidiger beantragte darauf, einen Verbandsbeamten als Zeugen zu vernehmen, der folgendes bekunden sollte: „Zur Zeit der Tat war bereits das Urteil über Wibour in Verbandskreisen so ungunstig, daß er nicht aufgenommen worden wäre, auch wenn er die Kasse bezahlt hätte. Die Reste waren nicht der Grund, weshalb man ihn nicht aufnehmen wollte. Dies war dem Angeklagten bekannt.“

Das Gericht lehnte den Beweisanspruch ab und erklärte, daß es seinen Inhalt als wahr unterstelle. Der Werkführer Adamus erklärte als Zeuge, daß er — wie es üblich wäre — von vornherein den Wibour nur angenommen hätte unter der Voraussetzung, daß seine Leistungen entsprechend wären, daß er dies auch dem Wibour gesagt hätte. Bereits am ersten Arbeitstage hätte er bemerkt, daß Wibour bei der Arbeit nicht mitsäme, hätte ihm aber noch Zeit lassen wollen, sich besser einzurichten. Am zweiten Arbeitstage hätte er dasselbe bemerkt. Lediglich aus diesem Grunde hätte er am Abend des zweiten Arbeitstages den Wibour entlassen und zwar erst nach Rücksprache mit seinem Vorgesetzten, dem Geschäftsführer Stadthagen, der sich durch Befragen der Arbeiter ebenfalls von der Langsamkeit der Arbeit des Wibour überzeugt hätte. Am Morgen dieses zweiten Tages hätte allerdings ein Gespräch mit dem Angeklagten Stewert stattgefunden. Dieser hätte erklärt, die Kollegen wollten nicht mit Wibour zusammenarbeiten. Darauf hätte sich zwischen Wibour und dem Angeklagten ein Gespräch entsponnen, in dessen Verlauf Wibour von einer Schuld von 450 M. geredet hätte. Adamus hätte deshalb selber dem Wibour einen Vorschub angeboten. Uebrigens hätte er sich um das Gespräch nicht näher bekümmert. Keinesfalls wäre dies der Grund der Entlassung des Wibour gewesen. Der Angeklagte hätte es ja auch gar nicht in der Hand gehabt, wegen des Wibour ohne weiteres eine Arbeitseinstellung herbeizuführen, weil das erst nach Verhandlungen mit dem Verband zulässig wäre. Trotz dieser Aussage blieb Wibour dabei, daß er nur wegen des Angeklagten entlassen worden wäre und daß er Anspruch auf längere Beschäftigung gehabt hätte. Auch der Portier Kalbus bestätigte, daß dem Wibour bei seinem Eintritt gesagt worden wäre: „Wir wollen sehen, ob Sie ihrer Arbeit gewachsen sind!“

Der Staatsanwalt beantragte gegen Stewert wegen **vollendeter Erpressung** eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen! Die Erpressung sollte darin liegen, daß die Firma Sittensfeld durch eine Drohung der Arbeitseinstellung, die aus dem Verhalten des Angeklagten hervorgehen sollte, genötigt worden wäre, den Wibour zu entlassen, und daß dies geschehen wäre, um den Wibour dadurch zur Mitgliedschaft des Verbandes zu zwingen.

Der Verteidiger stellte nun noch einen Beweisanspruch. Er beantragte, den Geschäftsführer Stadthagen und die beiden Arbeiter zu laden, die mit Wibour an derselben Maschine gearbeitet hatten. Stadthagen sollte bekunden, daß er den Wibour nicht entlassen haben würde, wenn sich nicht bei Prüfung des Sachverhalts herausgestellt hätte, daß Wibour zu langsam arbeitete, und daß namentlich nicht die Äußerungen des Angeklagten der Grund der Entlassung gewesen seien. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, und sein Inhalt als wahr unterstellt.

Der Verteidiger wies darauf hin, daß, wenn man von den Tatsachen ausginge, die das Gericht als wahr unterstellt hätte, weder eine vollendete, noch eine versuchte Erpressung vorläge. Eine vollendete nicht, weil ausdrücklich festgesetzt wäre, daß Wibour nicht wegen der Äußerungen des Angeklagten entlassen worden wäre. Auch ein Versuch könnte nicht angenommen werden, da feststände, daß dem Angeklagten bekannt war, daß Wibour nicht wieder in den Verband aufgenommen werden würde. Deshalb hätte der Angeklagte auch keinen Versuch machen können, Wibour in den Verband hineinzubringen. Wenn der Angeklagte wirklich den Wibour, wie dieser behauptete, aus dem Geschäft hätte herausbringen wollen, so würde dies kein Versuch sein, ihn in den Verband hineinzubringen, und würde überhaupt nicht strafbar sein. Der Staatsanwalt hätte sich in direkten Widerspruch mit den beschworenen Aussagen des Zeugen Adamus gesetzt. Es berührte dies eigentümlich, wenn man überlegte, welche Bedeutung der Aussage von Werkführern und ähnlichen Beamten beigegeben würde, wenn sie in einem Prozeß gegen einen Arbeiter als Belastungszeugen auftreten. Hier, wo Adamus den Angeklagten entlastete, sollte auf einmal seine beschworene Aussage falsch sein, und die Aussage des konjunktiven und lebensfählichen Wibour den Vorzug verdienen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Stewert wegen **versuchter Erpressung** zu einem Monate Gefängnis. In der Begründung des Urteils hieß es: Angeklagter habe zwar gewußt, daß Wibour nicht in den Verband aufgenommen werden würde, trotzdem habe er die Absicht gehabt, die Aufnahme doch herbeizuführen. Diesen Sinn habe es, daß er von Wibour verlangt habe, er solle sein Mitgliedsbuch vorlegen. Zu diesem Zweck habe er auch gesagt, daß Adamus Vorschub geben werde. Darin liege eine versuchte Erpressung zugunsten des Verbandes. Das Verhalten des Angeklagten sei gemeingefährlich, denn er habe dadurch den Wibour aus der Arbeit gebracht!

So wurde das Urteil verkündet, obgleich kurz vorher das Gericht durch Beschluß als wahr unterstellt hatte, daß Wibour nicht durch die Handlungen des Angeklagten aus seiner Stelle gebracht worden wäre. Was haben derartige „Unterstellungen“ für einen Wert, wenn das Gericht sich dadurch nicht verhindert fühlt, nachher das Gegenteil des als wahr unterstellten im Urteil zu behaupten? — Es wird bei der Umarbeitung der Strafprozedur dringend nötig sein, dem vom Reichsgericht gebilligten Mißbrauchs, daß Beweisansprüche abgelehnt werden dürfen, wenn das Gericht erklärt, es unterstelle ihren Inhalt als wahr, einen gefahrdrohenden Regel vorzuschreiben. Noch weit schmerzlicher als der erwähnte strafprozessuale Verstoß wiegt aber die jedem gefunden Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlagende, wenn auch vom Reichsgericht gebilligte Konstruktion einer Erpressung auf Grund des der Wahrheit zuwider der Anklage zugrunde gelegten Sachverhalts. Die Quintessenz der gesamten Anklage, der Verhandlung und des Urteils ist: Der Angeklagte, dessen völlige Unschuld nach Vorliegendem nachgewiesen ist, ist verurteilt, weil er ein ehelicher Arbeiter ist, der von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation zugunsten der Arbeiter überzeugt ist, die Arbeiter würden ihre Lage durch Zusammenschluß in Gewerkschaften bessern. Da der Richter, wie im vorliegenden Fall insbesondere die Frage des Vorliegendes zeigt, das werkschaftliche Leben nicht und den Zusammenhang der ökonomischen und politischen Dinge nicht kennt, sondern vom weltfremden formaljuristischen Begriffsbau die Dinge einseitig betrachtet und vom Ideenkreis des Unternehmertums aus beurteilt, gelangt er in solchen und ähnlichen Fällen

zu einer Beurteilung des Angeklagten, ohne sich im geringsten dessen Bewußt zu werden, daß sein Urteil eine schreckende Ungerechtigkeit gegen den Angeklagten und die Arbeiterklasse, und eine Verurteilung der heutigen Rechtsprechung ist, die aus ihrer Klassenjustiz-Haut nicht heraus kann. Solche für die Zukunft zu verhindern, kann nur eine fortwährende Aufklärung und Organisation der Arbeiterklasse, um andere Zustände auch auf dem Gebiete der Rechtsprechung zu schaffen.

Der Nachtopf als Helm.

Den Nachtopf dem Schuttmann Dinge am 25. August d. J. auf den Helm gestülpt — ob mit oder ohne Inhalt ergab die Verhandlung nicht — hat der Arbeiter August Voensich, der sich gestern wegen tätlicher Beleidigung und Widerstandes vor dem Altdorfer Schöffengericht zu verantworten hatte.

Der Beamte war auf die Bitte der von dem betrunkenen Angeklagten bedrohten Ehefrau am 25. August, nachts 2 Uhr, in der Wohnung des Voensich erschienen und wollte letzteren, der mit der brennenden Lampe nach seiner Frau geworfen, zur Wache sistieren. Als der Beamte die Handfesseln dem kräftigen Angeklagten anlegen wollte, gelang dies dem Beamten nicht. Vielmehr zog der Angeklagte ein Nachgeschirrt unter dem Bett hervor und bedeckte damit den Helm des Beamten. Erst unter Assistenz eines weiteren Schuttmannes gelang die Festnahme und der Transport zur Wache.

Wegen der tätlichen Beleidigung und des Widerstandes erhielt der Angeklagte 2 Wochen Gefängnis.

Die heilige Hermandad.

In Duisburg hatte sich der Polizeiergeant Florzgal aus Oberhausen vor der Strafkammer wegen Beleidigung und Mißhandlung zu verantworten. Wegen ähnlicher Vorgänge war er schon von dem Polizeikommissar Urbach aus dem Aufendienst entfernt, dieser hatte ihn aber wegen seines Dienstalters schändendwert befunden und ihn dem Aufendienst wieder zuerteilt. Der edle Polizeiergeant erscheint in selbstbewußter Haltung, geschmückt mit dem Bande der Glinadenknause im Knopfloch. — Angeklagter ist **Pole** und wurde von seiner vorgesetzten Behörde mit der Ueberwachung der polnischen Bewegung und deren Verantwortungen betraut. Seine Teilnahme am Glinadenzug hatte ein nettes Leiden bei ihm hervorgerufen, weshalb er im Verkehr mit dem Publikum, insbesondere mit seinen Landsleuten, wie ein herrischer Souverän aufgetreten war. Die Polen hatten einen besonderen Haß auf ihn bekommen und ihm manches anonyme Drohschreiben zukommen lassen. Am 2. Weihnachtstfest d. J. gegen Abend hatte der Polizeiergeant Neke II bei einer Schlägerei zwischen Polen einen verhaftet und zur Wache geführt. Der 20jährige polnische Arbeiter Stanislaus Krapietzel war in Begleitung zweier Kollegen dem Transport bis zum Markthaus gefolgt, als der Angeklagte auf der Bildfläche erschienen war. Er war in befehleischem Tone auf die nichts ahnenden Leute losgegangen. Zwei von ihnen waren davongelaufen, während Kr. noch ruhig auf dem Bürgersteige verweilte. Dies veranlaßte den Angeklagten, zum Säbel zu greifen und dem Kr. über den Kopf zu schlagen. Kr. hatte dann die Flucht ergriffen und der Angeklagte war hinter ihm hergelaufen, ihn immerfort mit dem Säbel attackierend. Er rief ihm ebenfalls polnische Schimpfworte zu. Krapietzel hatte, nach dem ärztlichen Rufe, außer einer 10 Zentimeter langen klaffenenden Wunde am Kopf, insgesamt 12 Säbelstiche davongetragen, die sich auf den Rücken und die beiden Arme verteilt hatten.

Die Strafkammer erachtete eine Ueberschreitung der Dienstgewalt für vorliegend und erkannte demgemäß wegen Beleidigung und Mißhandlung — auf eine Geldstrafe von 110 Mark. — Gegenüber der an den Tag gelegten Brutalität und Frechheit ist die Strafe als eine auffallend milde zu bezeichnen. Wäre ein polnischer Arbeiter, der in gleicher Weise einen Polizeiergeanten zugerichtet hätte, ebenso milde davongelassen? Solche milde Strafen machen es begreiflich, wenn Leute gegenüber „Schultheuten“ sich Schutz durch Notwehr selbst verschaffen und wenn sie es in den Fällen ablehnen, Schuldsitzen zu helfen, wo sie in ähnlicher Weise behandelt werden, wie ohne jeden berechtigten Anlaß der harmlose Pole von dem „Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ unter schwerem gemeingefährlichem Mißbrauch seiner Umkleidung traktiert wurde.

Mißholoffen.

Gestern standen vor der Strafkammer des Landgerichts III unter der Anklage der Körperverletzung beim, der Bedrohung die Maurer Hermann Bradmüller, Wilhelm Neß, Franz Piepelt, Franz Simon und Otto Wolter zu verantworten. Die Angeklagten hatten am 28. Juli ein Gemeindefest in Oranienburg mitgemacht und haben sich im Anschluß daran teilweise an einem Geze gegen zwei Maurer beteiligt, die zu jener Zeit ungeachtet des Streiks ihrer Arbeit nachgingen. Der Maurer Oph ging am 29. Juli, morgens gegen 5 Uhr, von Sachsenhausen nach Oranienburg, um von dort mit der Bahn zu seiner Arbeitsstelle in Schönholz zu fahren. Als er gegen 6 1/2 Uhr in der Nähe Oranienburgs in den sogenannten Muffenrieden angekommen war, traf er den Angeklagten Wolter, der ihn fragte, ob er Maurer sei und noch ein kurzes Gespräch mit ihm anknüpfte. Nach etwa 60 Schritten traf er den Angeklagten Piepelt und noch 15 Schritte weiter vertrauten ihm mehrere Männer, unter denen sich Bradmüller und Neß befanden, den Weg und umringten ihn. Bradmüller soll ihn sofort mit der Faust ins Gesicht geschlagen, zu Boden gerissen und mit der Faust und dem Stiefelabsatz bearbeitet haben. Auch Piepelt soll ihn mit der Faust mißhandelt haben. Oph gelang es schließlich, seinen Angreifern zu entkommen und sich durch schleunige Flucht in Sicherheit zu bringen. Er lief nach Oranienburg zum Dr. Schnödel und mußte sich dort die Wunden verbinden lassen. Die ersten drei Angeklagten, die bald darauf in Untersuchungshaft genommen wurden, behaupteten, daß sie wegen hochgradiger Angetrunkenheit von dem ganzen Vorgang nichts wußten. Simon und Wolter bestritten ganz entschieden, sich an irgendeinem Gewalttät beteiligt zu haben. Die Möglichkeit, daß sich Oph in seiner Erregung bezüglich dieser beiden Angeklagten getäuscht haben könne, wurde auch vom Staatsanwalt Dr. Reiner anerkannt, so daß er gegen Simon und Wolter die Freisprechung beantragte. Bezüglich der drei ersten Angeklagten beantragte der Staatsanwalt gegen Bradmüller eine Gesamtstrafe von 11 Monaten, gegen Neß eine solche von 10 Monaten und gegen Piepelt neun Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Heine hielt aus feinerlicher die Freisprechung der Angeklagten Simon und Wolter für geboten und plädierte nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme für eine möglichst milde Beurteilung der Tat der drei ersten Angeklagten, die sich ja in bedauerlicher Weise verhalten hätten. Er bat, zu bedenken, daß es sich um Leute handle, die an einem Fest teilgenommen und bis tief in den Morgen hinein geschneip hätten. Ihr Geinnungsvermögen und ihr Verstand sei infolgedessen offenbar sehr getrübt gewesen. Die Angeklagten seien durch ihre mehr als zweimonatige Untersuchungshaft schon schwer bestraft und als Gültige ihrer Tat würde eine Strafe genügen, die über die erlittene Untersuchungshaft nicht weit hinausgehe. Im großen und ganzen handle es sich doch nur um eine sogenannte betrunkenen Geschichte. — Das Gericht, unter Vorsitz des Landg. Direktors Dr. Wernisch, war der Ansicht, daß die ersten drei Angeklagten eine milde Beurteilung nicht verdienen. Sie seien in grober Weise mit Mißhandlungen gegen Oph vorgegangen, um ihn in seiner persönlichen Bewegungsfreiheit zu behindern. Einem solchen Terrorismus müsse zum Saube friedlicher Bürger energisch entgegengetreten werden. Der Gerichtshof erachtete es auch für den Ausdruck einer feigen Gesinnung, daß die Angeklagten nach der Tat Trunkenheit beschworen und so taten, als ob sie von der ganzen Sache nichts wußten. Das Gericht verurteilte Bradmüller wegen gemeinschaftlicher und einspäter Körperverletzung zu 1 1/2 Jahren, Neß wegen Körperverletzung und Bedrohung zu 1 Jahr und 2 Wochen, Piepelt wegen Körperverletzung zu 1 Jahr Gefängnis

Zur Kommunalwahlbewegung.

Für den 48. Bezirk hatten die Genossen am Donnerstag eine Versammlung im Bernhardt-Rose-Theater in der Wabitrage veranstaltet. Als Referent trat Genosse Wurm auf, der jetzt in diesem Bezirk kandidiert, während er seit sieben Jahren den 35. Bezirk in der Stadtverordnetenversammlung vertreten hat.

Eine Kommunalwählerversammlung verboten!

Für die Kommunalwahlbezirke 29 und 41, die hauptsächlich zum fünften Reichstagswahlkreis gehören, aber auch Teile des sechsten bzw. des ersten Reichstagswahlkreises mit umfassen, war für Freitag von unseren Genossen eine Wählerversammlung nach dem oberen Saal des „Rosenthaler Hof“ (Rosenthalerstraße 11-12) einberufen worden.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 13. Oktober, abends 6 Uhr findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, 13. Oktober, früh 8 Uhr, findet im 4., 9. und 10. Kommunalwahlbezirk eine Flugblattverteilung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen pünktlich zu erscheinen.

Vierter Wahlkreis. Zu dem am Sonntag, den 13. Oktober, stattfindenden Ausstaben sind noch Willets a 60 Pf. einschließlich Garderobe im Bureau des Kreises, Stralauerplatz 1/2, zu haben.

Schöneberg. Parteigenossen! Wir weisen nochmals auf den heute abend in der Schloßbrauerei stattfindenden humoristischen Abend hin.

Mummelsburg-Bozthagen. Wir machen die Parteigenossen auf das heut abend im Café Bellevue stattfindende 18. Stiftungsfest des hiesigen Wahlvereins aufmerksam.

Rubow. Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet bei Palm die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Thormann, Neue Mühle (früher Ballmüller), stattfindende Wahlvereinsversammlung aufmerksam gemacht.

Vorsigwalde. Zu den neu erbauten Vorsigwalder Festsälen Contad, Ede Spandauerstraße, findet am Montag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, eine Volksversammlung statt.

Dranienburg. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal Waldhaus Sandhausen, Schützenstr. 34, eine öffentliche Kommunalwählerversammlung stattfindet.

Spandau. Sonntag, den 13. Oktober, Flugblattverbreitung für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in allen Bezirken. Die Genossen werden aufgefordert, morgen 7 Uhr zahlreich anzutreten.

Berliner Nachrichten.

Hinein in die Arbeiter-Bildungsschule!

Am Montag, den 14. Oktober, eröffnet die Arbeiter-Bildungsschule wieder ihre Pforten, um aufs neue den Angehörigen der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit zu verschaffen, sich Wissen und Bildung anzueignen und die Lücken ihrer Kenntnisse auszufüllen.

Zum Kutsch-Ladenschluß.

Die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen und dem Verband der Handels- und Transportarbeiter unter Unterstützung der Partei inszenierte Agitation zur Herbeiführung des Kutsch-Ladenschlusses für den Landespoltzeibezirk Berlin hat das erfreuliche Ergebnis erzielt, daß rund 20 000 Ladenschluser sich für den Kutsch-Ladenschluß ausgesprochen haben.

Die Berliner Stadtbibliothek.

Am Dienstag, den 15. Oktober, wird die Berliner Stadtbibliothek in den neu hergerichteten Räumen Zimmerstr. 90/91 eröffnet werden. Im Jahre 1901 von den Gemeindebedeuten gegründet und seit 1902 mit städtischen und privaten Geldmitteln versehen, hat sie zurzeit einen Bücherbestand von mehr als 80 000 Bänden.

werke aus solchen Gebieten der Wissenschaft, Kunst und des praktischen Lebens, nach denen die Nachfrage voraussichtlich am häufigsten sein wird. Die Stadtbibliothek als Mittelpunkt der städtischen Volksbibliotheken wird ihre Bücher nicht nur unmittelbar, sondern auch durch Vermittlung der Volksbibliotheken verleihen.

Vor der Gemeindefakultät.

Ein gewaltiges Schieben und Drängen gab es am Dienstagmorgen nach Schluß vor der 216. 222 Gemeindefakultät in der Rosfelderstraße. Ein Warenhaus in der Deusselstraße hatte schwarz-weiß-rote Reklameplakate mit dem Reichsadler auf der einen Seite anfertigen lassen und ließ diese das Aussehen von Papierfahnen tragend Kleben an die die Schule verlassenden Kinder verteilen.

Die Bauarbeiten für die Probefreie der Schwebebahn sind kürzlich in der Brunnenstraße in Angriff genommen worden. Zum Zwecke der Aufstellung der Gerüstträger ist eine Verlegung der Strahlenbahnlinien erforderlich, aus welchem Grunde das Doppelgleis zwischen der Invalidenstraße und dem Rosenthaler Tor auseinandergezogen wird.

Der Magistrat hat gestern die Entwurfspläne für die Waldberolungsstätte, die vom Geheimen Baurat Dr. Ludwig Hoffmann vorgelegt wurden, genehmigt. Sie soll nördlich von der Eisenbahnstation Buch in einem städtischen Hofgelände errichtet werden.

Die Verlegung von Straßenbahnlinien. Drei wichtige Linien der Straßenbahngesellschaften können jetzt wieder ihren jahrplanmäßigen Weg im Westen von Groß-Berlin machen.

Eine neue Polizeiverordnung für den Straßenbahnverkehr. Ueber die Mitnahme von überzähligen Fahrgästen hat der Polizeipräsident eine Polizeiverordnung unterzeichnet, die dieser Tage amtlich veröffentlicht werden und sofort in Kraft treten soll.

An Wochentagen in der Zeit von 11 Uhr abends bis zum Betriebsschluß; in der übrigen Zeit a) bei Unwetter (Niederschlag, Schneegestöber usw.), b) bei Verkehrsstörungen und Verkehrserschwerungen, c) bei Paraden, Volksfesten, Schaustellungen und anderen großen öffentlichen Veranstaltungen.

Das Maß der Mehrbesetzung in den erwähnten Zeiten und Fällen darf auf der Vorder- und Hinterplattform jedes Wagens je eine Person, im Innern der Wagen mit Langsitzen dürfen zwei Personen, in solchen mit Quersitzen drei Personen über die Normalzahl hinaus mitgenommen werden.

Die Automobilfalle in Tegel auf der Straße zwischen Humboldtmühle und Schloßrestaurant hat wiederum Veranlassung zu einem Unglücksfall gegeben. Schon bei der Luftschiffkonkurrenz im vergangenen Jahre fuhr eines der verfolgten Automobile in der scharfen Kurve gegen einen Baum, wobei einer der Insassen getötet wurde.

Das Ende einer Schwindelfalle. Der Polizeipräsident macht bekannt, daß das Liquidationsverfahren über die „Verolina“ deutsche Volksfrankenkasse zu Berlin, Eingetragene Hilfskasse Nr. 140, die sich am 18. November 1902 aufgelöst hatte, wegen Mangels an Mitteln eingestellt ist und die Liquidatoren Schmidtke und Schwarz von ihren Ämtern als Liquidatoren entbunden worden sind.

„Guten Tag, Herr Direktor!“ Dieser doch durchaus höfliche Gruß kostete einem Berliner Landwirtschmann, der in den vergangenen 14 Tagen in Bittenberg eine Lebung machte, 5 Tage Arrest. Der Berliner Branddirektor Reichel machte nämlich dort ebenfalls eine Lebung und zwar im Landwehrcorpskommandantur. Mit der Herr Hauptmann da eines Tages an der anderen Landwehrcorpskompanie vorüber und einer der Mannschaften erlaubte sich den vor der Spitze stehenden Gruß ihm zuzurufen.

Schnoddrigkeit, widrigenfalls er es dem Regiment melden sollte. — Wir hielten bis jetzt den Titel eines Branddirektors als einen durchaus ehrenvollen und dem Titel eines Hauptmannes mindestens ebenbürtigen, doch nach Herrn Reichels Meinung scheint dies anders zu sein.

Als Vertreter der Bürgerrepräsentation Kopenhagens haben kürzlich zwölf Herren in Berlin einen vierwöchigen Aufenthalt genommen, um unsere kommunalen Einrichtungen zu studieren. Der Führer der Studienkommission, Obergerichtsrat Dr. Haack hat sich nach seiner Rückkehr über die hiesigen Einrichtungen nach den verschiedensten Richtungen hin geäußert. Vieles hat er gelobt, aber auch manches getadelt. In letzterer Beziehung ist für uns von Interesse, was er über unsere Gemeindefunktionen gesagt hat. Er meinte nach einem Bericht des „Berl. Tageblatt“:

„Am wenigsten befriedigt kann ich mich über das Gemeindefunktionen in Berlin ausdrücken. Die Deputation hat die 217. Gemeindefunktion besucht. Die Räumlichkeiten und das Material des Ansehungsunterrichtes können sich nicht mit den entsprechenden Einrichtungen der Kopenhagener Gemeindefunktionen messen. Auch ist die in Berlin auf die einzelne Klasse der Bezirksschule entfallende Schülerzahl — über 40 durchschnittlich — bedeutend größer als in Kopenhagen, wo die größte überhaupt zulässige Schülerzahl einer Klasse 35 beträgt.“

Woran sich Berlin ein Beispiel nehmen könnte!

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde gestern mittag die Hauptwache nach der Brandenburgstr. 25 alarmiert. Dort stand auf dem Hofe der Dachstuhl eines Geschäftshauses in Flammen. Die Feuerwehr mußte mit drei Schlauchleitungen von Dampfstrahlen vorgehen und zur Lösung eine große mechanische Leiter benutzen. Der Dachstuhl ist zum Teil niedergebrannt. Die Entstehung konnte noch nicht ermittelt werden.

Feuernachrichten. Wegen eines gefährlichen Brandes wurde die Feuerwehr gestern abend nach der Döbberstr. 45 gerufen. Bei Ankunft der Schläuche standen dort in einem Drogerie-Laden Benzindorräte und Regale in Flammen. Brandmeister Eisner ließ sofort mit einem C-Mohe Wasser geben, wodurch die Gefahr bald beseitigt werden konnte. Ein Arbeiterbursche Otto Pfeiffer erlitt bei dem Brande schwere Verbrennungen an beiden Händen. — Ein zweites größeres Feuer entstand nachts in der Behmestr. 25 in einem Konfektwarenladen. In der Hauptsache wurden hier Regale, Türen, Betten und Kleidungsstücke vernichtet. — In der Stallstraße 5 war in einer Küche Bohnermousse übergekocht, wobei das Dienstmädchen Alma Bruner Handwunden dritten Grades davontrug. — Eine Buchdruckerei brannte dann in der Dresdenstr. 34/35, während in der Rheinsbergerstr. 13 sich Petroleum und in der Köpenickerstr. 31 ein Unter an einer Dynamomaschine entzündet hatte.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtverordnetenversammlung. Auf Vorschlag des Wahlausschusses wird beschlossen, für den verstorbenen Stadtverordneten Wading eine Erziehung anzuordnen. Der zwischen Thüringer- und Ringbahnstraße gelegene Teil der Bergstraße soll neu hergestellt werden, jedoch nicht in Asphalt, sondern durch Pflasterung mit Granitsteinen. Mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit des von der Ringbahn aus nach beiden Seiten hin stark ansteigenden Straßenteils ist die Reihenpflasterung vorzuziehen. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Der Vertrag der Stadt mit den Berliner Elektrizitätswerken läuft mit dem Jahre 1911 ab. Zur Aufhebung desselben ist eine zweijährige Kündigungsfrist festgesetzt. Soll also der Ueberrahme in eigene Regie nähergetreten werden, so ist 1909 zu kündigen. Um hierfür genaue Unterlagen zu erhalten, schlägt der Magistrat vor, über die ganze Sache ein Sachverständigengutachten einzuholen. Bürgermeister Kaiser erklärt, daß die Stadt vor einer schwerwiegenden Entscheidung stehe. Es handle sich um ein Millionenprojekt und da müsse man so klar wie möglich blicken. Der in Aussicht genommene Gutachter werde sich trotz des Riesensubjektes mit der äußerst geringen Entschädigung von etwa 2000 M. begnügen.

Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sollen künftig in halbjährlichen Perioden zusammengestellt und gedruckt den Mitgliedern übermittelt werden.

Der Magistrat beantragt, im Cuerggebäude des Hauses Kaiser Friedrichstraße 207, in welchem bis jetzt ein Teil des Gymnasiums untergebracht war, die erste Hilfsklasse für schwachbegabte Kinder unterzubringen. Einige dazu nötige bauliche Veränderungen werden 2500 M. beanspruchen. Der Mietvertrag mit dem Privateigentümer läuft noch bis 1. Oktober 1909, kann aber auf weitere 5 Jahre verlängert werden. An die Vorlage knüpft sich eine lebhafte, teils sehr bewegte Debatte. Stadtdr. Silberstein (Soz.) hat in Gemeinschaft mit einem anderen Stadtverordneten die Räume besichtigt und gefunden, daß sie völlig ungeeignet für den gedachten Zweck sind, weshalb auch — wie der Genannte ausführte — seine Freunde dem Antrage des Magistrats nicht zustimmen werden. Wenn der Dezernent, welcher alle Schulgesundheitsgesetze besuche, in der Begründung die Räume „für Schulzwecke wohl geeignet“ halte, so sei das unverständlich und komme einer Ironie nahe. Höchstens 3 Räume könne man als verhältnismäßig brauchbar bezeichnen. Die Belichtung derselben ist ungenügend, die Wände tapetenlos, die Alceider müssen in Klassenräume abgelegt werden. Das Treppenhaus ist äußerst beengt und teils dunkel, so daß bei eventueller Feuergefahr Schlimmes befürchtet werden müsse. Der Hostraum ist viel zu klein und reicht allenfalls zu, um die Kinder nach Zuchtbaumanier herumzuführen. (Stürmische Unterbrechungen rechts.) Die Vorlage läßt den Antrag an Schulärzten wieder einmal sehr empfindlich hervorreten. (Lebhaftes Ahal rechts.) Ihr Aha beweist nur, daß Sie für Schulzwecke eben kein Verständnis haben. — Stadtdr. Gröpler wirft Silberstein vor, daß er mit seiner Rede nur in der Deckunglichkeit wieder mal sein Licht leuchten lassen wollte. Im übrigen sei auch er — Redner — von der Ungünstigkeit der Räume überzeugt und erwarte, daß eine Mietverlängerung nach zwei Jahren nicht eintrete. — Stadtrat Dr. Weinreich hält zur Verteidigung der Vorlage gegen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners seine aus den alljährlichen Etatsberatungen bekannte Rede, nach welcher Rixdorf auf seine Schulverhältnisse mit einem „gewissen Stolz“ blicken könne. Er könne nicht bloß als Hygieniker handeln, sondern müsse auch den Finanzstandpunkt berücksichtigen. Wisse man etwa auf den kostbaren Grundstücken der Stadt die Hilfsklasse bauen? — Diese merkwürdigen stadträulischen Auslassungen riefen teils lebhaften Protest, teils aber auch Heiterkeit bei den Sozialdemokraten hervor. — Stadtbaurat Niehl und Stadtdr. Abraham veruchten den unangenehmen Eindruck der Ausführungen des Dezernenten abzuwachen und stimmten sachlich mit Silberstein vollkommen überein. — Nach treffender Replik des Stadtdr. Wüthly (Soz.) gegen den Stadtrat, welcher — wie Redner sagte — gegenüber den Mängeln der Schule Vogelstrauchakt läbe oder die durch die rosafarbene Brille betraute, ging noch Stadtdr. Silberstein (Soz.) gehörig mit dem Dezernenten sowohl als auch mit dem Stadtdr. Gröpler ins Gericht, welcher letzterem er auf seine Anempfehlung bezeugte, daß er die darin liegende Unterstellung zurückweise; er wisse sich frei von Effektivschereit und diene stets und immer dem Gemeinwohl. Im übrigen mag Herr Gröpler doch auch sein Licht leuchten lassen — sofern er es vermag. — Stadtverordnetenvorsteher Sander rief wegen des Schlusssatzes den Redner zur Ordnung. — Die Magistratsvorlage gelangt hierauf mit 32 gegen 16 Stimmen zur Annahme.

Den Vorlagen betreffend die Anstellung eines ausländischen Lehrmittels für das Gymnasium, die Anstellung von weiteren Lehrkräften für die höheren Mädchenschulen und die Erhöhung der Entschädigung für eine Lehrjahresschulstunde an der Fortbildungsschule (von 90 auf 105 M.) wird debattelos zugestimmt. Die gleiche Erledigung findet der Antrag auf Anmietung der Turnhalle des

Turnvereins „Jahn“ für das Winterhalbjahr zum Preise von 600 M., da die vorhandenen Schulkorallen für das Bedürfnis nicht ausreichen.

Am 1. April 1908 läuft die Wahlperiode der Hälfte der ehrenamtlich tätigen Stadträte ab; ferner harrt die Stelle des Zweiten Bürgermeisters noch der Besetzung. Zur Vorbereitung der notwendigen Erklärungen vertritt die Verwaltung den Wahlausschuh um 8 Mitglieder, darunter sind auch die Genossen Hoppe und Wen.

In der folgenden geheimen Sitzung lagen neben Beamtenanstellungen, die genehmigt wurden, mehrere Grundstückskäufe vor, die wegen der nicht zureichenden Bedingungen teils abgelehnt, teils vertagt wurden. Der Herrichtung von weiteren 40 Hektar des Rieselgutes Beufendorf-Grohmann für die Verinselung und einem Abkommen über Entwässerungsanlagen in Wahnmannsdorf wird die Zustimmung erteilt.

Schöneberg.

Ueberfallen wurde vorgestern abend gegen 11 Uhr in der Erfurterstraße der bei der Bach- und Schlichtgesellschaft angestellte Wächter Franz Salensti. Er hatte besonders den in der genannten Straße gelegenen Bauplatz von Zimmer zu bewachen, auf dem schon mehrfach Diebstähle vorgekommen sind. Auf dem Bauplatz wird ein Terrichund gehalten, der bereits öfter verschwunden war, und zwar jedesmal, wenn dort ein Diebstahl ausgeführt wurde. Als S. vorgestern abend zur genannten Zeit sich dem Platz näherte, bemerkte er, daß der Hund wiederum schle. Inmitten vor dem Bauplatz sprangen plötzlich zwei Männer hinterwärts auf ihn zu und einer derselben versetzte dem Wächter mit einem Knüttel einen so wuchtigen Hieb über den Kopf, daß der Betroffene benommen zusammenbrach. Dann schnitten sie ihm die Hoden- und Hofentaschen auf, weifellos in der Absicht, den Ueberfallenen zu berauben. Dies gelang ihnen jedoch nicht, weil S. sein Geld im Stiefelschuh aufbewahrte. Inzwischen ergriffen die Räuber die Flucht und entliefen auf den hinter dem Bauplatz gelegenen Wiesen. S. mußte sich auf der Unfallstation in der Herdstraße einen Verband anlegen lassen.

„Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“ lautete das Thema, das am Dienstagabend in drei öffentlichen gutbesuchten Kommunalwählerversammlungen, und zwar in Obits Festsäle, Reiningstr. 8; „Schwarzer Adler“, Hauptstr. 134, und Wilmersdorf, Ebersstr. 80, zur Beratung stand. Referenten waren die Genossen Eduard Verstein, Hermann Rolkenbühr und Dr. Alfred Bernstein. Unter besonderer Berücksichtigung des künftigen Kommunalwahlrechts geisterten die Redner scharf das Treiben der freisinnig-hausagarrischen Stadtverordnetenmehrheit, die ihre Macht benutze, um jedem kulturellen Fortschritt hemmend in den Weg zu treten. Das Schulwesen, die unheimlichen Wohnungsverhältnisse, die noch so miserable Lage der Gemeindearbeiter und die ablehnende Haltung der Gegner anlässlich der Beratung über die Vertzwachststeuer wurden von den Rednern einer heftigen Kritik unterzogen. Die Redner schlossen mit einem feurigen Appell an die Versammelten, die Zeit bis zum 2. November, dem Tage der Wahl, noch lebhaft für die Agitation auszunutzen, damit die Kandidaten der Sozialdemokratie mit großer Mehrheit gewählt würden. In der Diskussion wurde namentlich der Versuch des Reichslügenverbandes, die bürgerlichen Parteien unter seiner Fahne gegen die Sozialdemokratie zu sammeln, kritisiert. Mit Recht wurde betont, daß diese Gesellschaft am allerwichtigsten Veranlassung habe, sich als Freunde der Arbeiter aufzuspielen. Die Versammlungen wurden mit einem Hoch auf die Wahlbewegung geschlossen.

Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung wählte am Donnerstag mit 18 von 23 Stimmen den Rentier Kronhausen, dessen Amtszeit abgelaufen war, auf weitere 6 Jahre zum unbesoldeten Schöffen der Landgemeinde Lichtenberg wieder. 5 Stimmen fielen auf den Genossen Grauer. Infolge einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ist für Lichtenberg das Bestehen einer Oberbank in bezug auf die Pflicht der Straßen- und Bürgersteigreinigung seitens der Anlieger verneint worden.

Der Gemeindevorstand schlug den Erlaß eines Ortsstatuts im Sinne der §§ 1 und 68 der Landgemeindeordnung mit entsprechender Polizeiverordnung vor. Die Vertretung nahm nach längerer Debatte beide Vorschläge an. Es wird nach diesem Ortsstatut den Anliegern die Pflicht der Reinigung der Bürgersteige von Schnee und Eis und das Bestreuen mit abstumpfendem Material auferlegt und im Falle des Zuwiderhandelns eine Strafe bis zu 9 M. durch die Polizeiverordnung angedroht. Die Forderung eines Grundbesitzers, die Reinigung nur insoweit zu verlangen, als es die Verkehrssicherheit gebietet, begegnete seitens unserer Genossen erfolgreichem Widerspruch. Grauer wies darauf hin, daß die Gefahr, Schmutz in den unbauten Straßen die Grundbesitzer des öfteren schikanieren, gar nicht bestehe, denn ebensolche sei doch neben dem Staatsanwalt die Polizei die objektivste Behörde, und zweitens lämen doch Schmutz erlebungs-gemäß nur in solche Gegenden, wenn es gelte Arbeitswillige zu schämen bzw. Streikposten zu verjagen, sonst sei in der Regel kein Schuhmann zu sehen.

Die Erhöhung des Zinsfußes von 3% auf 4 Proz. für das von der Sparkasse zu Puztebude aufgenommene Darlehen wurde bewilligt.

Ober-Schönebeide.

Gemeindevorsteherwahl. Die Klage des Vertreters Hege-waldt gegen die Vertretung wegen Ungültigkeitserklärung seines Mandates ist abgewiesen, und hat demnach eine Neuwahl für die erste Klasse stattzufinden.

Die Errichtung einer Schulkasse für geistig zurückgebliebene Kinder führte zu reger Debatte, in welcher seitens unserer Genossen diese Einrichtung warm befürwortet wurde. Mit der Begründung, daß die in Frage kommende Zahl von 25 Kindern zu gering sei, und dieselben noch im ersten Schuljahre stehen, wurde diese Angelegenheit abgelehnt.

Dem vorliegenden Projekt für das zu errichtende Realgymnasium wurde zugestimmt. Der Aufwand hierfür beträgt 550 000 Mark.

Die Schaffung einer zweiten Direktorstelle an der höheren Anaben- und Mädchenschule wurde abgelehnt, nachdem sich die Mehrzahl der Vertreter dagegen ausgesprochen hatte.

Einen recht vernünftigen Bescheid hat die Aufsichtsbehörde auf das Begehren veräußerter Hausbesitzer und Geschäftslente gegeben, die durch Erhöhung der Marktpandengebühren sich die Konsumenz fernhalten wollen. In dem Bescheid wird gesagt, daß man der minderbemittelten Bevölkerung nicht die Gelegenheit zu billigen Einkauf sperren sollte, wenn man überhaupt mit diesem heillosen Mittel den beabsichtigten Zweck erreichen könnte.

Wegen des Verbot der Kreisbauverwaltung wegen Sprengens des der Gemeinde begrenzenden Städt. Kreischauffee sollen, da durchaus unverständlich, weitere Schritte unternommen werden.

Ein der Vertretung vorliegender neuer Vertragsentwurf der Terraingesellschaft mit der Gemeinde betreffs Anlegung von Straßen wird zwecks eingehender Beratung zurückgestellt.

Bemerkt sei, daß ein für die Gesellschaft äußerst günstiger Vertrag vor einiger Zeit abgelehnt wurde. Dem zweiten Vertrag wird es allem Anschein nach nicht anders ergehen. Es wäre auch gänzlich verfehlt, wenn wegen augenblicklich zu erreichender Vorteile willen sich die Gemeinde ein minderwertiges Pflaster aufhalten ließe, welches nachher dauernde Lasten bedingte.

Spandau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Schon seit längerer Zeit besteht zwischen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung eine Meinungsverschiedenheit über die Anstellung eines zweiten Stadtbaurats. Während die Stadtverordnetenversammlung die Anstellung eines solchen verlangte, verhielt sich der Magistrat stets ablehnend. Die Versammlung beharrte aber auf ihrem Standpunkte und beschloß die Anstellung eines technischen Magistrats-

mitgliedes, der auch im Ingenieurfach bewandert sein soll. Der Magistrat stimmte schließlich der Anstellung zu, wollte aber einen Hochbauer haben. Wieder entstand ein Streit und die Versammlung beschloß, die Sache nochmals in gemischter Kommission zu beraten. Gleichzeitig sollte auch in dieser Kommission die Wiederwahl der jetzigen Stadtbauratsstelle mit beraten werden. Die Kommission tagte und beschloß nunmehr, den zweiten Stadtbaurat sollen zu lassen, weil diese Stelle noch eine Anzahl anderer technischer Stellen im Besolge haben würde und dafür einen zweiten Bauinspektor anzustellen. Diefem Beschlusse stimmte selbstverständlich der Magistrat zu und war eine diesbezügliche Vorlage eingebracht. So glatt ging die Geschichte aber doch nicht ab. Es stellte sich heraus, daß einige Mitglieder der Kommission zu der betreffenden Kommissionssitzung, in welcher der Beschlusse gegen 1 Stimme gefaßt sein sollte, nicht eingeladen waren. Es stellte sich weiter heraus, daß für diese Angelegenheit zwei Kommissionen gewählt waren. Genosse H o r n i g, der ebenfalls dieser Kommission angehörte, war auch nicht eingeladen worden. Unsere Genossen, denen darum zu tun war, zu erfahren, wer denn das eine Kommissionsmitglied war, das nicht umgefallen, wendeten nun einen kleinen Trick an, um dies zu erfahren. Genosse P i e d bemerkte nämlich zu dieser Angelegenheit: Als der Magistrat den Beschlüssen der Versammlung nicht zustimmen wollte, da insensitiv der Stadtverordnete L ü d i e (konservativer Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des neuen Wahlvereins) einen wahren Entrüstungsturm, er drohte sogar mit einem Konflikt und es schien ganz so, als wenn er das bekannte Sprichwort befolgte: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein. Heute bemerke man von dieser Entrüstung nichts mehr, heute siehe der Stadtverordnete L ü d i e da wie eine geknickte Rille. Da seien die Parteifreunde des selben im Abgeordnetenhaus doch andere Leute. Wenn da der Minister auf seinem Kopf bestehe, da sage sie ganz einfach: der Minister kann uns sonst was! Als schließlich Stadtverordnete L ü d i e mit einigen Retourkarten beantwortet und dem Genossen P i e d empfahl, doch seine Informationen an richtiger Stelle einzusehen, da hätte Genosse S c h m i d t I die Sache auf und hatte nunmehr die Vacher auf seiner Seite. Zur Sache selbst beschloß die Versammlung, die Angelegenheit nochmals in der gemischten Kommission zu beraten, jedoch beide gewählten Kommissionen zu der Sitzung einzuladen. Bei der Vorlage Teilung zweier Mädchenklassen an der 5. Gemeindefunktion, wo die einzelne Klasse mit 80 bis 93 Kindern besetzt sei, und Anstellung einer Lehrerin, sprach Genosse S c h m i d t I den Wunsch aus, daß den Stadtverordneten eine Statistik über die Frequenz der einzelnen Klassen in den verschiedenen Schulen zugehen zu lassen, damit man einen besseren Einblick in die Schulverhältnisse erhalte, zumal seine Fraktion nicht in der Schuldeputation vertreten sei. Bürgermeister W a l f versprach, dem Wunsch Folge zu geben. Die Versammlung vertagte die Vorlage zur nachmaligen Beratung an die Schuldeputation. — Zur Befolgung einer dritten Lehrerin an der Koch- und Haushaltungsschule des Vereins für Kinderhort „Sonnenhof“ werden 600 M. gefordert, die andere Hälfte von 600 M. solle von der Regierung gezahlt werden, von welcher auch die beiden anderen Lehrerinnen besoldet werden. Genosse S c h m i d t I, der der Ansicht war, daß der Besuch dieser Schule jedem Madchen frei zugänglich sei, sprach sich erst für die Vorlage aus. Als er aber hörte, daß diese Schule meist nur für Töchter von Beamten und Handwerksmeistern sei, so daß die Töchter von Arbeitern, die ihrem Verdienst nachgehen mühen, daran gar nicht teilnehmen können, da sprach er sich gegen die Vorlage aus. Die Versammlung beschloß, 300 M. bis zum 1. April 1908 zu bewilligen und die Angelegenheit in der Staatskommission nachzuprüfen. — Vom Magistrat wird die Errichtung eines Kontrollbureaus für die Vollziehungsbeamten mit einem Sekretär als Vorsteher gefordert. Für letzteren soll das Anfangsgehalt mit 2200 Mark festgesetzt werden. Bisher konnten die Vollziehungsbeamten gar nicht kontrolliert werden, und erst die Beschreibungen eines solchen Beamten lenkten die Augen des Magistrats auf diese unzulässigen Zustände. Die Vorlage wurde, nachdem sich der viergliedrige Stadtdr. Kornow und unser Genosse Schmidt für die Vorlage erklärt, mit großer Majorität angenommen. — Der Stadtdr. L i e h, einer derjenigen bürgerlichen Stadtverordneten, die 1905 von der 3. Abteilung gewählt worden waren, hatte in einer früheren Versammlung namens des Bezirksvereins, dem er angehört, eine Petition um Errichtung einer Polizeiwache in der Wilhelmstadt eingebracht. Der Magistrat hatte die Vorlage abgelehnt und brachte dies zur Kenntnis der Versammlung. Darüber stimmten die Stadtdr. T a h l e r und L i e h ein großes Rammento an. — Zu der Vorlage: Herstellung eines zweiten Gleises der Straßenbahn vom Fehrbellener Tor zum Stadtpark bezw. einer einschlägigen Verlängerung vom Stadtpark bis zum Johannesstift und Bewilligung der Kosten von 90 000 M. aus dem Kaufgeld des Johannesstiftes, nahm auch der Stadtdr. S c h m i d t II das Wort. Es ist dies derjenige von der 3. Abteilung im Jahre 1905 gewählte Stadtverordnete, der auf Veranlassung seines Direktors von der Gewerfabrikt sich in der Stadtverordnetenversammlung dagegen verwahrte, mit dem Genossen Schmidt I identifiziert zu werden. Er empfahl die Ablehnung der zweigleisigen Strecke vom Fehrbellener Tor bis zum Stadtpark. Diese Strecke ist aber gerade am stärksten frequentiert. Man kann daraus ersehen, wie kurzfristig dieser Herr ist. Genosse P i e d gestellte bei dieser Gelegenheit wieder den billigen Verkauf des Stadtwaldes an das Johannesstift und meinte, daß von den 2 Millionen Kaufgeld bald nichts mehr übrig sein wird. Die Versammlung beschloß, diese Vorlage in geheimer Sitzung weiter zu beraten. Zwei Grundstücksankäufe werden ebenfalls in geheimer Sitzung verhandelt. Was brauchen die Steuerzahler auch zu wissen, wozu ihr Geld verwendet wird. Die übrigen Vorlagen sind von geringerer Bedeutung und werden nach den Anträgen genehmigt.

Potsdam.

Schleiertragdie. In einem Hause der Gr. Weinmeisterstraße wurde vorgestern nachmittag von seinem Bruder der 17jährige Unterprimaner Reinick vom Realgymnasium in seinem Zimmer als Leiche gefunden. Da die Annahme eines Selbstmordes durch Vergiftung bestand, wurden zwei Ärzte geholt, die den Regen des Toten auspumpten. Auf dem Tisch standen allerlei Chemikalien. Von Kameraden des Primaners wird erzählt, er habe sich bei der Präparierung von Insekten für die Sammlung unvorsichtigerweise mit Chankali vergiftet. Diese Annahme gewinnt an Wahrscheinlichkeit, da alle Motive für einen Selbstmord fehlen.

Vermischtes.

Neuer Eisenbahnunfall. Donnerstag abend 8 Uhr 26 Minuten überfuhr der von Frankfurt nach Heidelberg abgehende Personenzug Nr. 970 auf der Main-Station das Haltsignal und ließ infolgedessen mit einem Güterzuge, welcher vom Güterbahnhof nach Sachsenhausen fuhr, zusammen. Ein Kind wurde leicht verletzt. fünf Wagen des Güterzuges wurden zerstört und die Gleise der Berliner und Heidelberger Strecke gekippt. Um 10 Uhr war das Gleis Sachsenhausen-Frankfurt wieder fahrbar. Der Verkehr von und nach dem Süden wird durch Umleitung Louisa-Sachsenhausen aufrecht erhalten.

Er mordet aufgefunden. In Lannau (Ostpreußen) ist nach einer Meldung aus Heilsberg gestern früh der Kontorist Groß des dortigen Dampfagelwerks in seiner Schlafkammer durch Selbstmord ermordet worden. Es wurden 500 M. geraubt. Der Mörder ist unbekannt.

Der durchgebrannte Amtsdirektor Eduard Staudenmeier in Stralsburg i. G., der, wie wir meldeten, nach Unterschlagung von 60 000 M. amtlichen Geldern flüchtig wurde, ist gestern von der Schweiz nach Stralsburg ausgeliefert worden. Von den unterschlagenen Geldern befanden sich nur noch 6000 M. in seinem Besitze. Der Rest ist ihm, wie er behauptet, von einem Unbekannten gestohlen worden.

Entgeißelt. Nach einer Meldung aus Lempe ist gestern vormittag der Personenzug Nr. 520 zwischen Remscheid und Remscheid-Waldenwert vor dem Tunnel mit der Maschine und mehreren Wagen entgleist. Ein Reisender wurde leicht verletzt. Der Verkehr nach Düsseldorf wird über Überfeld geleitet.

Vergewicklung auf brennendem Schiff. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus New York ist der Triester Dampfer „Gulita“ mit 700 Passagieren 700 Meilen westlich von den Azoren bei schwerem Sturm in Brand geraten. Die Passagiere ergriff eine Panik. Sie füllten 12 Rettungsboote. Auch Leute der Mannschaft schlossen sich an, doch zeigte diese im allgemeinen eine gute Disziplin und bekämpfte das im Zwischenstadium ausgebrochene Feuer. Nach mehrstündigen Bemühungen schlug eine mächtige Welle über das Deck und löschte das Feuer. Die aus Säckfrüchten bestehende Ladung mußte teilweise über Bord geworfen werden.

Der Rekord der „Lufitania“. Nach einer Meldung aus New York hat der Dampfer „Lufitania“ der Cunard-Linie gestern früh 1 Uhr 25 Minuten Sandy Hook-Feuer passiert. Die Reisebauer beträgt demnach 4 Tage und 20 Stunden. Die Entfernung von Liverpool nach Sandy Hook beträgt 2780 Seemeilen. Da die „Lufitania“ 4 Tage 20 Stunden, d. i. 116 Stunden, unterwegs war, hat sie auf dieser ihrer zweiten Reise eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 23,98 Knoten (gegen 23,01 Knoten der ersten Fahrt) erreicht. Der Dampfer „Deutschland“ erzielte auf der Westreise eine Geschwindigkeit von 23,15 Knoten als die höchste bisherige Leistung. Somit wäre der Rekord der „Deutschland“ um 0,81 Knoten geschlagen. Auf beiden Fahrten (west- und ostwärts) zusammen war der Rekord des Lloyd-Dampfers „Kaiser Wilhelm II.“ 23,35 Knoten, während der „Deutschland“ auf beiden Reisen zusammen eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 23,93 Knoten aufwies. Die überanstrengte „Lufitania“ wird nun zu zeigen haben, ob sie noch leistungsfähig genug ist, um auf der Rückfahrt nicht hinter dem Gesamtrecord zurückzulassen.

Sieben Arbeiter ertranken. In Pontarlier (Frankreich) wollten sieben bei einer Brücke mit Erdarbeiten beschäftigte Arbeiter mit einer Fähre über den Fluß setzen. Die Fähre kenterte jedoch infolge der starken Strömung und alle sieben Arbeiter ertranken.

Das Bennett-Rennen der Lüste. Aus New York wird gemeldet: Frank Zahn, der vorjährige Sieger des Bennett-Rennens der Lüste, befindet sich im Augenblick auf der Reise nach St. Louis. Er leitet die Vorbereitungen für den internationalen Weltrekordlauf. Vor seiner Abreise sagte er Hochmännern, daß er wohl versichern könne, der Weltrekord werde sicher gebrochen werden, weil die Verhältnisse des Terrains, von dem aus der Aufstieg erfolgt, wesentlich günstiger seien als die aller bisherigen Weltfahrten. Von Amts wegen ist an das Publikum eine Belehrung ergangen, wie es den Luftschiffern beim Landen oder bei Zwischenfällen beistehen könne.

Zentralbibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. S.W., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 9-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Oktober, vorm. 9^h, im Rathaus (Saal 100): Versammlung mit freireligiöser Vorlesung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 12. Oktober.
Anfang 7^h Uhr.
Königl. Opernhaus. Salome.
Königl. Schauspielhaus. Der letzte Funke.
Deutsches. Prinz Friedrich von Somburg.
Kammertheater. Siebel. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller O. (Wallner-Theater.) Rosmersholm.
Schiller Charlottenburg. Das vierte Gebot.
Neues Schauspielhaus. Das Glas Wasser.
Festung. Der Bund der Jugend.
Berliner. Die tanzenden Männer.
Friedrich Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Kened. Die Waffen wieder!
Kleines. Maria Magdalena.
Vorhang. Martha.
Central. Unsere blauen Jungen.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Wehen. Die lustige Witwe.
Schauspielhaus. Gunderscheer.
Kehlbau. Ganz der Papa.
Trionon. Fräulein Josefine — meine Frau.
Thalia. Ihr sechs-Uhr-Duett.
Lustig. Gebildete Menschen.
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Veruhard Rose. Spreewälder.
Nachmittags 4 Uhr: Die sieben Raben.
Theater an der Spree. Der Affenbuddler.
Metropol. Das muß man seh'n!
Apollo. Scherzer Schiffer. Spezialitäten.
Wahalla. Spezialitäten.
Rolles Caprice. Gestelle Liebe.
Cafino. Die wilde Jagd.
Gehr. Herrseld. Kademe Wig-Wag. Es lebe das Nachleben.
Passage. Danny Gürtler. Spezialitäten.
Wintergarten. Auf St. Denis. Spezialitäten.
Draier. Ein toller Einfall.
Palast. Ein glänzender Reinfall. Spezialitäten.
Neichoballen. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Raubentzwei 14/49.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Im Orlean 4 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Im Orlean 8 Uhr: Dr. B. Donath: Das Ohmsche Gesetz.
Sternwarte. Invaldenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die tanzenden Männer.
Sonntag: Die tanzenden Männer.
Montag: Der Valtorssohn.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3^h, Uhr halbe Preise: Frühlingsluft.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die Nibelungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Jugend.
Abends 8 Uhr: Die blinde Passagier.
Montag: Nachtschl.

Lortzing-Theater
Abends 8 Uhr:
Martha.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Martha.
Abends 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.
Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Sujarensieber.
Zentral-Theater.
Abends 8 Uhr:
Unsere blauen Jungen.
Baubelle in 3 Akten.

Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Marx und Desobald. Deutsch v. R. Schönan.
Baron des Kubraiz: R. Alexander.

Theater an der Spree
Röhrenstraße 68.
Abends 8 Uhr. Juni 48. Male:
Der Affenbuddler.
Alt-Berliner Gesangsposse. Original-Decorationen und Kostüme der 50er Jahre mit Josefine Dora.
Täglich: Der Affenbuddler.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 31.
Nachmittags 4 Uhr:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Muttersegen.
Abends: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: Muttersegen.

Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 13. Oktober 1907:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Akten von Franz Adam Beckstein.
Anfang 7^h Uhr.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Waffen wieder!
Sonntag: Die Waffen wieder!
Montag: Die Waffen wieder!

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr: Agnes Sorma.
Maria Magdalena.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Maria Magdalena.
Montag: Ein idealer Gatte.

Vormittags 10^h, Uhr in der Schulaula N. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Präsident Ida Kitzmann: „Das Freiheitskämpfer und die Frau“. — Montag, den 14. Oktober, bei Bahnhofsbrücke, Sebastianstraße: Besprechende Versammlung (nur für Mitglieder mit weicher Dichtung).

Briefkasten der Redaktion.
— J. S. 168. Die Aufnahme in das Sanatorium erfolgt, wenn nicht anderswärtig eine andere Vereinbarung getroffen wird, an Stelle der Karte. Besuchen Sie sich direkt an die Versicherungsanstalt. — Berlin 30. 1. Nur der Bekann. 2. Kein. 3. An Berlin an das Polizeipräsidium, in der Provinz an den Landrat. — W. G. 25. Besuchen Sie sich an den Arzt, der die Impfung vorgenommen hat. — G. 77. Offenbacher Brustkasten und Begräbnisstätte für Frauen und Mädchen, Kreuzstraße 66 bei Hark. — Karl 18. Falls Sie mit dem Westendleben einverstanden sind, ja. — J. S. 100. Der Bekann ist zu verlassen. — C. P. 72. Im Abzug von dem Gehalt ist unzulässig, auch die Abfertigung eine Abrechnung. Besuchen Sie sich an den Vorstand der Bäcker und Konditoren, Auguststraße 35. — H. S. 1866. Das wird kaum möglich sein, treten Sie aber mit der Handwerkskammer, Neue Friedrichstraße 47, in Verbindung. C. R. 98. 1. und 2. Das ist zulässig, aber nicht zweckmäßig, weil möglicherweise aus dem Verkauf an Abhaltung eines öffentlichen Vergnügens geschlossen und dieses dann verboten werden kann. — Gnadenbröt. Sie können nur vielleicht durch Eingabe an den Magistrat Herrn Jock erreichen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschallendirektion. (Großhandel.) Schmalz 1a 68-70 pr. 100 Pfd., 11a 62-67, 11a 57-60, Rindfleisch 1a 62-67, 11a 50-59, Käse, fett 50-55, do. mager 40-45, Käse 54-62, Butter, bän. 54-62, do. holl. 0,00, Rindfleisch, Doppelender 105-120, Rindfleisch 1a 82-92, 11a 73-79, Mäher ger. gen. 54-58, do. holl. 48-54, bän. 0,00, Dammfleisch Rindfleisch 76-78, Hammel 1a 70-74, 11a 61-69, ungar. 0,00, Schafe 48-62, Schweinefleisch 54-61, Kebab 1a per Pfund 0,60-0,65, 11a 0,40-0,50, Rindfleisch 1a per Pfund 0,30-0,40, do. 11a 0,10-0,15, Dammfleisch 0,30-0,60, Rindfleisch 0,20-0,50, Frischlinge 0,00, Kammern p. St. 0,20 bis 0,90, Felsen, groß, p. St. 2,50-3,50, do. mittel u. klein, Eid 1,00-2,40, Bildenten per Stück 1,00-1,50, Bildenten per Stück 0,50-0,60, Heubühner, junge große 1,00-1,50, mittel u. kleine 0,40-0,90, alte 0,60-0,90, Kalanenbühne 1a 1,25-2,25, do. 11a 0,50-1,00, Kalanenbühnen 0,60-1,50, Besalinen 0,00, Baldschneppen 2,30-2,75, do. 11a 1,00-2,00, Kammernschneppel 0,20-0,30, Döhner, alle, per Stück 1,40-2,00, 11a 0,80-1,30, do. junge 0,60-1,30, Tauben 0,15-0,50, Enten per Stück 1,50-2,20, dito Hamburger per Stück 0,90-3,10, Gänse per Pfund 0,45-0,60, do. per Stück 2,00-3,50, do. Hamburger per Pfund 0,75-0,80, do. Ederwälder per Pf. 0,50-0,92, Vögel per Stück 0,80-1,35, Deutsche Vögelarten per Stück 1,05, Dachte per 100 Pfd. 98-103, do. matt 93-94, do. Rein 0,00, do. mittel 103-106, do. groß 0,00, Gander 0,00, do. klein 0,00, dito mittel 0,00, Schlei, groß-mittel 0,00, do. klein 127-132, do. unj. 0,00, do. mittel 0,00, Kete, groß 0,00, do. klein u. mittel 78-81, do. mittel 0,00, do. unj. 0,00, do. groß-mittel 110, do. klein 0,00, Bienen 0,00, Hobdorn 0,00, Karpfen 80-80er 0,00, 30-40er 0,00, do. 80-100er 0,00, do. 50er 66-69, Bunte Fische 47-80, Stör, groß 0,00, matt 68-70, Störchen 0,00, Heel 0,00, Fische 51-59, Barbe, groß 0,00, matt 65-70, Quappen 0,00, Raap 0,00, Amerik. Kachis neu, per 100 Pfd. 110-130, do. 11a neuer 90-100, do. 11a 0,00, Seelachs 10-20, Flumbers, Rieker, Stege 1a 2-6, mittel Rieker 1-2, Hamb. Stege 4-6, halbe Rieker 2-3, pomm. 1a Schod 5-6, 11a 2-4, Döllinge, Rieker per Ball 2-4, Straußhender 2,00, Hornh. 0,00, Kete, groß per Pf. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe per Schod 5-9.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Traumulus.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Monna Vanna.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Mr. Leu,
der künstliche Mensch.

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Vorwärts
Restaurant, Spandau, Schönwalderstr. 50.
Einzigste Partellokal u. Bundesheimstätte auf dem Wege zum Sportpark.
Jeden Sonntag gr. Ball. Paul Kuntze.

Zirkus Schumann
Heute Sonnabend, den 11. d. Mts., abends präzis 7^h Uhr:
III. Grande Soirée High-Lite.
Gala-Programm. U. a.: Weltliche Reue, Dora Schumann, Ernst Schumann. Die weltberühmte George Bonhair-Truppe. Des Roubars, Luftschweizer, Meisterfamilie Dumel. Die neuen Spezialitäten. Die Albert Schumanns neuesten Wunderbestellungen. Um 9^h Uhr: Die Verheerung der Pantomimen Eine Festschau der berühmtesten und populärsten Fantomimen:
Die lustigen Heidelberger.
Ein Fest
auf dem Neckar.
Humorist. Bilder aus dem modernen Studentenleben vom Hofballmeister H. Siemo.
Sonntag: 2 Galavorstellungen nachm. 3^h Uhr und abends 7^h Uhr. Nachmittags ein Kind frei.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Große Vorstellung.
U. a.: Herr Willy Manns, Wundererlebens.
Mons. E. Caroli, Fakierkünstler.
Um 9^h Uhr:
Auf der Hallig.
Diesj. gr. Anstatt-Pantom. des Zirkus Busch in 4 Bildern. Im 3. und 4. Bild: Sturm und Schiffsuntergang.
Die Wunder der Tiefsee vorher das große Programm.
Sonntag: 2 gr. Gala-Vorstell., nachm. 4 Uhr u. abds. 7^h Uhr. Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Das kolossale Programm.
Um 9^h Uhr:
Sylvester Schäffer jr.
der weltberühmte Universalkünstler.

Das Wichtigste zu Ihrem Umzug
ist die Beschaffung von Jaekels „Schlafepatent“-Möbel, als Sofa, Sessel, Chaiselongue, Schrank usw. in jeder Preislage. Fordern Sie sofort 100seitigen Katalog 1 gratis und franco.
R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik,
Berlin, Markgrafstr. 29, Ecke Kochstraße. Telefon Amt 1, 9474.

Schellfische Risse 3-4,00, 1/2, Risse 1,75-2,25. Sardellen. 1902er per Kiste 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 90-95. Schottische Bollerlinge 1905 0,60, large 40-44, full 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44. Deringe, neue Rasse, per 1/2, 50-120. Sardinen, russ., Rogh 1,50-1,60. Brauerlinge Jag 1,20-1,40, do. Büche (4 Eier) 1,40-1,70. Neunungen, Schodsch 11, do. kleine 5-6, do. Riesen- 14. Krebse per Schod 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 2,30, do. unj. 0,00, Galfirer, groß 0,00, do. unj. 0,00, Eier, Land, unj. 0,00, Schod 3,60-3,80, do. große 4,00-4,40. Butter per 100 Pfd. 1a 124-126, 11a 116-120, 111a 110-113, ablaufende 90-95. Saure Gurken, neue, Schod 4,00. Pfefferkörner 4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. Daberische 2,75-3,25, weiße runde 2,50-3,00, blaue 0,00, Rosen 0,00, mag. bon. 2,75-3,25, Porree, Schod 0,50-1,00. Meerrettich, Schod 5-12. Spinat per 100 Pfund 5-10. Sellerie, per Schod 2,00-8,00. Spießeln per 100 Pfd. 2,50-3,75, do. Berl. 40,00-100,00. Choleuten 40,00-100,00. Petersilie, grün, Schodhand 1,00-1,25. Kohlrabi Schod 0,50-1,00. Rettich, bayr., neuer 3,50 0,09-0,10, hiesiger Schod 2,50-3,50. Rüberrüben, 100 Pfund 2,00 bis 3,50. Karotten, hiesig, Schodhand 2,00-3,00. Wirringstiel per Schod 3,00 bis 10,00. Kohlfobl, Schod 4-10. Weißfobl 3-2,50. Blumenfobl, hiesiger 100 Stück 5-14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 100 Stück 7-15. Rosenfobl, per 100 Pfd. 20-25. Grünfobl 4-8. Kohlrüben, Schod 3,00-6,00. Peterfiliemurjel, Schodhand 3,00-4,00. Schoten per 100 Pfd. 30-30. Schnittlauch 1,00-1,25. Pfefferlinge per 100 Pfd. 8-14. Steinpilze per 100 Pfund 25-40. Rabieschen per Schodhand 0,75-1,25. Salat per Schod 1,00-2,00. Gurken, Gimmache, Schod 15-40. Sohlen, grüne, 100 Pfund 15-35. Tomaten per 100 Pfund 12-16. Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50-3,00. Rüberrüben, per 100 Pfd. 8-10. Salsis 3-4. Preiselbeeren per 100 Pfd. 24-30. Schwedische 29-32. Birnen, 100 Pfd., Kaiserer 0,00, Broler 10-25, hiesige 0,00, Rosbirnen 3-8, Tafelbirnen 1a 10-20, do. 11a 4-10. Birnche, hiesige per 100 Pfd. 3-20, italienische, per 100 Pfund 26-32. Kefjel, per 100 Pfund, Kaiser 15-45, 11a 15-20. Koft, hiesig, 3-4. Koch- 5-10. Lohel- 1a 15-25, do. 11a 7-12. Ballmisse per Schod 1,00-2,00, do. klein 0,40-0,50, do. franz. 100 Pfd. 0,00. Pfäumen, pr. 100 Pfd. hiesige 10-14, lechbige 10-16. Weintrauben, ital., per 100 Pfd. 9-25, firt. 15-20. Ananas 1, per Pfund 70-1,00, do. II 0,00. Zitronen, Belgina, 300 Stück 11,50-20,00, do. 360 Stück 12,00-16,00, do. 300 Stück 12,00-16,00, do. 150 Stück 1,00-10,00. Bananen, gelb, per 100 Pfd. 14,00-18,00. Kokosnüsse per 100 Stk. 15-24. Warenen, ital., 100 Pfd. 14-18.

Witterungsübersicht vom 11. Oktober 1907.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	
Swinemünde	764,23	Webel	12	Saparanda	763,51	Heiter	0
Hamburg	765,53	2wolflig	12	Berlin	766,53	2bedekt	8
Berlin	766,53	2wolflig	13	Schwib	755,53	4wolflig	11
Frankfurt a. M.	767,20	3 Dunst	7	Aberdeen	755,53	3 Regen	12
München	770,23	3 wolfl. bb.	5	Paris	764,53	2bedekt	12
Wien	768,53	3wolflig	14				

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 12. Oktober 1907.
Trocken und meist heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; nachts etwas kälter, am Tage wieder Erwärmung.
Berliner Wetterbureau.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Das Ohmsche Gesetz.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Metropol-Theater
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szeno gesetet von Direktor Richard Schultz.
G. Tielscher a. D., F. Massary
B. Darmand a. D. E. Whitney a. D.
Bender, Giampietro, Josephi
Anfang präzis 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 12. Okt., nachm. 3 Uhr:
Die Herren v. Maxim.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Brunnen-Theater
Badstraße 55. Direkt.: Bernh. Ross.
Heute
Freitag, den 11. Oktober 1907:
Marziß oder:
Das Ende der Pampadour.
Trauerspiel in 5 Akten von U. G. Trachvogel.
Koffeneröffnung 7 Uhr. Kauf 8 Uhr.
Botenverkauf von 10-2 Uhr.

Theater des Zentrums.
Sophien-Säle, Sophienstraße 17/19.
Bis früh um Fünfe
p. Aren u. Völsch, Musik v. G. Linde.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Prater-Theater
Rastanten-Allee 7-9.
Ein toller Einfall.
Poffe in 4 Akten von Karl Laufs.
Heute: Knobertauf!
Sonntag nachm. 3 Uhr: Bühne und Welt. Abends 7^h Uhr: Der überprüfliche Jähmänn.

Rafino-Theater.
Kochtringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Das vollst. neue Oktober-Programm.
Nur Attraktionen 1. Ranges.
Die wilde Jagd.
Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mid Carter.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
U. a.:
Paula Duvals
Hunde-Dressur.
Die 5 Rammoneurs
Damen-Exhibitor.
Ein glänzender Reinfall
Poffe.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Franzfurterstr. 132.
Spreewälder von Schwarz-Neßlingen.
Anfang 8 Uhr.
Wochentagspreise.
Nachm. 4 Uhr Kindervorstellung.
Die sieben Raben.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Baumstr. 16.
Herbst-Vergnügen
des Gewerkevereins der
Maschinenbauer
(Besitz XII).
Anfang 9 Uhr. Ende 7^h 7^h
Sonntag: Der verkaufte Schlaf.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
Antiduellenanten - Winter Zell.
Anfang 8 Uhr.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
Antiduellenanten - Winter Zell.
Anfang 8 Uhr.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
Antiduellenanten - Winter Zell.
Anfang 8 Uhr.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
Antiduellenanten - Winter Zell.
Anfang 8 Uhr.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
Antiduellenanten - Winter Zell.
Anfang 8 Uhr.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
Antiduellenanten - Winter Zell.
Anfang 8 Uhr.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Geteilte Liebe
Antiduellenanten - Winter Zell.
Anfang 8 Uhr.

WINTERGARTEN
Ruth St. Denis

Henriette de Serris, lebende Bilder.
Lindsay, Peitschenmanipulator.
Werner Alberti, kgl. Kammer Sänger.
Grays Affondressur.
Der Biograph.
Ariette Dargère, Sängerin.
De Bière, Zauberkünstler.
Empire comedy tour, amerikani-
sches Gesangsquartett.
Loris Loyal, Reitakt.
Die vier Gordons, Akrobaten.

**Gebr. Herrnfeld-
Theater.**

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Nachkomödien
seit 17 Jahren:

Madame Wig-Wag

Operetten-Burleske, Musik
von R. Stal.
Es lebe das Nachtleben!
Separé-Affäre in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Saysisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

**Walhalla-
Variete-Theater**

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische Springer 16
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Tunnel: Konzert f. Theaterbes. frei.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kette im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Buggenhagen
Vorplatz,
Täglich Vorstellung
Das neue Oktober-
Programm.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag 7 Uhr. (Sonntag
vorbehalten 1 Kr., Entree 50 Pf.)
Familienbilletts a 40 Pf.
Mittwoch **Militär-Konzert.**
Befer, Bergwardt, Gürsch,
Reumann, Offeney und Lütlich.

Sanssouci Kottbuser-
Straße 6.
Dir.: Wilhelm Reimer.

Heute sowie jeden Sonntag
und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. Tanzkränzchen.
Montag-Sonntag: Gr. Elito-
Solero u. Tanzkränzchen.
Dienstag und Freitag:
Hilfspiel der
Berliner Volksschule.
Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 1/2.

Wir empfehlen folgende Schriften:
**Der Aus- und Umbau
der Arbeiterversicherung
vom Standpunkt der Versicherten**
von Friedrich Klees. Preis 1.- M.
Sozialdemokratische Flugschriften I.
**Sozialdemokratie
und Arbeiterversicherung**
Preis 10 Pf.
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Schöneberg.
Sozialdemokratischer Wahlverein.
Heute Sonnabend, den 12. Oktober, im Saale der Schloßbrauerei, Hauptstr. 114:
Humoristischer Abend.
Gesang. — Humoristische Vorträge. — Rezitationen und Theater.
Kasseneröffnung 7 Uhr, Beginn 8 1/2 Uhr. — Billett 40 Pf. — Garderobe 10 Pf.
Während der Vorstellung ist das Rauchen verboten.
Nachdem: **Tanz.** 50 Pf.
Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Stutt IV. 8066.
Dresdener Kasino-Festsäle
Dresdenerstr. 56.
Empfehle den geübten Besu-
chern meine neu renovierten
Säle.
Sonnabend und Sonntag
frei gemeldet.
Hochachtungsvoll
A. Muxfeldt.

Das beste und billigste
Fachschul-Reisszeug



Schul-Reisszeuge a. M. 1.00
Präzisions-da. 2/3 M. 100.00
Echt Rathenower Brillen 1.00
Pincenez (eigt. seitlich) M. 1.50
Operngläser 6.50
Reisngläser 9.00
Barometer, garantiert Werte von 6.00 an
A. Grün, Optiker,
ist meine Nr. 800 a. M. 7.00. Brunnenstraße 4.

**Spezial-
Möbel-Halle**
Harry Goldschmidt
59 Moritzplatz 59
Ecke Stallisch reiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit
Abzahlungs-Geschäften,
welche Garderobe usw.
führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewasener Möbe
Wöchentliche od. monatl.
Teilzahlung gestattet

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
höfere elegante fertige
Herren-Moden.
Ersatz für Mass.
Mass-Anfertigung
feinste Verarbeitung.
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
Hauptgeschäft: Rosenthalerstr. 40/41,
am Hackeschen Markt.
1. Geschäft:
A. d. Jannowstraße 1, 1.
Kein Waren-Kreditbank.



Kraft-Rothweiß
für Blutarme
u. Kranke,
ärztlich
empfohlen
Fl. 1.50
u. 2 M.
überall
kauflich
In Apotheken, Drogerie- u. Delikat
Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle
des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff



Garderobe
für Herren u. Knaben
in größter Auswahl
sehr billig
Robert Sohn
Berlin, Invalidenstr. 135
Laden u. 1. Etage.
Maßanfertigung
unter Garantie.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung Höfere
Gegente fertige 13223
Herren-Garderoben
Erfolg für Fein-
Anfertigung nach Mass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, u
Eingang Straußberger Ufer.



Blendol
mit dem
Putzmännchen
putzt alle Metalle
blendend blank
und schmiert nicht



In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf. Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf.
überall erhältlich.
A. d. Jannowstr. Urban & Lemm, Chemnitz

Billiger Verkauf
der Zentrale für
Herren- und Knaben-Garderobe
S. Littmann
nur No. 2 Granienstraße nur No. 2
nahe Hochbahnstation.
Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

Außergewöhnlich billig offeriere ich:

Elegante Winter-Paletots	von Mk. 10,50 an
Hochfeine Eskimo-Paletots	14,50 "
Fein, fein engl. Paletots in allen Façons	13,50 "
Fein mit Seide gestoppte Eskimo-Paletots in allen Farben und Façons	19,50 "
Elegante Herren-Anzüge	11,50 "
Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge	14,50 "
Feine Kammgarn-Anzüge	16,50 "
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig	22,50 "
Elegante Lodenjoppen in allen Farben und Façons	5,50 "
Feine Burschen-Anzüge	5,75 "
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter	3,50 "
Elegante Herren-Stoffhosen	2,50 "

Auch Anzüge für extra korpolente Herren in großer Auswahl
vorrätig von 18,50 Mk. an.

Dieses Inserat wird beim Einkauf von
Mk. 10 für 50 Pf. in Zahlung genommen.
Bestellungen nach Maß sowie Reparaturen
werden sauber und billig ausgeführt.
Kein Kaufmann!

Möbel
und Polsterwaren.
Kolossale Auswahl.
Einzelne Möbelstücke
Anzahlung von **3 Mark an**
Kaufanteste Zahlungsweise.
D. Lechner
Brunnenstraße 192
6tes Haus vom Rosenthaler Tor.
Sonntags von 8-10 u. 12-2 Uhr geöffnet.

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.
(Kein Laden) am Oranienplatz.
Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00 Steife Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.
Größte Auswahl in Hüten, Mützen und Pelzwaren.

Billigste Bezugsquelle
für
Monats-Garderoben.
Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener,
speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavaliere
getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauch-
anzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und
Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu
staunend billigen Preisen zu haben. 78/15
H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33 zwisch. Moritzplatz
und Ritterstraße.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Möbel
außergewöhnlich billig,
auch auf Teilzahlung.
Moabit, Otto-Straße 2
(nahe Turm-Straße)
J. Kirstein.

Unsere erprobten und bewährten
Spiritus-Glühlicht-
Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen
zu unseren Listenpreisen
sind erhältlich bei 242L*

W. Karl Haupt, Tauenzienstr. 14. P. Raddatz & Co., G. m. b. H. Leipzigerstr. 122/123. Emil Riedel, Potsdamerstr. 62. R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 85.	S. Hermann Arnold, Alexandrinenstr. 110. Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60. H. Kabermann, Prinzenstr. 26.
NW. A. Ahrens, Alt-Moabit 77. O. P. Neuendorf, Friedrichstr. 130.	SO. Wilh. Krusemark, Oranienstr. 205.
SW. O. P. Neuendorf, Blücherstr. 12. H. Schollwer, Yorkstr. 49.	Charlottenburg. Emil Rumor, Spandauerstr. 15. Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59.
C. Erich Flosky Nachf., Münsstr. 2. Martin Gülzow & Co., Seydolzstr. 26. Holtz & Linke, Landsbergerstr. 58. Dr. Hermann Lux, Alte Schönhauserstr. 30.	Friedenau-Wilmersdorf. J. Schmidt & Co., Hauffstr. 6. E. Soltans, Kaiser-Allee 172.
N. Reinh. Becker, Invalidenstr. 164. Franz Strauch, Brunnenstr. 64.	Groß-Lichterfelde. Robert Seliger, Sternstr. 23. Reinickendorf-Ost. W. Malchin, Residenzstr. 115/116.

Zentrale für Spiritusverwertung
G. m. b. H.
Ausstellungs- und Verkaufslokal:
Friedrichstr. 96 **BERLIN NW 7.**, gegenüber dem
Zentral-Hotel

Der Kampf um das Recht auf Boykottpostenstehen

Am Dienstag nach fünfvierteljährigem Rechtsstreit, der aus Anlaß des Boykotts des „Fürstenhof“ in Zehlendorf entstand, durch den Strafenat des Kammergerichts zugunsten dieses Rechts entschieden worden.

Die Anklage gegen zahlreiche Parteigenossen entstand aus dem Boykott des „Fürstenhof“ in Zehlendorf. Die erinnerlich, hat die Gemeinde Zehlendorf den Pächter des „Fürstenhof“, Gastwirt Schwedhelm, im Pachtvertrag verpflichtet, das Lokal nicht zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben.

gerichtet haben wir feinerzeit ausführlich berichtet. Die Revision gegen das letzte landgerichtliche Urteil gelangte am Donnerstag zur Verhandlung vor dem Kammergericht.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, machte unter anderem geltend, daß die Strafkammer gerade festgestellt habe, daß die angeprochenen Personen infolge ihrer körperlichen, gesellschaftlichen oder gewerblichen Verhältnisse nicht reagiert und ihrer angeblichen Entrüstung nicht Ausdruck gegeben hätten.

Das Kammergericht sprach darauf sämtliche Angeklagte frei. Das Gericht schloß sich nach den Urteilsgründen der Darlegung des Verteidigers an, daß eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung nicht vorliege.

Es schwebt noch eine Zivilklage des Gastwirts Schwedhelm gegen 16 Boykottposten und den „Vorwärts“. Er fordert für die ersten zwei Monate des Boykotts, vom 30. Mai bis 31. Juli 1906, 1002,70 M. Schadenersatz.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht in Dänemark.

Die sozialdemokratische Fraktion hat u. a. einen Verfassungsänderungsvorschlag eingebracht, der den Frauen und Dienstklienten das politische Wahlrecht geben, das Wahlrechtsalter vom 30. auf das vollendete 21. Lebensjahr herabsetzen und außerdem die Bestimmung beseitigen soll, die das Wahlrecht von einem mindestens einjährigen sechsjährigen Aufenthalt im Wahlkreis oder der Stadt abhängig macht.

der Halbjahresversammlung des Hauptvorstandes des sozialdemokratischen Verbandes, die am Sonntag stattfand. Der Hauptvorstand der Partei besteht aus 51 von den Parteigenossen in allen Landes- teilen gewählten Vertretern, die sich einstimmig für jenen Vorschlag erklärten.

Frauen in der Gewerbeaufsicht. In Italien ist jetzt der erste weibliche Beamte im Gewerbeaufsichtsdienste angestellt worden. Es ist dies Signora Bolaneri, die bisher als Organisatorin und Agitatoren in der Gewerkschaft der Schneiderinnen in Mailand wirkte.

Eingegangene Druckschriften.

Die Schaubühne. Herausgeber S. Jacobsohn. Einzelnummer 30 Pf. Verlag: Deiterheld u. Co., Berlin W. 15.

Der Tropenpflanzer Nr. 10. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Herausgegeben von H. Warburg und F. Kohnmann. Monatlich ein Heft. Pro Jahr 10 M. Selbstverlag: Berlin, Unter den Linden 43.

Die Zusammenfassung der Braunschweiger Landesversammlung und das Landtagswahlrecht. 64 Seiten. Von Dr. H. Hasper. Verlag: H. Kiese u. Co. in Braunschweig.

Weltgeschichte, Entwicklung in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Geistesleben. Herausgegeben von Prof. Dr. F. v. Süsslag-Parlung. Gruppe „Neuere Zeit“. 30 Lieferungen zu je 60 Pf. Ullstein u. Co., Berlin und Wien.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 10.10., seit 9.10., and another set of columns for another location. Rows include Remsl., Müst., Pregel, etc.

*) + bedeutet Zufluß, - Abfluß. **) Unterpegel.

Lachmann & Scholz

Turm-Str. 76

Warenhaus Moabit

Otto-Str. 1

Ausnahme-Preise für Lebensmittel

am Sonnabend, 12. Sonntag, d. 13. Montag, d. 14. Dienstag, d. 15.

Fleischwaren

Table listing meat products like Rotwurst, Landleberwurst, Jagdwurst, etc. with prices per pound.

Table listing meat products like Leberwurst, Mettwurst, Cervelatwurst, etc. with prices per pound.

Hülsen-Früchte

Table listing legume products like Riesen-Erbisen, Geschälte Erbsen, Halbe Erbsen, etc. with prices per pound.

Teig- und Mühlen-Fabrikate

Table listing bakery products like Hausmacher-Nudeln, Maccaroni, Feine Faden-Nudeln, etc. with prices per pound.

Holz - Galanterie

Table listing wood and decorative items like Kleiderriegel, Handtuchhalter, Handtuchständer, etc. with prices.

Bilder und Uhren

Table listing picture and clock items like Wandteller, Wandsprüche, Hausseggen, etc. with prices.

Luxus - Möbel

Table listing luxury furniture items like Bauerntische, Schirmständer, Bücher-Etagères, etc. with prices.

Gardinen

Table listing curtain items like Engl. Tüllgardinen, Engl. Tüllstores, Engl. Tüllbettdecken, etc. with prices.

Teppiche - Vorlagen

Table listing carpet and rug items like Teppiche Perser, Teppich Axminster, etc. with prices.

Decken und Portieren

Table listing blanket and curtain items like Steppdecken, Schlafdecken, Tischdecken, etc. with prices.

*) Verkauf solange Vorrat.

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Sonder-Angebot

von Sonnabend, den 12. bis Dienstag, den 15. Oktober cr.,
so lange Vorrat

Lebensmittel

Fleischwaren

Rotwurst Pfund 0,48 M.
 Zwiebelleberwurst 0,48
 Landleberwurst 0,90
 Feine Leberwurst 0,95

Harte Cervelatwurst 1,10 M.
 Thüringer Plockwurst 1,10
 Thüringer Cervelatwurst 1,20
 „ Salamiwurst 1,20

Speck, mager Pfund 0,80 M.
 „ fett 0,85
 Pomm. Schinkenspeck 1,10
 Bratenschmalz 0,58

Thüringer Kümmelwurst Pfd. 90 Pf.

Kasseler Rippespeer . . . Pfd. 78 Pf.

Eisbein Pfd. 60 Pf.

Wild und Geflügel

Junge Brathühner Stck. 1,00—1,20, junge Enten Stck. 2,75—3,00 M., junge Bratgänse das Pfd. 63 Pf.

Kolonialwaren

Rangoon-Reis Pfd. 17 Pf.
 Java-Reis II Pfd. 21 Pf.
 Java-Reis I Pfd. 25 Pf.
 Neue Linsen Pfd. 30, 36 Pf.

Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I
 90 1,10 1,30 1,50
 Unsere Marken sind des vorzüglichen Geschmacks wegen allseitig
 bekannt.
 Kaffee, Mischung V rein im Geschmack
 und ergiebig . . . Pfd. 80 Pf.

Zucker-Honig
 in 2 Pfund-Dosen 80
 Eimer u. Emaille-Töpfe, Netto-Inhalt 5 Pfd. 1,65

Milchblank-Birnen . . . Pfd. 10 Pf.

Ananas Pfd. 68 Pf.

Tafel-Aepfel Pfd. 15 Pf.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Norddeutschen Webereien niedrige Preise. Franzosenstr. 9, parterre. Ein Laden. Nummer 11.

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Wandmalereien, vergütet bis 2000 für Teilzahlung. Kauf oder nachmitt. Zahlung. System. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Brauer, Franzosenstr. 101, Laden. 139*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann, 22, welcher seinen Beruf aufgeben will, sucht dauernde Beschäftigung irgend welcher Art. Offerten unter A. T., postlagernd O. 17. 28285*

Frau sucht Haus, Möb. oder andere Arbeit. Offerten unter M. S., Bornhörsch, Expedition, Petersburgerplatz, erbeten. 1125

Stellenangebote.

Rebenderbienst für jedermann. Auskunft kostenlos. Hermann Wolf, Zwickau, Nordstraße 33. 27768*

Zigarettenmacher, Hausarbeiter, die sich auf längere Tätigkeit berufen können, wollen sich melden vormittags 10-12 bei J. Kraumann, Kaiser Wilhelmstraße 35. 795*

Verfälscher verlangt Rechner, Anklamstraße 32. 1101

Sehr tüchtigen Barockergolber für bessere Stellen verlangt Goldschmied, Reichsbergerstraße 58. 117

Grundbesitzer auf Goldstellen findet dauernde Arbeit. Wertmeister, Schmiedestraße 5a. 1136

Männer-Gesangsverein sucht Dirigenten, Donnerstags, Offerten Bernauerstraße 77 bei Troitzsch. 1156

Farbigenmacher verlangt Glühbirnen, Reichenhaufer 74. 1134

Rechtschreibebediensteter auf Arbeit, aber nur solcher, welcher für fünf Mann schreiben kann. Die Stellung ist selbständig und dauernd. Lohn 36,00, Nebenstunden 1 Mark. Kurze Angaben unter O. 3 an die Expedition dieser Zeitung. 5575

Mahnenmacher auf seine Holzleihen verlangt Groß, Ritterstraße 27. 797

Wochenfräulein finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. (Tour Schönbergstraße). Nebenstunden 24/25, parterre. 1136

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Metalldrucker!

Ein tüchtiger Metalldrucker erbittet Stellung für sofort. 797

Brüder Rymans Kronleuchterfabrik, Othliebsberg 22-24, Malms, Schweden.

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Balkonwohnungen sofort, Soldinerstraße 32. 2808*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894b

Widderzimmer für 2 Herren, Moßstraße 52, vorn IV links. 412b

Zwei Herren finden I. November freundlich möbliertes, zweifachstriges Zimmer bei Paula, Reimstraße 1 I, an der Holtenauer. 5555

Teilnehmer großes möbliertes Schlafzimmer, Daniel, Langstraße 109, vorn III. 1139

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Balkonzimmer, Badegelände, 11,00, Urbanstraße 65, vorn, rechter Ausgang II links. 475

Schlafstelle vermietet sofort an Herrn Sachsenhausen 43, vorn II links, am Bahnhof Papestraße. 1106

Freundliche Schlafstelle, Herrn Reichsbergerstraße 64, vorn III, Lauenrodt. 1117

Verfeiner Handwerker findet freundliche Schlafstelle, Reimstraße 38/34, Hof III rechts. 1139

797*

Verschiedenes.

Verst die Mutter (Sprache beherrschen) Erfolgreich, leicht laßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gebilligte Angebote sind unter O. 4 an die Expedition des „Bornhörsch“ zu richten.